

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### von Weizsäcker

Für mich hat der Bergedorfer Gesprächskreis in diesem Raum im Bergedorfer Schloß begonnen, natürlich mit Kurt Körber, der der ganzen Sache Sinn und Richtung gab. Dabei ließ er sich immer wieder anregen zu Porträts, die er von den markantesten Teilnehmern anfertigte und die zeitweise auch hier im Saal hingen, eine zeitgeschichtliche Kollektion von eigenem, durchaus auch künstlerischem Wert. Daß der Bergedorfer Gesprächskreis seit zehn Jahren nicht mehr in Bergedorf getagt hat, darin sehe ich auch ein Zeichen seiner Kraft. Dennoch finde ich es schön, daß wir wieder einmal hier in Bergedorf sind.

Das Thema, das wir uns heute gestellt haben, ist uns allen bestens bekannt, und seine Dauerhaftigkeit nimmt ihm nichts von seiner Bedeutung und Dynamik. Zur Formulierung, wie sie für unsere Tagung gewählt wurde - "Medien - Macht - Politik";-, möchte ich jetzt nur anmerken, daß ich den Begriff "Markt" hinzufügen würde; denn die Medien sind nicht zuletzt auch von technischen Gegebenheiten und Marktzielen bestimmt. Und ob die Politik ein Mittel zur Macht auf den Markt oder der Markt ein Mittel zur Macht in der Politik wird, das dürfte im Einzelfall durchaus unterschiedlich sein. Und wenn im Untertitel von "Verantwortung in der Demokratie" die Rede ist, dann hoffe ich nur, daß dies nicht lediglich den Begriff "vierte Gewalt" impliziert, den ich immer als recht ungenau empfunden habe. Was uns bei diesem Thema beunruhigt, hat jedenfalls vielfach mehr mit den Auswirkungen des Marktes als mit dem direkten Verhältnis von Medien und Politik zu tun.

## Kielinger

"Medien - Macht - Politik" lautet unser Thema - im Grunde alles drei verpönte Begriffe in unserer Gesellschaft. Aber die Interaktion zwischen den dreien macht mich neugierig.

Bevor ich unseren drei Referenten das Wort gebe, möchte ich kurz fünf Fragen, die mir interessant erscheinen, an den Anfang stellen. Erstens: Wenn es, wie Herr von Weizsäcker sagt, um die Verantwortung in der Demokratie geht, dann frage ich zurück: Who is in charge? -Wer hat eigentlich "das Sagen" in der heutigen Gesellschaft mit ihren konkurrierenden Mächten? Ich hoffe, darüber werden wir am Ende ein wenig mehr wissen.

Zweitens: Inwieweit haben wir bei dieser Thematik mit einem spezifisch deutschen Problem zu tun, der deutschen politischen Kultur? Haben die Medien bei uns einen besonders starken Einfluß auf die Politik gewonnen, oder ist die politische Kultur inzwischen weitgehend zu einer Debattierform degeneriert, zu einem Talk-Shop, einer Talk-Show? In keinem anderen Land scheinen so viele Schaukämpfe inszeniert zu werden wie in Deutschland, was natürlich vielen gesellschaftlichen Kräften die Möglichkeit verschafft, sich zu profilieren.

Über das Thema Ladenschluß wird bei uns seit 35 Jahren öffentlich geredet, und wenn wir Glück haben, wird es jetzt endlich eine - wie auch immer befriedigende - Lösung geben. In Frankreich dagegen verkündet der Präsident die Abschaffung der Wehrpflicht, ohne daß es darüber eine längere Debatte gegeben hätte. Unsere Talk-Show-Demokratie verleitet offenbar dazu, daß jeder, den es angeht - oder auch nicht;-, Einfluß zu nehmen versucht, was die Lösungsfreundlichkeit nicht gerade erhöht.

Drittens: Der Markt ist durch Cyberspace unendlich erweitert worden. Das globale Dorf hat jetzt auch seinen globalen Basar bekommen. Ist Cyber-Anarchie oder Cyber-Demokratie die Konsequenz? Was ist, wenn Anbieter und Nutzer eins werden? Was bedeutet das für die Frage der Machtausübung? Wird der Machtbegriff nicht zunehmend obsolet? Was wiederum die Frage provoziert: Who is in charge?

Viertens: Führt die Entwicklung dahin, daß die Rolle des Individuums immer mehr betont wird? Mit anderen Worten: Wird die Macht nicht auf das Individuum verlagert, das qua Selbstbestimmung zu einer Größe wird, der buchstäblich nicht mehr beizukommen ist?

Schließlich fünftens: Infolge der unendlichen Erweiterung des Marktes und der Potenzierung der Informationsquellen: Wenn die Politik nicht gänzlich abtreten will - was tut sie zur Verbesserung ihres Produktes? Was tut sie, um die Verantwortungsprofile zu schärfen, um deutlich zu machen, wer letztlich die Verantwortung trägt? Die Medien sind jedenfalls keine Mandatsträger, sie sind von daher also nicht "in charge". Von Talleyrand stammt das süffisante Wort: Da geht mein Volk, ich muß ihm hinterher; ich bin sein Führer. Wohin das Volk geht, in dieser Frage darf die Politik sich nicht passiv ergeben.

Unsere Inszenierung hier sieht vor, daß zunächst der Medien-Praktiker, Theo Sommer, spricht und anschließend sein "Gegenspieler" aus der Politik, Senator Hoffmann-Riem, während der Mann der Wissenschaft, Herr Donsbach, versuchen wird, das ganze Spiel analytisch zu untersuchen und darzustellen.

## Sommer

Lassen Sie mich mit einem einfachen Gedanken beginnen: Die Multimedia-Revolution ist über die Menschheit gekommen wie alle technologischen Revolutionen der Neuzeit: ungeahnt und ungeplant. Das war schon so, als die Erfindung der beweglichen Lettern der Druckerkunst zur Blüte verhalf. Es war dann nicht anders bei der Einführung der Dampfmaschine, der Elektrizität, des Automobils, des Flugzeugs. Sie haben unser Leben in einem Maße verwandelt, das niemand vorherzusagen vermochte, und sie werden das weiterhin tun. Recht eigentlich war auch niemand dafür verantwortlich. Es war schon immer so, daß der unaufhaltsame Wandel die Planer entmündigt, die Obrigkeit unterlaufen und die Gesellschaftsphilosophen sowie die Gesetzgeber auf nachträgliche Erklärungs- oder Regulierungsversuche reduziert hat.

Nun haben umwälzende Neuerungen stets zwei gegensätzliche Reaktionen ausgelöst. Auf der einen Seite haben die Innovationsfreaks mit berechenbarem Enthusiasmus ihren Mitmenschen neue Welten versprochen - schöner denn je, problemfrei, paradiesisch. Auf der anderen Seite jedoch ergingen sich

die Unheilkünder in düsteren Unkenrufen; der Vision des Paradieses setzten sie ein Bild höllischen Schreckens entgegen.

Zu Beginn des digitalen Zeitalters lassen sich wiederum zwei gegensätzliche Lager unterscheiden. Nach Ansicht des einen drohen uns, wenn der Siegeszug von Multimedia sich fortsetzt, ein neuer Analphabetismus, menschliche Vereinsamung, soziale Passivität, Aushöhlung unserer Demokratie. Das andere Lager hält dem entgegen, daß die neuen Massenmedien überhaupt erst wirkliche Kommunikationsfähigkeit zwischen den Menschen schaffen werden, daß sie soziale Isolierung abbauen; und daß sie die vielfach herrschende Einseitigkeit der Bezüge durch interaktive elektronische Zweiwegemethoden überwinden, auch in den demokratischen Entscheidungsverfahren.

Über diese Gegensätze läßt sich trefflich streiten. Ich denke, die Wahrheit wird wie stets in der Mitte liegen. So schrieb Josef Joffe neulich in der "Süddeutschen": "Grundsätzlich ist die Maus so neutral wie die auswechselbare Metalltype. Man kann mit ihr und der CD-ROM die Gehirnerweichung per Bildschirm betreiben oder auf demselben ein Meisterwerk der Baukunst entwerfen."

Die Frage dieses Forums lautet nun: In welchem Verhältnis stehen die Medien zur Macht, zur Politik? Eine uralte Frage, die sich heute nur in einem neuen Gewand stellt. Meine Antwort ist recht eindeutig: Die Medien hatten bisher keine Macht im eigentlichen Sinne; da teile ich Richard von Weizsäckers Zweifel am Begriff der vierten Gewalt. Allenfalls hatten die Medien Einfluß. Ich denke, anders wird es auch in Zukunft nicht sein: Einfluß, nicht Macht.

Denken Sie an jene Aktion der Bild-Zeitung, durch die seinerzeit der Bundestag aus dem Sommerurlaub zusammengetrommelt wurde, um eine Erhöhung der Telefongebühren rückgängig zu machen - wenn ich mich recht erinnere, ging es um zwei Pfennig. Ist das Macht oder vielmehr Einfluß? Wenn "Der Spiegel", "Die Zeit", die "Frankfurter Rundschau", der "Kölner Stadtanzeiger", die "Süddeutsche Zeitung" vor dreißig Jahren in mühsamer Überzeugungsarbeit ein Meinungsklima herbeigeführt haben, in dem eine neue Ostpolitik möglich wurde - war das Macht? Und vor fünf Jahren hat der damalige FAZ-Herausgeber, Johann Georg Reismüller, eine Kampagne gestartet, die mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens endete - nicht nur durch die Bundesrepublik, sondern durch die ganze Europäische Gemeinschaft. Auch hier wieder die Frage: Zeigte sich da wirkliche Macht, oder drückte sich darin aus, daß Medien Einfluß haben?

Nach meiner Auffassung haben die herkömmlichen Printmedien Trends stets nur verstärken, nicht aber ins Leben rufen können. Sie mußten sich durchsetzen in der ganzen bestehenden Meinungsvielfalt. Ich bin davon überzeugt, daß die neuen Medien noch viel weniger in der Lage sein werden, Meinungen zu verordnen. Dafür geht es ihnen viel zu wenig um Tatsachen oder politische Überzeugungen, sondern in erster Linie um Emotionen und Unterhaltung. Ich sehe jedenfalls nicht, daß sie die Politik über Gebühr beeinflussen könnten. Die Gefahr liegt eher darin, daß bei ihnen das Interessante das Ziemliche, das Banale das Wichtige verdrängt. Ein nachhaltiger Einfluß auf die Macht, auf Regierung und Verwaltung dürfte nur marginal davon ausgehen.

Anders ist es, wenn ein Mediengewaltiger versucht, mit Hilfe seines Mediums seine Medienmacht unmittelbar in Wählerstimmen und damit in Regierungsgewalt umzusetzen. Daß auch dies nicht so einfach ist, haben wir in Italien an Berlusconi erlebt. Sein politisches Scheitern läßt in dieser Hinsicht hoffen.

Also nochmals: Die Medien können den Zeitgeist vielleicht verstärken, erfinden können sie ihn nicht.

Nun wissen wir indes nicht, wohin uns die digitale Revolution führen wird. Die Betreiber können noch nicht erkennen, welche Gewinnaussichten ihnen sich dabei eröffnen. Die Endbenutzer rätseln noch, was ihnen der Computer eigentlich alles an brauchbaren Erleichterungen bringen wird. Die Leute aber, die ihre Waren oder Dienste per Computer besser an den Mann zu bringen hoffen, schwanken bis heute zwischen Verzagtheit und himmelhohem Jauchzen.

Multimedia kann vieles, aber nicht alles. Es fragt sich zum Beispiel, wie häufig es den Typ des Wissenschaftlers wirklich gibt, der sich unbedingt den direkten Zugriff auf die Library of Congress verschaffen muß. Es fragt sich weiter, ob die Verfügbarkeit unendlich vieler Daten uns klüger macht. Daten sind nicht Information; Information ist nicht Wissen, und Wissen ist noch nicht automatisch Verstehen oder Begreifen. Berge von Datenschrott können uns leicht den Blick auf die Lebenswirklichkeit verstellen. Und schließlich fragt es sich auch, ob der Multimedia-Technik nicht ganz schlicht anthropologische Grenzen gesetzt sind, die alle Innovation nicht wird überspringen können. Wer acht Stunden täglich im Büro vor seinem Monitor sitzt (und im übrigen schon mit der Einstellung des Videogerätes ohne seinen achtzehnjährigen Sohn nicht zurechtkommt), der wird sich nicht abends noch vor seinen Computer setzen wollen, um die Zeitung oder Goethes "Faust" zu lesen.

Das Entscheidende ist wohl, daß wir diese Multimedia-Welt, die unversehens über uns hereingebrochen ist, nicht willenslos, einfalllos und hoffnungslos hinnehmen, sondern daß wir ihr Gestalt und Richtung zu geben suchen.

In diesem Zusammenhang sollten wir, meine ich, drei Fragen beantworten. Erstens: Verhelfen uns die neuen Medien zu mehr oder weniger Verständnis der Welt, in der wir leben? Zweitens: Schaffen sie mehr oder weniger Kultur? Drittens: Bringen sie mehr oder weniger Demokratie?

Im Hintergrund der Frage nach dem Verständnis steht die unwiderlegbare Erkenntnis, daß die menschliche Aufmerksamkeit begrenzt ist. Unsere Gehirne werden heute bereits maßlos überfüttert; allenthalben sind schon ohne Computer die Wissenschaften vom Nichtwissenswerten ins Kraut geschossen. Wo aber Überblick und Durchblick abhanden kommen, geht auch die Einsichtsfähigkeit verloren.

Hinzu kommt, daß die neuen Medien oft nur eine Scheinwelt widerspiegeln. Die virtuelle Realität, eine vorgespiegelte, vorgetäuschte Wirklichkeit. So hat Hermann Lübbe unlängst geschrieben: "Just in der anhebenden Informationsgesellschaft wissen wir immer weniger über die Zukunft Bescheid, die uns bevorsteht." Mir scheint, Remedur liegt nicht in der blinden Ablehnung des Neuen, wohl aber liegt sie darin, daß wir uns von ihm nicht einfach unterjochen lassen, sondern es meistern werden.

Das gilt auch für die zweite Frage, ob die neue Medientechnik mehr oder weniger Kultur schafft. Der technologische Fortschritt kann zu einebnender Vermassung führen. Sie alle kennen die Thesen von Neu Postman, der uns ein Absterben der Kultur voraussagt -wenn das kulturelle Leben zu einem gigantischen Amüsierbetrieb verkommt; wenn der öffentliche Diskurs zum leichten Talk-Show-Geplapper herabsinkt; wenn der Bürger zum Zuschauer wird und die Politik zu einer Folge von Klamauk-Nummern im Fernsehen.

Es ist zu Recht gesagt worden, das Fernsehen habe aus dem Kreis der Familie einen Halbkreis gemacht. Der Computer wirft nun die Frage auf, ob aus dem Halbkreis eine Konstellation autistischer Monaden werden soll, die vereinsamt vor ihren Monitoren sitzen und soziale Bezüge nur noch als elektronische Vernetzung wahrnehmen.

Da drängt sich dann die Frage auf: Was eigentlich hält die Gesellschaft noch zusammen? Wer integriert, wenn die Medien desintegrieren? Wie stellen wir die Übereinkunft her, das Minimum an Konsens, das als Unterfutter unseres Gemeinwesens unentbehrlich ist? Wo bleiben die gemeinsamen Themen, die den Bankier mit dem Schreinermeister verbinden?

Was bedeutet in diesem Zusammenhang die sogenannte Wissens-Gesellschaft? Wie aufklärerisch könnte sie sein? Ist sie nicht allenfalls eine Informationsgesellschaft, in welcher der Wust an unsortierten, unzusammenhängenden Details dominiert und nicht die Klarheit oder das Bedürfnis nach Klärung? Ich habe da meine Zweifel, füge aber hinzu: Auch hier bietet uns der Fortschritt die Chance zu mehr Reichhaltigkeit und Nuancierung, zu Abwechslung und Abstufung. Das freilich müssen wir wollen, von selbst wird es sich nicht einstellen.

Bleibt die dritte Frage, ob die neue Medientechnik mehr Demokratie bringt oder weniger. Friedrich Schorlemer hat kürzlich gesagt: "Wir sind gekommen vom Baum der Erkenntnis in den Urwald der Information." Viele meinen, daß die unüberschaubare Informationsflut aus den elektronischen Massenmedien und aus den Computernetzen die Demokratie gefährde, weil die Hervorhebung des Nebensächlichen, des bloß Aufregenden, Sensationellen, den Sinn für das Wesentliche abstumpft.

Und wie steht es mit der in Amerika bereits sichtbar werdenden Tendenz zu elektronischen "townhall-meetings" und "call-in-shows", die dort zur eigentlichen Demokratie erklärt werden? Befördern sie die Neigung, abwägende Diskussionen abzutöten und Schlagworte zu Gesetzen zu erheben? Die Gefahren der alten Lobby-Demokratie werden durch die neuen Medien zweifellos erheblich gesteigert. Die Korruption des Gemeinwohls durch schrille Interessengruppen wird technologisch befördert. Wer ab und zu im Internet surft, weiß, daß im Cyberspace keineswegs die erbauliche Diskussion des öffentlichen Wohls triumphiert, sondern im allgemeinen die Feindseligkeit auf sich selbst eingekrümmter Gruppen gegeneinander.

Auch hier ist zu sagen, daß die Technik an sich ambivalent ist und der Mensch ihre Wirkung bestimmt. Je nach den Zwecken, die er der Technik verschreibt oder erlaubt, verbessert sie die Kommunikationsfähigkeit, kann sie inhaltliche Diskussion anregen. Nach der klassischen angelsächsischen Definition ist Demokratie ja nichts anderes als "government by discussion". Allerdings: Wenn die Medienvielfalt und die Informationsüberflutung nur dazu beitragen, die Menschen in ihren Anschauungen zu verwirren und in ihren Maßstäben zu verunsichern, dann kann die

Demokratie auch leiden. Und wenn Medienmacht zum Trittbrett politischer Macht wird, dann wird die Demokratie pervertiert.

Es gibt noch andere Probleme, die der Diskussion bedürfen. Zum Beispiel: Werden wir in einer virtuellen Welt leben, in der wirkliche Erfahrung nur noch synthetisch erlebt wird oder ist dies eine übertriebene Befürchtung? Auch Humphrey Bogarts "Casablanca" war schließlich für den Kinogänger nichts anderes als virtuelles Erleben, keineswegs primäre Wirklichkeit.

Wieweit könnte Interaktivität den Datenschutz aufweichen, Privatheit erschweren und den Schutzzaun um die eigene Person durch "database marketing" niederreißen?

Und welche massiven Veränderungen müssen wir auf dem Arbeitsmarkt als Folge der Multimedia-Entwicklung erwarten: erhöhte Arbeitslosigkeit, ganz neue Anforderungsprofile? Wird es, wie Joshua Lederberg ausmalt, in Zukunft eine technische Elite geben, die erfüllt ist von ihrem Tun, darunter eine Schicht von ameisenhaften Operateuren, die stumpf langweilige Tätigkeiten ausführen, und wiederum unter ihnen eine Heerschar von Unbeschäftigten?

Brauchen wir, wie vor kurzem auf einer Tagung des Aspen-Instituts gefordert wurde, eine "Magna Charta" des Informationszeitalters? Das hieße nichts weniger als eine Neudefinition von Regierung und Staat. Das zielt auf die Frage, die Thomas Kielinger gestellt hat: Who is in charge? Woraufhin ich weiter frage: Muß eigentlich einer in charge sein? Wofür sind Regulierungen, Leitplanken wirklich notwendig?

Ich meine, es wird einige Jahre brauchen, bis die eben erst anhebende Diskussion über diese Probleme in präsentablen und in einleuchtenden Ergebnissen ihren Niederschlag findet.

Mir drängen sich allerdings einige Schlußfolgerungen heute schon auf.

Zum ersten: Das Angebot wird sich verbreitern. Dazu nur ein paar Zahlen, die mich beeindruckten: Weltweit existieren heute ungefähr 300.000 Zeitungen und Zeitschriften. Ungefähr 30.000 Hörfunk- und 3000 Fernsehkanäle sind rund um die Uhr zu empfangen. Über 500 Satelliten transportieren heute bereits Daten, Bilder und Töne um die Erde. Und die Entwicklung der Kommunikationstechniken wird es bald dahin bringen, daß jeder von uns am heimischen Terminal 500 Programme empfangen kann. Die meisten werden von Privatfirmen, die sich am Markt bewähren und durchsetzen müssen, ausgestrahlt werden. Darin liegt in der Tat die Gefahr, daß die Privaten die Öffentlichen überwuchern - es sei denn, wir erhalten den Öffentlichen den ihnen gebührenden Raum. "Prodesse et delectare", dieser ehrwürdige Grundsatz galt bei den alten Römern. Wir müssen in der Tat darauf achten, daß das Nützliche über dem Unterhalten nicht zu kurz kommt.

Zum zweiten: Der Trend geht unaufhaltsam zum Digitalen, Interaktiven, Multimedialen. Alle drei Sparten der Medienwelt - Printmedien, Funk und Fernsehen, samt den Computerentwicklungen - werden sich der neuen Technologien bemächtigen, um ihr Angebot auf die modernste, schnellste und einfachste Weise ans Publikum zu bringen. Dabei wird es zwischen ihnen einen harten Wettbewerb geben: um Leser, Hörer, vorallem jedoch um Inserenten. Aber es erscheint mir schwer vorstellbar, daß daraus ein richtiger Verdrängungswettbewerb wird, daß also eines der drei Medien - in diesem Falle das älteste, die Druckerkunst - ganz verschwindet. Ich meine, es ist Platz für alle, obgleich sich die Gewichte zwischen Gedrucktem, Gehörtem und Gesehenem im Medienmix verschieben mögen.

### **Kielinger**

Theo Sommer hat uns ein ganzes Fragenbukett präsentiert. Herr Hoffmann-Riem ist nun jemand, der "in charge" ist, der das Sagen hat - wenn auch nur befristet; -, aufgrund des Mandats, das ihm erteilt wurde. Ob er will oder nicht: Er muß Verantwortung ausüben. Welche Antwort gibt er zu dem Bild einer atomisierten Informationsgesellschaft?

### **Hoffmann-Riem**

Hätten Sie mich vor über acht Monaten eingeladen, so hätte ich als Wissenschaftler auf bewährte Modems zu früheren Referaten über das Thema zurückgreifen können. Über "Macht und Medien" habe ich schon häufig gesprochen, insbesondere mit dem Blick auf Multimedia. Heute bin ich jedoch gebeten worden, aus der pragmatischen Tagesperspektive eines Politikers zu sprechen. Ich werde also die Theorie ausblenden und praktische Beobachtungen mitteilen.

Wie stellt sich unser heutiges Thema: "Medien - Macht - Politik" dar aus der Sicht eines Politikers der zweiten oder dritten Reihe, der in der politischen Diaspora, konkret in Hamburg, tätig ist, und der nicht die große Welt bewegt, der weder Kinkel noch Kohl heißt und auch nicht Berlusconi? Dieser nun ist im konkreten Fall nicht einmal ein normaler Parteipolitiker; in mein Amt im Hamburger Senat wurde ich

als parteiloser Experte berufen, der sich ausbedungen hat, nicht an irgendeiner parteipolitischen Leine zu gehen, sondern stets eigenverantwortlich zu entscheiden und zu handeln. Dies ist in gewissem Sinne ein Experiment, das sicherlich nicht als Prototyp für die Politik taugt. Wenn ich eines Tages nicht mehr Politiker bin, werde ich in die Wissenschaft zurückkehren und hoffentlich vieles aus der Politik gelernt haben und wissenschaftlich reflektieren können.

Ich sagte bewußt: ein Politiker der zweiten oder dritten Reihe; denn einfache Senatoren, also Länderminister, stehen nicht im Zentrum der öffentlichen, jedenfalls nicht der multimedialen Aufmerksamkeit. Im digitalen Fernsehen kommen wir kaum vor, allenfalls in kleinen Regionalsendern wie hier Hamburg 1. Wir erscheinen auch nicht im World Wide Web, außer wir ergreifen dazu selbst die Initiative. Immerhin war die von mir geleitete Justizbehörde die erste Behörde in Hamburg, die ins Internet gegangen ist. Der Anlaß war, daß ein Wissenschaftler in diesem Medium weltweit diffamierende Äußerungen über die Vernichtung von NS-Akten in Hamburg verbreitet hatte und wir eine Flut von empörten Briefen aus aller Welt erhielten. Daraufhin beschloß ich, im Internet zu antworten. Da in meiner Behörde noch niemand dafür zuständig war, bat ich einen meiner früheren Studenten, dies für uns einzurichten. Auch ein solcher Rückstand staatlicher Behörden ist Teil der Medienrealität.

Das Ressort, das ich leite, bietet normalerweise keine spektakulären Daten; es sei denn, es gibt eine Gefangenenmeuterei oder einen Ausbruch aus "Santa Fu", die den Sensationalismus anheizen. Glücklicherweise hat in meiner bisherigen Amtszeit keines dieser Ereignisse stattgefunden - mit der Folge, daß der Hamburger Justizsenator in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist. So war jedenfalls das Ergebnis eines Quiz im NDR, wo niemand auf die Frage nach dem Namen des Justizsenators die richtige Antwort wußte woraufhin der Redakteur das Rätsel löste: Wolfgang Müller-Riem.

Einmal in den acht Monaten meiner bisherigen Amtszeit bin ich auch national als Politiker bekannt geworden. Dabei ging es um einen Konflikt um die Hamburger Bezirksverwaltungsreform. Das Ganze hätte mit Sicherheit auch keine größere Aufmerksamkeit gefunden, wenn es nicht zu einer Art Zweikampf gekommen wäre: Bürgermeister Voscherau gegen Justizsenator Hoffmann-Riem. Das - nicht etwa der Anlaß des Streits begann die Medien zu interessieren; denn der Bürgermeister drohte mit Rücktritt, und die Kooperation zwischen SPD und STATT Partei in Hamburg stand auf Messers Schneide. Dieser Kampf David gegen Goliath war es, der die Medien auf den Plan rief. Das Thema selbst war ohne Belang und Interesse. Als sich die beiden Kontrahenten dann doch verständigten, erlosch das Interesse sofort, und über das friedensstiftende Ereignis wurde kaum noch berichtet.

Mein erstes Medienerlebnis in der neuen Rolle als Politiker hatte ich, noch bevor ich zum Senator gewählt wurde. Ich hatte nämlich in einem Gespräch unter acht Augen im Gästehaus des Senats bestimmte Bedingungen an meinen Eintritt in den Senat geknüpft. Obwohl Vertraulichkeit vereinbart war, wurde darüber schon bald in Hamburger Medien berichtet. Ich selbst, das wußte ich genau, hatte mit keinem Journalisten gesprochen; die anderen drei Beteiligten bestritten ebenfalls, mit Journalisten gesprochen zu haben. Auf die unergründlichen Schleichwege des vertraulichen Wortes muß sich einstellen, wer sich auf das politische Machtspiel einläßt.

Ein gewöhnlicher Politiker hat keinen Zugang zum Staatssäckel und infolgedessen keine Leistungen in Form von Zahlungen zu bieten, wenn er etwas erreichen will. Meine bisherigen Beobachtungen der politischen Realität zeigen aber, daß es für manche gleichwohl eine "Ware" gibt, mit der sie "handeln", und das ist Vertraulichkeit. Die erhoffte Gegenleistung ist ein Vorsprung der Mediendarstellung, vielleicht auch ein Gewogensein der Journalisten. Obwohl alles, was im Senat geschieht, vertraulich ist, landen dennoch immer wieder Akteninhalte, selektiv gesteuert, in die Medien. Und wenn ein brisantes Thema im Senat ansteht, taucht der Sachverhalt manchmal ein oder zwei Tage vorher unerklärlicherweise in den Medien auf; sobald die Medien von dem Anliegen berichtet haben, wird es für den Senat schwierig, von dem Vorhaben abzurücken.

Nun wird der Umgang mit Vertraulichkeit in der Politik unterschiedlich praktiziert und die Verletzung nur ausnahmsweise sanktioniert. Von gewissen Personen wird gemunkelt, daß sie permanent gegen den Grundsatz der Vertraulichkeit verstoßen, von anderen wird es für möglich gehalten, andere wiederum sind über jeden Verdacht erhaben. Der Umgang mit Vertraulichkeit gehört allem Anschein nach zu dem Spiel, das den Zugang zur Macht extern wie intern regelt.

Eine weitere Erkenntnis wurde mir sehr schnell zuteil: Natürlich möchte jeder, zumal wenn er neu im Amt ist, nach Möglichkeit alles richtig machen. Das ist, wie jeder weiß, unmöglich, insbesondere in der Politik. In der Öffentlichkeit wird aber fast nur das thematisiert, was man nicht richtig macht. Die "richtigen" Entscheidungen - und das sind vermutlich doch die ganz überwiegenden - werden nicht in

die Öffentlichkeit transportiert, weil sie nach Auffassung der Medien keinen genügenden Nachrichtenwert haben.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der bei jeder kleinen und großen Frage immer verschiedene Interessen betroffen sind. Das heißt, die Richtigkeit einer Entscheidung wird nicht an einer abstrakten Sachlogik gemessen, sondern daran, ob sie konkret Interessenträger zufriedenstellt. Das ist aber wegen der Unterschiedlichkeit ihrer Interessen praktisch nie möglich. Einen gewissen Ausweg bietet die Suche nach Kompromissen, die möglichst viele befriedigen, gleichgültig wie es um die Qualität der Entscheidung im übrigen steht. Die andere Alternative ist, überhaupt nicht zu entscheiden - oder sich eine dicke Haut zuzulegen, was Politikern generell schwerfällt.

Wenn also das Richtige für die Medien nicht spektakulär ist, könnte man sich bemühen, es mit dem Besonderen zu versuchen. Vor vielen Jahren hat Herr Möllemann, als er sich noch in der ersten Aufstiegsrunde als Bundespolitiker befand, in einem Vortrag bei den Saarbrücker Medientagen darüber berichtet, wie er am Beginn einer Karriere einen aufsehenerregenden Fallschirmabsprung organisiert hatte. Solche inszenierten Ereignisse bieten eben das Besondere, aber sachlich meist Belanglose. Herr Möllemann hatte ein großes Medienecho. Der Versuchung, mich auf diese Weise ins Gespräch zu bringen, bin ich bisher noch nicht erlegen.

Eine andere Versuchung ist der Populismus. In dieser Woche wurde in der Hamburger Bürgerschaft darüber diskutiert, ob wir in Hamburg - ebenso wie in Bochum - zur Verfolgung von Ladendieben ein extrem beschleunigtes Verfahren einführen sollten, das eine Verhaftung und Verurteilung der Täter möglichst noch am gleichen Tage vorsieht. Ladendiebstahl ist ein weitverbreitetes Delikt, mit dem viele Bürger Erfahrung haben.

Die Opposition will mit dem besonders beschleunigten Verfahren ein Zeichen setzen, das heißt kurzen Prozeß machen. Das wäre zweifellos in der Öffentlichkeit sehr populär und ließe sich mit Sicherheit gut in die Medien transportieren. Mehrere Landesminister haben sich damit schon profiliert.

Die Konsequenz eines solchen Sonderverfahrens könnte jedoch sein, daß überproportional viele polizeiliche Kräfte und Richter auf die Verfolgung des Ladendiebstahls konzentriert werden, die dann an anderen Stellen fehlen würden. Beispielsweise in Bereichen der Wirtschaftskriminalität oder auch der organisierten Kriminalität, die sehr schwierig zu verfolgen sind. In der Folge einer solchen Umsteuerung würde man solche Bereiche tendenziell vernachlässigen, auch wenn sie für die Gesellschaft schädlicher sind. Die Versuchung ist groß, das Sichtbare und für viele Bürger Anschauliche, sie gelegentlich sogar persönlich Betreffende in den Vordergrund politischen Bemühens zu rücken und dabei ein positives Medienecho zu erzielen, auch wenn in der Folge das Schwierigere ungelöst bleibt.

Wann irgendwo ein öffentlicher Skandal droht, führt die aktuelle oder potentielle Medienpräsenz dazu, daß sich die Staatsgewalt weitgehend auf diesen Tatbestand konzentriert und notfalls auch wichtigere Angelegenheiten zurückstellt. Das erwartete Medienecho entscheidet dann über politische Relevanz und damit über Prioritäten.

Wenn ich über sehr schwierige Resozialisierungsprobleme im Strafvollzug spreche, interessiert das die Medien kaum. Ich brauche aber nur das Stichwort "Spritzentausch" zu nennen, um sogar die elektronischen Medien zu erreichen. Denn zur Visualisierung dieses Themas, das zudem aus der Schmutzwelt des Drogenkonsums stammt, lassen sich in den Archiven jede Menge erschreckende Bilder finden, die etwa Drogenabhängige beim Spritzen zeigen. Der Bericht geht dann über viele Bildschirme. Andere Fragen aber Behandlung von Drogenabhängigen, Substitution von Drogen und dergleichen - sind viel zu kompliziert, um für die Berichterstattung in den Medien zu taugen. Dabei müßte gerade darüber aufgeklärt werden.

Überspitzt formuliert: Die Alternative, vor der ein Politiker beinahe täglich steht, ist: Will ich in die Medien, oder will ich vernünftige Politik machen?

Um verstärkt den Weg in die Medien zu finden, brauchte ich nur dem Rat einer bekannten Politikerin zu folgen, die mir als Anfänger in der Politik den Rat gab: Was Sie machen müssen, ist "Trendsurfen". Gleiten Sie auf der Woge öffentlicher Aufmerksamkeit. Haben die Medien ein Thema entdeckt, dann bleiben sie erst einmal dabei.

Ich erwähne als Beispiel nur die monatelange bundesweite Diskussion um das Stichwort ;'. Wenn ich in einem Interview über irgendwelche alltäglich wichtigen rechtspolitischen Fragen spreche, ist das für die meisten Journalisten wenig interessant. Wenn ich aber etwas zum Lauschangriff sage - es muß nur etwas abweichen von dem, was der Bundesjustizminister gerade vertritt;- , dann hat das in jedem Fall Nachrichtenwert. Ein Thema, dem Journalisten bereits ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben -

erst recht, wenn darüber schon eine Bundesjustizministerin gestolpert ist;-), hat eben größere Chancen, aufgegriffen zu werden, auch wenn ich dazu weder etwas Neues noch etwas Originelles zu sagen habe.

Dazu paßt vielleicht ein Zitat, das George Orwell zugeschrieben wird und das vielfach variiert worden ist: Bilder und Worte gruppieren sich wie Kavalleriepferde beim Hornsignal automatisch in die gewohnte, immer gleiche Ordnung und Marschrichtung - sie brauchen nur das Signal. Wenn Journalisten einen Trend ausgemacht haben, dann braucht man sich dem nur anzuhängen - wenn es optimal laufen soll, möglichst mit einem kleinen eigenen Reizwort.

Für einen Politiker der zweiten oder dritten Reihe in der politischen Diaspora spielen die elektronischen Medien keine große Rolle. Für ihn zählen die Printmedien, die ihre Lokalbeziehungsweise Regionalseiten auch ihm öffnen. Deshalb ist der tägliche Blick in den Pressespiegel unerlässlich, um festzustellen, ob und wie er darin vorkommt. Dabei habe ich Zweifel, ob es den Politikern vordringlich um die publizistische Wirkung auf die allgemeine Öffentlichkeit, etwa im Interesse des Wiedergewähltwerdens, geht. Mein Eindruck ist vielmehr, Politiker denken hier - ähnlich mag es bei manchen Journalisten sein - zumindest auch, vielleicht sogar vordringlich an ihre Wirkung auf die eigenen Kollegen, möglicherweise auch daran, wie das Gleiten auf der Woge öffentlicher Aufmerksamkeit wohl weitergehen wird. In einem Bundesland wie Hamburg, in dem es keine Direktwahl von Kandidaten gibt, kommt es für die politische Zukunft der Politiker der zweiten oder dritten Reihe weniger auf öffentliche Bekanntheit an, dafür aber um so mehr auf den Bekanntheitsgrad und das Image in den politisch einflußreichen Netzwerken - das sind nicht nur die der eigenen Partei, sondern auch die anderer nahestehender gesellschaftlicher Gruppierungen.

Ein wichtiges Instrument der erfolgreichen medialen Politikdarstellung sind Klischees und Stereotypen, bei deren Verfestigung die Medien bekanntlich massiv mitwirken. Zu den Klischees eines erfolgreichen Politikers gehört die Fähigkeit zu kraftvollem Durchgreifen. Das aber lassen die politischen Strukturen meist nicht zu: Zu groß und verfestigt sind die vielfältigen gesellschaftlichen Vetopositionen und die Barrieren des Bestandsschutzes. Wenn der Politik die Potenz zum folgenreichen Handeln fehlt, dann ist zumindest die Darstellung kraftvollen Agierens angesagt. Ich nenne ein Beispiel: Im Zusammenhang der schon erwähnten, von ihrer politischen Bedeutung eher marginalen Diskussion um die Hamburger Bezirksverwaltungsreform ging es in den Medien vornehmlich um zwei Fragen. Zum einen: Wird die Kooperation zwischen SPD und STATT Partei in der Bürgerschaft fortbestehen? Zum anderen - und dies hat in letzter Zeit die Medien auch in anderen Zusammenhängen besonders interessiert: Wie steht es um die politische Führung?

Da es bereits in allen Zeitungen gestanden hat, begehe ich keinen Vertrauensbruch, wenn ich den Tatbestand anspreche: In mehreren wichtigen oder für wichtig gehaltenen Fragen - so auch in der Debatte um die Schulreform - hat der Bürgermeister im Senat eine Minderheitsposition vertreten, die er aber nicht ausdrücklich zur Abstimmung stellt, wohl aber zu Protokoll gegeben hat. Der Senat entschied dann mehrheitlich ungeachtet dieser Protokollerklärungen, die anschließend aber teilweise im Wortlaut in den Medien auftauchten. Die Journalisten haben in der Folge danach gefragt, wie in solchen Fällen politische Führung ausgeübt wird. Offenbar ist das die falsche Perspektive. Sie wirken doch selbst daran mit, daß die Darstellung von Führung das für die Medien Wichtigere ist.

Als der Streit über die Bezirksverwaltungsreform in den Medien hochgespielt wurde und niemand so recht wußte, warum er im Senat so anhaltend ausgetragen wurde, äußerte sich der Bürgermeister in einem Artikel in der BILD-Zeitung mit der Überschrift: "Mut, Schweiß und Tränen." Jeder sollte den Eindruck gewinnen, daß es um eine Schicksalsfrage von existentieller Bedeutung für die Stadt ging. Den zitierten, wenn auch leicht variierten Satz eines bekannten nichtdeutschen Politikers hatte der Bürgermeister übrigens schon in einer vergleichbaren Lage vor einigen Jahren bemüht. Der in dem BILD-Artikel enthaltene Appell "Hamburg muß besser regierbar werden" enthält durch die dramatische Überschrift eine andere Resonanz in der Öffentlichkeit, als wenn die Einzelheiten der Verwaltungsreform dargestellt würden. Zugleich signalisiert der Bürgermeister, daß es ihm ums Regieren geht; die markigen Formulierungen sind für die Öffentlichkeit mindestens so wichtig wie markiges Handeln. Die Dramatisierung der Lage erlaubt den Verzicht auf die genaue Darstellung, warum Hamburg denn schwerer regierbar wird als etwa bei dem Status quo. Zugleich haben die Medien, die wollen, eine Chance, den Bürgermeister als Märtyrer der Politik zu feiern, der wegen der uneinsichtigen Senatoren nicht so kann, wie er gern möchte.

Dies alles sind keine spektakulären Beobachtungen, sondern Beschreibungen politischen Alltags, Ich meine aber, daß es für die Diskussion um Macht und Medien hilfreich sein kann, auch die Ebene der praktischen Alltagspolitik mit ihren Zwängen, Schwierigkeiten und Versuchungen einzubeziehen.



Ich persönlich frage mich jedenfalls: Wieweit ist es möglich, den geschilderten Mechanismen auszuweichen? Kann ich in der Politik als Mensch und als Wissenschaftler authentisch bleiben und mich den Darstellungsritualen entziehen? Bisher konnte ich meinen Vorsätzen treu bleiben - aber ich frage mich, wie lange sich das durchhalten läßt. Ich hielte es jedoch für verhängnisvoll - um ein Wortspiel aufzugreifen;- , wenn für die Politik Public Relations wichtiger werden als die res publica.

### **Kielinger**

Im Grunde ein niederschmetterndes Resümee, das Sie ziehen - sowohl für die Politik als auch für die Medien. Ich habe selten eine so provokante Zuspitzung gehört wie bei Ihnen: Will ich als Politiker in die Medien, oder will ich vernünftige Politik machen? Was letzteres bedeutet, haben Sie zitiert: "Mut, Schweiß und Tränen." Wir sind gewarnt.

Damit erteile ich dem Wissenschaftler, Herrn Donsbach, das Wort, der sich vielfach zu Medienfragen geäußert hat. Über die Vermehrung der Fernsehkanäle beispielsweise: Heißt das größere Vielfalt oder "more of the same"? Auch die Tendenz zum "Rudeljournalismus", die bei Herrn Hofmann-Riem anklang, kehrt in Wolfgang Donsbachs Untersuchungen häufig wieder.

### **Donsbach**

Ich werde mich weniger auf die neuen Medien, sondern mehr auf unser traditionelles Mediengefüge konzentrieren und dabei in gebotener Kürze drei Dinge ansprechen. Erstens die historische Entwicklung der Beziehung zwischen den Systemen Politik und Medien. Zweitens möchte ich Ihnen fünf Thesen zu der Frage vortragen, wie in der heutigen Gesellschaft die Beziehung zwischen Politik und Medien beschaffen ist. Da wird sich vieles von dem wiederfinden, was vor allem Herr Hoffmann-Riem gesagt hat. Drittens schlage ich einen politischen Zentralwert vor, mit dem sich vielleicht die Performanz des Mediensystems messen läßt.

Zunächst also zur historischen Beziehung zwischen Politik und Medien. Hans Mathias Kepplinger hat einmal die historischen Entwicklungsstufen dieser Beziehung in drei Phasen beschrieben. Erstens die Phase der absoluten Monarchie; der Arkanpolitik, wo Politik und Medien strikt getrennt waren. Die Medien durften nicht über Politik berichten, und die Fürsten beachteten die Medien so gut wie gar nicht, denn die waren für sie keine gesellschaftliche Kraft, die sie in ihr Kalkül einzubeziehen brauchten.

Die zweite Phase ist die des Konstitutionalismus; da beginnen sich die Trennlinien zu verwischen. Politiker benutzen jetzt die Medien für ihre Ziele, und für die Journalisten werden politische Informationen immer wichtiger. Es begann auch bereits eine gewisse Fluktuation zwischen Politik und Medien. Wie Max Weheres später formulierte, sind Journalisten im Grunde prädestiniert, politische Rollen zu übernehmen. Wie wichtig die Presse für die Politik wurde, hat Rudolf Stöber gerade in einer Untersuchung dargelegt. Bismarck hat, was bisher unbekannt war, 1881 eine "neue Presseorganisation" gegründet, um über sogenannte Vertrauensleute Einfluß auf die Zeitungen im Reich zu nehmen. Hier beginnt also die Verflechtung.

Die dritte Phase ist die der parlamentarischen Demokratie, wo die Grenzen noch weiter verwischt sind. Politiker benötigen nun auch die Medien als Quelle von Informationen, und sie brauchen sie, um ihre Themen und Argumente der Bevölkerung, den Wählern zu vermitteln. Politische Konsensfindung geschieht überwiegend in und über Massenmedien.

Damit hat sich aber der Charakter des ganzen Willensbildungsprozesses verändert, und zwar sowohl auf der Systemebene als auch auf der Individualebene. Auf der Systemebene - das wurde bei Herrn Hoffmann-Riem deutlich;- , weil für die Konsensfindung und auch für die Bekämpfung des politischen Gegners öffentlicher Druck notwendig ist, der nur über die Medien ausgeübt werden kann. Damit verlieren gleichzeitig die traditionellen Institutionen der Politik an Bedeutung.

Auf der Individualebene kann man Hermann Lübke folgen, der sagt, die Bürger müßten sich heute über immer mehr Sachverhalte und Personen Gedanken machen und Meinungen entwickeln, zu denen sie keinen direkten selbsterlebten Zugang haben. Das heißt, die Medien vermitteln uns in zunehmendem Maße Einstellungen und Vorstellungen, die wir aus eigenem Erleben nicht nachvollziehen können. Statt auf Primärerfahrung sind wir immer mehr auf Sekundärerfahrung angewiesen.

Der Begriff "Mediokratie" bringt diese Entwicklung auf den Punkt, ein Kunstbegriff, zusammengesetzt aus Medien und Demokratie, der zuerst in den USA verwendet worden ist.

Die Wissenschaft, insbesondere die Politikwissenschaft, hat diese Entwicklung übrigens lange Zeit überhaupt nicht wahrgenommen. Erst in neueren Lehrbüchern finden sich substantiellere Aussagen über das Mediensystem. Ich denke etwa an die sogenannte "Interpenetrationstheorie", die besagt, daß beide Systeme, Medien und Politik, stark aufeinander angewiesen sind. Andere Lehrmeinungen gehen noch weiter und weisen die Medien als konstituierende Elemente demokratischer Systeme aus.

Jetzt meine fünf Thesen zu der Frage, wie sich die Systembeziehung zwischen Medien und Politik heute darstellt.

Erste These: Das politische Interesse der Bevölkerung an der Politik steigt mit der Ausbreitung der modernen Massenmedien. Gleichzeitig nimmt die Unfähigkeit zu, die Themen zu durchdringen.

Daß das politische Interesse gestiegen ist, läßt sich demoskopisch eindeutig nachweisen. Ein Indiz für eine Beziehung zu den Medien ist die Tatsache, daß das Interesse an Politik und die Ausbreitung des Fernsehens in zwei parallelen Kurven verlaufen. Das heißt, es spricht zumindest vieles dafür, daß hier eine Kausalbeziehung besteht. Es werden mehr Menschen mit Politik konfrontiert als je zuvor, und entsprechend gewinnen politische Sachverhalte immer stärker an öffentlichem Interesse.

Mit dieser Entwicklung ist aber zugleich verbunden, daß die Qualität der politischen Auseinandersetzungen leidet. Die Darstellung von Politik durch die Medien folgt Rationalitätskriterien, die sich nicht für eine sorgfältige Auseinandersetzung mit politischen Themen eignen. Das sind zum einen kommerzielle Interessen, die sich in bestimmten Nachrichtenwerten ausdrücken, und zum anderen politische Interessen, die verfolgt werden.

Ein Zitat mag diese fehlende Eignung der Medien unterstreichen: 'The press has come to be regarded as an organ of direct democracy, charged at a much wider scale and from day to day with a function often attributed to the initiative, the referendum and recall. The Court of Public Opinion, open day and night, is to lay down the law for everything all the time. It is not workable and when you consider the nature of news it is not human thinkable'. Das hat Walter Lippmann bereits 1922 geschrieben. Und 50,60 Jahre später hat Thomas Patterson die Presse und damit die Medien insgesamt als "the miscast institution" bezeichnet. Eine fehlbesetzte Institution also, der in der heutigen Demokratie eine Aufgabe zugewiesen ist, für die sie nicht gemacht ist.

Mein Fazit zu dieser ersten These: Es werden zwar immer mehr Menschen mit Politik konfrontiert, aber das, womit sie konfrontiert werden beziehungsweise sich selbst konfrontieren, wird immer dysfunktionaler für den politischen Prozeß. Gleichwohl ist es äußerst wirksam. Auch dazu ein banaler Indikator aus der Demoskopie: Auf die Frage, welches ihnen die beste Hilfe für die Wahlentscheidung ist, nennen etwa 80 Prozent der Bundesbürger eines der Medien und nur circa 20 Prozent persönliche Gespräche.

Zweite These: Es entsteht ein neuer Typ des Politikers. Seine Karriere wird durch den publizistischen und nicht mehr nur durch den politischen Machtgewinn bestimmt.

Ein amerikanischer Kollege, Michel Robinson, hat dafür einen Begriff geprägt: "The new congressional character. You get the boys with the blow-dried hair who can read the script well". Das ist der neue Typ des Politikers, der im Medienzeitalter Erfolg hat.

Auch Helmut Schelsky hat sich seinerzeit mit diesem Thema auseinandergesetzt und den neuen Typ einen "öffentlichen Halbdenker" genannt, weil er Politik vorwiegend unter dem Gesichtspunkt publizistischen Machtgewinns betreibt und betreiben muß und deshalb die Probleme nicht zu Ende denken kann.

Das hat zwei Folgen. Zum einen werden dadurch Karrieren an den üblichen Legitimationsinstanzen der Parteien vorbei möglich. Das bedeutet wiederum eine Aushöhlung der traditionellen Institutionen. Ein Indikator dafür ist, daß bei parteiinternen Auswahlprozessen für Politiker immer stärker die antizipierte öffentliche Selbstdarstellungsfähigkeit der Kandidaten ins Kalkül gezogen wird. Dafür gibt es auch in der jüngeren Parteipolitik Beispiele.

Natürlich spiegelt sich dies auch in den Medien wider. Wie die Inhaltsanalysen des deutschen "Medien Tenors" - einer Analyse der wichtigsten deutschen Nachrichtenmedien zeigen, spielten vor der Bundestagswahl 1994, je näher der Wahltermin rückte, Imagefragen eine immer größere Rolle, während die sogenannten Issuefragen, also die Auseinandersetzung mit Sachthemen, in den Hintergrund traten. Das ist insofern auch einleuchtend, als wir aus der Wirkungs- und der Wahlforschung wissen, daß Images die Wahlentscheidungen der Bürger sehr viel stärker beeinflussen als die Politikern zugeschriebene Kompetenz in Sachfragen.

Damit ist zweitens die Gefahr eines zunehmenden Populismus der Politiker und einer sich verstärkenden Responsivität des politischen Systems verbunden. Dafür ist zum einen der neue Politikertyp verantwortlich, der sich weniger an Prinzipien orientiert und der sich auch dem Programm einer bestimmten Partei nicht mehr so verpflichtet fühlt. Zum anderen wird die Entwicklung dadurch begünstigt, daß die politischen Konflikte mehr und mehr über die medial vermittelte Öffentlichkeit ausgetragen werden. Je mehr die Öffentlichkeit in den politischen Prozeß einbezogen wird, desto größer ist die Gefahr des Populismus.

Dritte These: Es entstehen neue Formen von Ereignissen, die nur deshalb stattfinden, weil die Akteure wissen, daß die Medien darüber berichten werden.

Daniel Boorstin spricht von "pseudo events", Pseudoereignissen. Das heißt, bestimmte Ereignisse werden für Journalisten inszeniert. Ein klassisches Beispiel dafür sind Pressekonferenzen, aus denen besonders Tageszeitungen in starkem Ausmaß ihre Nachrichten und Informationen beziehen. Auch bestimmte spektakuläre Ereignisse - von Hausbesetzungen bis Greenpeace-Aktionen - zielen nur darauf ab, die Medienaufmerksamkeit zu gewinnen.

Ein anderes Pseudoereignis sind Talk-Shows, auf die Herr Kielinger hingewiesen hat. Politik findet immer mehr über Talk-Shows statt, wo eine ganz andere Art von Politikvermittlung geboten wird. Der Unterhaltungscharakter von Politik und damit die Bedeutung von Images nimmt zu. Die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Clinton, Perot und Bush sind vor der letzten Wahl insgesamt 92mal in Talk-Shows aufgetreten. Auch bei uns wird das Fernsehen immer mehr zur Bühne für Politiker, denen es wichtiger ist, in Talk-Shows zu brillieren, statt im Bundestag eine gute Rede zu halten.

Vierte These: Es entsteht ein neues politisches Vokabular. Seine Funktion ist der Transport von implizierten Wertungen über Personen, Gruppen und Sachverhalte. Seine Kennzeichen sind Kommunizierbarkeit, Einprägsamkeit und Allgegenwärtigkeit.

Hier findet ein Kampf statt zwischen Politikern verschiedener Couleur einerseits und zwischen Politikern und Journalisten andererseits. Wem es gelingt, einen Sachverhalt mit seinem Vokabular so zu prägen, daß die eigenen Ziele und Werte auf diese Weise in die Öffentlichkeit transportiert werden, hat so gut wie gewonnen. Wem es beispielsweise gelingt, einen Sachverhalt als Skandal festzumachen, der hat den politischen Gegner in die Enge gedrängt. Die moralische Besetzung der Begriffe im Hinblick auf die eigenen Ziele ist von entscheidender Bedeutung für politische Wirksamkeit.

Fünfte These: Es entsteht ein neuer Typ und eine neue Rolle des Journalisten in der Mediendemokratie. Es ist ein Journalist, der sich seiner politischen Macht bewußt ist und auch dazu tendiert, diese Macht im eigenen Interesse zu instrumentalisieren.

Die Politik muß diesen neuen Akteur in ihr Handeln mit einbeziehen. Empirische Studien in den USA zeigen, daß die Politiker und Politikberater seit 1970 etwa doppelt soviel Zeit in Gesprächen mit Journalisten zubringen als vor 1970. Otfried Jarrens Analyse im Bereich der Hamburger Kommunalpolitik hat ähnliche Ergebnisse gebracht.

Besonders in Deutschland haben wir es mit einem stärker politisch ambitionierten, oftmals missionarischen Berufsverständnis von Journalisten zu tun: 74 Prozent der deutschen Journalisten sagen, daß sie sich in ihrem Beruf für Werte und Ideen einsetzen wollen - gegenüber nur etwa 25 Prozent der amerikanischen Journalisten. Nachrichtenentscheidungen bei uns werden viel stärker durch subjektive Überzeugungen beeinflußt als in den USA. Dies hat eine Fünf-Länder-Studie ergeben, die ich mit einem amerikanischen Kollegen durchgeführt habe.

Hinzu kommt eine sehr viel geringere redaktionelle Kontrolle im deutschen Journalismus. Das heißt, in Deutschland kommt die subjektive Einstellung der Journalisten sehr viel stärker zum Zuge, als dies beim angelsächsischen, insbesondere beim amerikanischen Journalismus der Fall ist, wo ganz andere Berufsnormen und Berufsstrukturen dem entgegenstehen. Das zeigt sich auch darin, daß bei uns die Journalisten weniger Wert auf das Recherchieren von Fakten legen und sich statt dessen mehr der subjektiven Interpretation und Wertung der Ereignisse widmen. Auch diese Unterschiede spiegeln empirische Studien deutlich wider.

Der amerikanische Soziologe Erwin Gouldner hat in seinem 1973 erschienenen Buch "The future of intellectuals and the rise of the new class" die Presse als eine "kulturelle Bourgeoisie" bezeichnet, deren Kapital nicht in Geld bestehe, sondern in der Kontrolle über kulturelle Werte. Sie seien eine neue Klasse, die Macht ebenso beansprucht, wie andere Klassen in der Geschichte es getan haben und tun.

## Kielinger

Herr Donsbach griff für seine Analyse vielfach auf amerikanische Erfahrungen zurück. James Fallows hat diese in seinem jüngsten Buch bestätigt: "Breaking the news - Do the media undermine American democracy?" Ihre Hoffnung, Herr Donsbach, daß "issues" über Personen dominieren mögen, in Gottes Ohr.

Was die Personalisierung von Politik angeht, nur ein besonders eindrucksvolles Beispiel aus der englischen Presse: Als John Major im Mai dieses Jahres den europäischen Boykott britischen Rindfleisches mit dem britischen Boykott der Europäischen Union beantwortete, brachte der "Daily Mail" die Schlagzeile: 'Europe faces war cabinet' - Europa hat das Kriegskabinett gegen sich. Suchen Sie da einmal nach den "issues".

Personalisierung gehört zum agonalen Prinzip der Medien. Es ist spannend, unterhaltsam und verkauft sich gut. Der Kampf um die beste Schlagzeile trägt in manchen Quartieren auch dem Verdrängungswettbewerb auf dem Markt Rechnung.

Da Herr Holzer viel mit den USA zu tun hat, möchte ich ihn an dieser Stelle bitten, uns kurz seine amerikanischen Eindrücke zum Thema zu präsentieren.

## Holzer

Ich kenne Amerika in der Tat seit vielen Jahren und habe die letzten drei Jahre ganz überwiegend dort zugebracht. Ich gestehe gern, daß ich in meinem journalistischen Selbstverständnis sehr stark von angelsächsischen Grundsätzen geprägt wurde, zum Beispiel was die strikte Trennung von Nachrichten und Meinungen angeht. Und ich will als erste These festhalten: Bei allen Mängeln und Schwächen, die wir in Deutschland und in Europa sicher feststellen können, meine ich, daß die zum Teil sehr raffinierte Vermischung von Nachrichten, Informationen und Meinungen in Amerika viel weiter fortgeschritten ist als bei uns.

Herr Donsbach behauptet, in den USA würden in den letzten Jahren Politiker und Politikberater sehr viel häufiger mit Journalisten reden, als das früher der Fall war. Tatsache ist indes, daß sich der Einfluß bestimmter Kreise von Politikberatern - zu denen im übrigen auch Journalisten gehören - dramatisch erhöht hat. Diese sogenannten Berater, die man in Amerika neuerdings "spin doctors" nennt, haben nichts mehr zu tun mit dem Berater traditionellen Typs, dem Professor der politischen Wissenschaft oder der Ökonomie, der Politiker in Sachfragen berät, sondern hier handelt es sich um Fachleute, denen es um Machterwerb und Machterhalt um fast jeden Preis geht. Diese spin doctors sind zu einer Hauptinformationsquelle für Journalisten geworden, sowohl im Fernsehen wie in den anderen Medien.

Das Beängstigende an dieser Entwicklung ist, daß in vielen Fällen - nicht überall natürlich - nicht mehr Politiker die politische Agenda bestimmen, sondern diese hochqualifizierten Machtstrategen, die den Politikern eingeben, was sie mit welcher Betonung und bei welcher Gelegenheit zu sagen haben; die ihnen die Fernseh- und Radiospots vorschreiben, so daß - wie ein amerikanischer Kollege von Herrn Donsbach feststellt - viele Abgeordnete, auch Senatoren, im Grunde nur noch Marionetten sind, die an unsichtbaren Fäden von den spin doctors geführt werden.

Ich betone dies so nachhaltig, weil die Journalisten, sowohl beim Fernsehen wie in den Printmedien, häufig überhaupt nicht merken, wie sie von diesen "Informanten" instrumentalisiert werden. Da erscheinen seitenlange Artikel selbst in so angesehenen Blättern wie der "Washington Post", die nicht auf sorgfältigen eigenen Recherchen beruhen. Und wenn Herr Donsbach oder sein Kollege Kepplinger meinen, die amerikanischen Zeitungen seien deshalb neutraler und unvoreingenommener, weil dort im wesentlichen kommerzielle Interessen darüber bestimmen, was ins Blatt kommt, dann kann ich darauf nur antworten: Viele Artikel, die ich in der "Washington Post" und anderen Zeitungen gelesen habe, wären für mich als ehemaligen Chefredakteur völlig indiskutabel gewesen.

Herr von Weizsäcker hat zu Recht auf die Problematik "Medien und Markt" verwiesen. Tatsache ist, daß die Printmedien in den USA aus Sorge um Auflagenhöhe und Anzeigenaufkommen ihr Niveau drastisch gesenkt haben - von wenigen Ausnahmen abgesehen: "New York Times" zum Beispiel, "Wallstreet Journal" oder auch "Los Angeles Times". Das gleiche ist im Fernsehen zu beobachten, was sich besonders in den von uns allen bisher so geschätzten Nachrichtensendungen der großen Networks auswirkt. So hat ein früherer Journalist und jetziger Professor festgestellt, daß 1994 in den Medien weder über Somalia oder Bosnien noch über das Geschehen in der früheren Sowjetunion eingehender berichtet wurde, sondern über den Simpson-Prozeß, die Auseinandersetzungen über die beiden Eiskunstläuferinnen und den abgeschnittenen Penis eines Ex-Marines. Das waren die "großen" Ereignisse, die überall Schlagzeilen machten, bis hin zu der Tatsache, daß eine der

wichtigsten Korrespondentinnen von CBS-News, Frau Chung, fast drei Wochen lang mit diesen beiden Eiskunstläuferinnen zubrachte, um anschließend nur dummes Zeug von den beiden Damen in den Hauptnachrichtensendungen zu transportieren.

Hinzu kommt, daß die Sendungen inzwischen so häufig von Werbespots unterbrochen werden - das war noch vor fünf Jahren undenkbar;- , daß der Zuschauer die Zusammenhänge nicht mehr begreift. Also auch im Fernsehen hat die Kommerzialisierung zu einer drastischen Qualitätsverschlechterung geführt. Das liegt nicht daran, daß die Journalisten schlechter geworden sind, sondern daß ihre Möglichkeiten, Themen anders und seriöser zu behandeln, erheblich eingeschränkt worden sind. Viele gute Sendungen sind ganz an den Rand gedrängt worden - ein Mann wie Ted Koppel mit seiner "nightline" muß ständig darum kämpfen, nicht erst nach Mitternacht plaziert zu werden - oder sind inzwischen ganz von der Bildfläche verschwunden.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die amerikanischen Bürger immer weniger wichtige Informationen, ob zur Außen- oder Innenpolitik, erhalten. Dagegen sind die Verhältnisse in Deutschland und Europa - "Binnenpluralismus" hin, "Außenpluralismus" her - nachgerade noch paradiesisch.

Hinzu kommt, daß in Amerika die Sucht, Skandale aufzudecken, immer mehr um sich greift. Kaum daß ein Journalist eine Meldung richtig zu schreiben gelernt hat, meint er schon, den nächsten Watergate-Skandal aufdecken zu können. Das führt teilweise zu den absurdesten Kampagnen, auch in sehr angesehenen Zeitungen.

Also die Zeiten, wo man den angelsächsischen Journalismus - Peter Galliner kann dies sicher für Großbritannien bestätigen - als Vorbild hinstellen konnte, sind längst vorbei. Die Einflüsse des Marktes, die heute in den Medien wirksam sind, führen zu einer Mediendarstellung, die immer weniger mit Information und immer mehr mit skandalisierenden Effekten zu tun hat und denen es vornehmlich darum geht, die persönlichen Schwächen von Menschen aufzudecken - zum Teil der lächerlichsten Art - und diese dann in Schlagzeilen anzuprangern, was immer häufiger zu fürchterlichen populistischen Entscheidungen führt. Und genau in diese Richtung zielen auch die spin doctors, denen man durchaus die Absicht unterstellen kann, nicht eine informierte, sondern eine desinformierte, emotionalisierte Öffentlichkeit zu schaffen und in diesem Klima ihre Kandidaten zu präsentieren.

Bestes Beispiel dafür ist die leidvolle Geschichte des verdienstvollen konservativen Senators Javits aus New York, der gegen den rechtsstehenden Alfonse M. D'Amato ausgetauscht wurde, dem sein Berater gesagt hatte: Sprich nicht über deine Politik, davon verstehst du nicht genug; rede nur darüber, daß Javits ein alter, kranker Mann ist. Diese Kampagne hatte Erfolg, und Javits flog aus dem Senat.

Ich füge hinzu, daß diese spin doctors den meisten Menschen - auch vielen Journalisten, die ihr Material verwenden - kaum bekannt sind. Die Medien, weit davon entfernt, Macht auszuüben, sind in vieler Hinsicht zum Instrument dieser Leute geworden, ohne es zu bemerken.

Walter Lippmann und auch später noch Journalisten seines Ranges haben sicher als Trendverstärker gewirkt, aber sich keineswegs als vierte Gewalt verstanden. Die Leute, die heute im Hintergrund wirken, verstehen sich als reine Machtmenschen, die sich der Politiker so bedienen, wie es ihren politischen Zielen entspricht.

Gary Hart, ehemals fast ein Präsidentschaftskandidat, hat kürzlich beim Thema Medien, Macht und Politik einen geradezu herzerweichenden Appell an Europa gerichtet, als er schrieb: Während Europa und die übrige Welt sich nur zögernd an Amerikas Multimediaexperimenten beteiligen, blicken viele Amerikaner nach Europa und erhoffen sich von den älteren Gesellschaften Beistand bei der Wahrung kultureller Werte, vielleicht sogar deren Rettung. Und zu Multimedia sagte er: Zwar ist der einzelne Benutzer vernetzt, doch im Datennetz wird er zum isolierten Konsumenten selbstgewählter Informationen. So weit sollten es die übrigen westlichen Länder nicht kommen lassen.

Es ist schon bedrückend zu sehen, wie die Medien in Amerika immer mehr in eine sekundäre Rolle gedrängt werden und statt dessen andere Kräfte unter Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten eine viel einflußreichere Rolle spielen, ohne daß sie auch nur bekannt sind und irgendeine demokratische Legitimation besitzen.

### **Kielinger**

Ich will nur ergänzen, Herr Holzer: Nicht jede Entgleisung in den Medien bringt schon die Demokratie in Gefahr. Wirkt nicht auch die politische Klasse selbst munter daran mit? So ist Clintons

Reformprogramm des Gesundheitssystems nicht an den Medien gescheitert, sondern am amerikanischen politischen System, dem Dauerstreit zwischen Kongreß und Administration. Vielleicht war es auch überambitioniert. Die Medien haben dabei keine entscheidende Rolle gespielt.

### **Holzer**

Es hat tatsächlich nicht eine einzige sinnvolle Darstellung über das Reformprogramm in den Medien gegeben.

### **Riehl-Heyse**

Ich bin ja einerjener Journalisten, die gern über die Verrottung des Journalismus nachdenken und schreiben. Ich halte das auch für richtig und wichtig und würde mir allerdings wünschen, daß sich auch in anderen Berufsgruppen selbstkritische Leute fanden, zum Beispiel unter Architekten, Ärzten oder Politikern. Ich meine, da stellen Journalisten nach wie vor eine Ausnahmeerscheinung dar. Wenn ich höre, was Herr Donsbach und auch Herr Hoffmann-Riem so über meinen Berufsstand sagen, dann bin ich doch sehr versucht, mich sofort mit meinen eigenen Kollegen zu solidarisieren, was ich eigentlich sonst selten tue.

Um es ein wenig polemisch zu überspitzen: Mich fasziniert immer wieder, wie sehr Wissenschaftler an Statistiken glauben, die sie selber gefälscht haben. Da präsentiert uns Herr Donsbach 18.634 negative Zeitungsmeldungen über die Parteien. Das kann man doch wirklich nicht ernst nehmen. Da haben offenbar irgendwelche Studenten im zweiten Semester nach Kriterien, die wir nicht erfahren, festgelegt, was eine negative und was eine positive Meldung ist.

### **Donsbach**

Die Kriterien kann ich Ihnen nennen - um die Argumentation zu versachlichen.

### **Riehl-Heyse**

Es ist ja auch denkbar, daß die Parteien selbst dazu beitragen, wenn heute negativer über sie berichtet wird als früher.

Herr Hoffmann-Riem hat uns das Trendsurfen vorgehalten ...

### **Hoffmann-Riem**

Ich habe den wohlgemeinten Rat zitiert, Politiker sollten im Trend surfen, weil dies die Journalisten honorieren.

### **Riehl-Heyse**

Ich kann dazu nur anmerken: Ich bin für jeden Politiker dankbar, der mir mal etwas Neues erzählt; denn für die ausgelutschten Thesen, die ich schon hundertmal gehört habe, brauche ich keinen Politiker; das kann ich mir selber ausdenken. Meine Erfahrung ist, daß die Qualität der Hintergrundgespräche, die ich mit Politikern führe, in den letzten Jahren permanent nachgelassen hat. Früher haben Politiker uns mitunter wirklich etwas Interessantes erzählt; was sie mir heute mitteilen, habe ich zigfach woanders gelesen.

Herr Donsbach hat zwischen Außen- und Binnenpluralismus unterschieden und gemeint, in Deutschland sei der Binnenpluralismus unterentwickelt. Ich halte das schlichtweg für falsch. Wenn Sie unsere großen Zeitungen lesen - DIE ZEIT, die FAZ und so weiter;- , werden Sie feststellen, daß die ungeheuer binnenplural sind. In derselben Zeitung wird sich ununterbrochen widersprochen.

Um ein Beispiel aus der Süddeutschen Zeitung zu nennen: Bei der Debatte über das Kruzifixurteil in Bayern waren wir so binnenplural, daß am gleichen Tag von zwei Autoren total gegenteilige Analysen zu lesen waren. Während der eine das Bundesverfassungsgericht sehr lobte, erklärte der Leitartikel im politischen Teil das Urteil des Verfassungsgerichts für unsinnig; Herr Grimm wird sich daran erinnern. Mit anderen Worten: Da ging es bei uns so binnenplural zu, daß unsere Leser gar nicht mehr wußten, wohin die Zeitung eigentlich tendierte.

Und wenn Sie sagen: Wir richteten unsere Schlagzeilen nach unseren Kommentaren, dann ist das völlig abwegig. Es sind ganz andere Leute, die die Schlagzeilen machen als die, die Kommentare verfassen. Der Chefredakteur weiß häufig erst fünf Minuten vor Drucklegung, wie ein bestimmter Kommentar aussieht. Also die Vorstellung, es gebe irgendeine geheime Macht, die das alles regelt

und manipuliert, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Vielmehr geht es da unerhört differenziert und binnenplural zu.

Herr Hoffmann-Riem, Sie haben formuliert: "Entweder ich kann vernünftige Politik machen oder in den Medien stehen." Wenn Sie das ernsthaft so meinen, wäre das eine schlimme Feststellung. Denn das würde schon an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. Im übrigen gibt es nicht den Journalismus, sondern es gibt guten und schlechten Journalismus.

### **Meckel**

Wie in der Politik.

### **Riehl-Heyse**

Worauf es ankäme, wäre eben, den guten Journalismus zu ermutigen und zu fördern und dazu muß die Gesellschaft, müssen auch die Verleger beitragen. Denn wenn es den guten Journalismus nicht mehr gibt, wird es auch, davon bin ich fest überzeugt, keine vernünftige Politik und irgendwann auch keine Demokratie mehr geben. Das mag ihnen jetzt sehr pathetisch klingen, aber genauso meine ich es.

### **Hoffmann-Riem**

Ich habe hier als Politiker der dritten Reihe gesprochen und würde Ihnen empfehlen, Herr Riehl-Heyse, einmal dabei zu sein, wenn Journalisten der dritten Reihe Interviews machen, um festzustellen, bei welchen Stichworten sie mitschreiben und was sie alles gar nicht interessiert, vor allem aber, wie sie sich auf das Interview vorbereitet haben.

### **Donsbach**

Natürlich kann man Statistiken fälschen und mit Statistiken wunderbar lügen, Herr Riehl-Heyse; aber ohne Statistiken kann man noch besser lügen. Was wir zum Thema Nachrichten und Kommentare analysiert haben, ist auf der Grundlage von Zigtausenden Aussagen erarbeitet worden. Das können Sie nicht mit einem einzigen Beispiel Ihrer Debatte über das Kreuzifixurteil konterkarieren.

Im übrigen meine ich, Sie sollten der Wissenschaft schon einen gewissen Vertrauensvorschuß geben und nicht von vornherein davon ausgehen, daß wir Statistiken fälschten. Ich tue es jedenfalls nicht.

### **Riehl-Heyse**

Ich sagte doch, daß ich polemisch überspitze.

### **Donsbach**

Es wird in der Sache nicht richtiger, wenn man behauptet, es sei nur polemisch gemeint.

### **Sommer**

So wie Werner Holzer halte ich es für eine seltsame Glorifizierung des amerikanischen Journalismus, was ich so oft in der Wissenschaft feststelle. Die Übertragung der Wertsysteme, wie sie hier vorgenommen wird, erscheint mir doch sehr fragwürdig.

Ich habe in Amerika studiert und verdanke dem amerikanischen Journalismus sehr viel. Ich bewundere von Walter Lippmann bis Flora Lewis eine ganze Reihe großer Vorbilder unseres Berufsstandes. Aber in Amerika regiert heute in der Medienwelt nicht die Mediokratie, sondern die Mediokrität.

Auch Ihr Wertesystem, das Sie Ihren Statistiken überstülpen oder unterlegen, vermag ich nicht zu teilen, Herr Donsbach. Da werfen Sie den deutschen Journalisten vor, diese wollten nur Meinungen verbreiten, Kommentare schreiben und sogar die Welt verbessern, ohne sich viel um die Fakten zu kümmern. Dazu kann ich nur sagen: Mir sind Journalisten lieber, die unerträgliche Zustände ändern und in dem Sinne die Welt verbessern wollen, und dies nicht nur mit Engagement, sondern auch mit einem gewissen Maß an Kenntnissen tun. Ich glaube, beides ist in weiten Bereichen der deutschen Presse immer noch gegeben: Engagement und Kenntnisreichtum.

Und wenn Sie Helmut Schelsky zitieren, dann finde ich den Hohn, den er über die Leute ausgießt, "die mit geborgtem Elend die Welt verbessern wollten", im Grunde empörend. Alle, die die Welt verbessern wollen, tun dies entweder aus selbsterlebtem oder anhand von geborgtem Elend. Ich kann daran

nichts Kritikwürdiges sehen. Mir ist jedenfalls die Subjektivität von Journalisten lieber als die redaktionelle Kontrolle, die Sie so lobend erwähnten und die weithin durch Markterwägungen geprägt wird. In der Subjektivität liegt doch das einzige Gegengewicht zu den marktbeherrschenden Einflüssen. Natürlich darf man die Subjektivität nicht übertreiben; aber ich sehe darin das einzige Korrektiv zu den reinen Marktstrategien.

### **Galliner**

Wenn man in Amerika gelebt hat und den amerikanischen Journalismus von innen her kennt, dann zeigt er sich so, wie Herr Holzer ihn beschrieben hat.

Ich will jedoch etwas zur Mediensituation in England sagen - Herr Kielinger hat vorhin den "Daily Express" mit seiner Schlagzeile zur "Kriegserklärung" an Europa zitiert. Zeitungen wie die Londoner "Times" oder der "Daily Telegraph" haben in der Tat in den letzten zwölf Monaten geradezu einen anti-europäischen Krieg geführt und besonders eine antideutsche Haltung an den Tag gelegt, wie ich sie seit Jahrzehnten in England nicht erlebt habe, selbst während des Krieges nicht. Das trifft keineswegs nur auf die Sensationspresse zu - die hat politisch nie Einfluß gehabt;-, sondern vor allem auch auf die sogenannten seriösen Zeitungen.

Wenn ich in dem Zusammenhang Murdoch erwähne, so ist er nur das markanteste Beispiel dafür, wie jemand Medienmacht nutzt - nicht nur in England, sondern auch in Amerika, in Australien bis hin nach China. Nun gibt Mr. Murdoch keine direkten Anweisungen an seine Zeitungen, aber jeder bei der "Times" weiß natürlich, was er politisch will. Eine redaktionelle Kontrolle gibt es kaum noch, und was Herr Riehl-Heyse für die großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen sagte, daß sie verschiedene Meinungen zu einem Thema im selben Blatt veröffentlichen, das werden Sie in England kaum noch finden; höchstens beim "Guardian" und des öfteren bei der "Financial Times", die ihre Qualität und ihre Unabhängigkeit bewahrt hat. Auch den "Indépendant" könnte man dazu rechnen. In der Einseitigkeit sehe ich eine große Gefahr.

Interessanterweise ist der "Krieg mit Europa", den die englische Presse führt, in der Bevölkerung nicht eben populär. Insofern bietet auch das Fernsehen, und zwar sowohl beim privaten Fernsehen als auch bei der BBC eine viel ausgewogenere Berichterstattung. Wenn heute in England eine Volksabstimmung über Europa abgehalten würde, wäre eine proeuropäische Entscheidung sicher trotz BSE-Konflikt und anderen Mißhelligkeiten.

Die Bevölkerung läßt sich durch all die antieuropäischen Kampagnen nicht beirren. Noch weniger übrigens die Industrie, die hundertprozentig für Europa ist - was insofern bedeutsam ist, als die Konservative Partei weitgehend von der Industrie finanziert wird. Das heißt, die Regierung kann ihren Kampf gegen Europa nicht gewinnen. Die sogenannten Euroskeptiker sind nur eine ganz kleine Gruppe von Leuten, die aber einen erheblichen Einfluß auf die Presse ausüben.

Dennoch will ich nicht leugnen, daß manches von den antideutschen Pressekampagnen hängenbleibt, das bis in die Universitäten und die Wirtschaft hineinreicht. Ich finde das tief bedauerlich als jemand, der sich jahrzehntelang für die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen eingesetzt hat.

### **Martiny**

Eine Kategorie, die bisher nicht erwähnt wurde, scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig: Das Stichwort "Öffentlichkeit". Damit verhält es sich ähnlich wie mit Grund und Boden - es ist eine begrenzte Ressource. Man kann zwar die Programmviefalt fast unendlich vermehren, ohne daß dem aber eine Vermehrung der Möglichkeit, die Vielfalt auch wahrzunehmen, korrespondiert. Ich frage nach den Fehlentwicklungen, die sich beim Kampf um die begrenzte und begehrte Ressource Öffentlichkeit ergeben haben und die man vielleicht korrigieren sollte.

Herr Hoffmann-Riem hat auf einen Widerspruch bereits hingewiesen: Während einerseits nur Öffentlichkeit garantiert, daß überhaupt etwas wahrgenommen wird, bleibt andererseits die Vertraulichkeit dabei häufig auf der Strecke, die in der Politik ebenfalls sehr wichtig ist. Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer hat einmal berichtet, wie er seinerzeit den G-7-Wirtschaftsgipfel ins Leben gerufen hat mit dem Ziel, eine sehr vertrauliche Zusammenkunft der Weltwirtschaftsführer zu ermöglichen angesichts der immer wichtiger werdenden Tendenzen globaler Wirtschaftsverflechtung. Dort sollte ein wirklicher Gedankenaustausch erfolgen, ohne dies gleich an die große Glocke zu hängen. Wenn Sie heute sehen, was aus dieser sinnvollen Idee geworden ist, wie man sich an traumhaften Stränden mit einem ganzen Troß von Experten und Journalisten trifft, kann man zu dem Schluß kommen: Das liefert nur noch Bilder fürs Fernsehen.



Herr Holzer erwähnte die Skandalberichte in den amerikanischen Medien. Gerade haben 26 Senatoren verkündet, daß sie sich nicht zur Wiederwahl stellen, weil sie sich durch die Medien derart persönlich in Frage gestellt sehen - was mit ihrer eigentlichen Arbeit gar nichts zu tun hat;- , daß sie dies nicht mehr mit sich machen lassen wollen.

Schließlich zeigt besonders das italienische Beispiel, daß es unerlässlich ist, alle Bestechungsskandale aufzudecken und für Sauberkeit in der Politik zu sorgen. Andererseits aber zerstört blanker Enthüllungsjournalismus ein demokratisches Grundvertrauen, was nur den Radikalinskis dient und - im konkreten Fall - erst einmal Berlusconi an die Macht brachte.

Das Thema "Öffentlichkeit" hat aber noch einen anderen Aspekt, der mir wichtig ist. Auch in dieser Runde wird der selektive Charakter von Öffentlichkeit deutlich: Frauen sind hier absolut in der Minderheit - andere Minderheiten sind überhaupt nicht vertreten. Das heißt, eine in bestimmter Weise begrenzte Öffentlichkeit restabliert sich gewissermaßen ständig aus sich selbst, was offensichtlich nur schwer zu durchbrechen ist.

Das zeigt sich etwa auch daran, wie mit der strukturellen Minderheit Frau in dieser medienbeherrschten Welt umgegangen wird. Da geht die Skandalisierung ihres politischen Wirkens noch sehr viel weiter als bei den Männern. Wenn man als Frau versucht, in der Politik etwas zu ändern - ich habe ja einige Erfahrung in dieser Hinsicht;- , dann heißt es von seilen der Männer: Wie wollen Sie das denn anstellen? Sagt man darauf, man wolle es in kleinen Schritten versuchen, tönt es zurück: Damit machten Frauen dasselbe wie Männer; da müsse man schon radikaler vorgehen. Wenn man aber als Frau radikale Änderungen vorschlägt, geht es von Männerseite erst richtig zur Sache; denn plötzlich bestimmen Rocklänge, Dekollete oder mit wem man schläft, ob man häßlich oder alt ist die Argumentation. Jede Sachdiskussion bleibt auf der Strecke.

Was die "Ausgrenzung von Themen" angeht, verweise ich als Beispiel auf die letzte israelische Wahl, die ich in Tel Aviv hautnah miterlebt habe. Daß Netanjahu gegen Peres, wenn auch äußerst knapp, gewonnen hat, lag nach Ansicht kritischer israelischer Linker nicht zuletzt daran, daß in der Öffentlichkeit über der Frage nach Krieg und Frieden der gesamte soziale Kontext der israelischen Gesellschaft vernachlässigt wurde. Ich halte dies für einen äußerst wichtigen Punkt. Viele Politiker verkennen nämlich die realen Bedürfnisse der Menschen.

Mein letzter Stichpunkt: Zugangsbarrieren zur Medienwelt. Tatsache ist, daß die Mehrheit der Weltbevölkerung nach wie vor nicht schreiben und lesen kann. Sie ist einerseits von der Bilderwelt des Fernsehens abhängig. Die neuen Medien sind jedoch andererseits sehr kostspielig, und viele Menschen haben schon von daher keinen Zugang zu diesen "Wohltaten" unserer Gesellschaft. Unter diesem Aspekt ist es natürlich fatal, daß der Sparkurs der Bundesregierung die Kommunen anhält, ausgerechnet Büchereien zu schließen, deren Bedeutung für viele Menschen mit wenig Geld gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Büchereien gegen Computer - weltweit und national darf das nicht passieren!

### **Mestmäcker**

Mein Eindruck ist, Herr Holzer, daß das, was Sie über das amerikanische Politik- und Mediensystem ausführen, nur einen ganz kleinen - und, füge ich hinzu, verzerrten - Ausschnitt der amerikanischen Wirklichkeit widerspiegelt. Ich meine, wir sollten uns davor hüten, gegenüber den Amerikanern eine Art kultureller europäischer Überlegenheit ins Feld zu führen, zumal Sie sich bei Ihrer Beurteilung im wesentlichen auf das werbefinanzierte Fernsehen stützen. Dabei haben gerade die werbefinanzierten Networks in Amerika in den letzten zehn Jahren fast die Hälfte ihrer Zuschauer an die entgeltfinanzierten Kabelsysteme verloren, weil die Menschen auf diese Weise der Werbung ausweichen wollen.

Ein anderer Punkt ist die aus der amerikanischen Gesellschaft hervorgegangene Bewegung der sogenannten "political correctness". Hier hat sich eine gesellschaftliche Macht entwickelt, die der Zensur in einigen Bereichen, selbst in den Universitäten, schon sehr nahekommt. Und das möchte ich auch zu Frau Martiny sagen: Der sich in diesem Rahmen hervortuende aggressive Feminismus - und nicht etwa der investigative journalism ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß sich die von Ihnen erwähnten Senatoren nicht mehr zur Wahl aufstellen lassen.

Denken Sie nur an die Kampagne gegen den zum Supreme Court nominierten Richter Thomas, dem vorgeworfen wurde, er habe zehn Jahre zuvor seine Sekretärin in unziemlicher Weise zum Essen eingeladen, ob wohl sie dies bereits zweimal abgelehnt hatte. Während der ganzen Zeit stand aber die Sekretärin in freundschaftlicher Beziehung zur Familie des Richters. Wenn man sich vorstellt, daß seine Nominierung mit Hilfe von großangelegten Aktionen im ganzen Land fast verhindert worden

wäre, dann zeigt dieses Beispiel, wie vielfältig die Meinungsbildungsprozesse in den Vereinigten Staaten sind und nicht nur anhand der werbefinanzierten Networks zureichend beurteilt werden können.

### **Martiny**

Ich möchte dem nur entgegenhalten, Herr Mestmäcker, daß die Debatte um "political correctness" in Amerika als Gegenschlag zu einer Öffentlichkeit entstanden ist, die bestimmte Themen und Gruppen geradezu wegzensuriert hatte. Wer definiert eigentlich, was "politically correct" ist und wo die Zensur anfangt? Da steckt doch das Problem: Minderheiten, Gedanken gegen den main stream, der Feminismus ... - dies alles fand keine Öffentlichkeit. Darum der Ruf nach "correctness". Und was, bitte schön, ist "aggressiver" Feminismus?

Schließlich Ihre Bewertung des Thomas-case: alle Frauen, weiße und schwarze, und ein Teil der schwarzen Männer hat den Fall ganz anders wahrgenommen, als Sie ihn hier darstellen.

### **Mestmäcker**

Schon John Stuart Mill hat daraufhingewiesen, es sei eine Besonderheit der anglo-amerikanischen Gesellschaften, daß der Staat Meinungsfreiheit garantiere, aber aus der Gesellschaft heraus sich die Zensur entwickle. Das erleben wir derzeit wieder. Es ist also nicht der Staat, sondern die Gesellschaft, die dezentral und häufig spontan über solche Kontrollmechanismen gebietet.

### **Martiny**

Diese Mechanismen waren aber bisher Bestandteil der gesellschaftlichen Macht, definiert durch die Merkmale "white, middle class, male".

### **Holzer**

Von "Kultur" habe ich nicht gesprochen, Herr Mestmäcker. Das war ein Zitat von Gary Hart.

### **Mestmäcker**

Dem Sie aber zustimmen.

### **Holzer**

Nein, ich stelle nur fest, daß man in Amerika zu einer solchen Selbsteinschätzung kommt.

Im übrigen will ich nur hinzufügen, daß ich mir natürlich nicht nur das werbefinanzierte Fernsehen angeschaut habe. Ich wäre aber dankbar, wenn Sie mir im amerikanischen Kabelfernsehen eine einzige Informationssendung nennen könnten, die diesen Namen verdient. CNN zählt in dem Zusammenhang nicht und ist auch nicht vergleichbar mit den früheren Nachrichtensendungen. Das ist im bezahlten Fernsehen schlichtweg nicht zu haben. Natürlich können Sie sich herrliche Sendungen über Schildkröten vor Chile oder über Weltraumforschung einkaufen.

### **Picht**

Theo Sommer hat unsere Agenda zu Recht nicht nur um den Markt, sondern auch um die Kultur erweitert; denn wir müssen bei dieser Thematik nicht zuletzt den kulturellen Kontext mitberücksichtigen. Und da möchte ich darauf hinweisen, daß der vielzitierten Medienflut nicht nur isolierte Individuen ausgesetzt sind, sondern daß sich - und wir selbst sind ein gutes Beispiel dafür - mehr und mehr Teams bilden, um mit dem ständig wachsenden Informations- und Medienangebot fertig zu werden. Dabei handelt es sich um bestimmte intellektuelle, politische und andere Milieus, über die wir uns Gedanken machen sollten.

Natürlich gibt es Wissenschaftler, die die Library of Congress im Internet anzapfen; aber um dies sinnvoll tun zu können, brauchen sie Rat, beispielsweise von Kollegen, worauf es denn in den jeweiligen Sachzusammenhängen überhaupt ankommt, was als verlässliche Information anzusehen ist. Das läuft nur über persönliche Vertrauensverhältnisse. Und die Bergedorfer Gespräche sind vielleicht deshalb so wichtig und erfolgreich, weil sie eine jener Formen sind, Vertrauensmilieus aufzubauen und sich gegenseitig zu helfen, den Dschungel der Ereignisse und Informationsangebote zu durchdringen.

In diesen Kontext gehört auch der 18-jährige Sohn von Herrn Sommer oder die Studenten, die Herr Hoffmann-Riem fragen kann, wenn er sein Amt ins Internet einklinken will. Solche Milieus, um der Informationsflut Herr zu werden und uns die Meinungsbildung zu erleichtern oder zu ermöglichen, gibt es übrigens nicht nur in unseren privilegierten Kreisen, sondern gerade auch in den weniger privilegierten Bereichen.

International gesehen - etwa wenn man Frankreich und Deutschland miteinander vergleicht - zeigt sich, daß diese Fragen eng mit den politischen Systemen, den historischen Entwicklungen und mit dem Zustand der Gesellschaften generell verknüpft sind. In Frankreich geschieht eben beides: Präsident Chirac schafft, wie Herr Kielinger sagte, von einem Tag auf den anderen den Wehrdienst ab, und das ist möglich, weil dieses Thema im Grunde überreif war. Auf der anderen Seite läuft Premierminister Juppé mit einem sehr intelligenten Sparplan voll gegen die Wand gesellschaftlicher Widerstände von Partikularinteressen.

Mit anderen Worten: Es kommt auf die jeweilige Struktur an, in der sich ein solcher Vorgang vollzieht und kleine meinungsbildende Gruppen das Pro und Contra auskämpfen, wie es auch beim Maastricht-Referendum der Fall war. Diese Gruppen spitzen das betreffende Thema so weit zu, daß es schließlich Einzelfragen sind, die gewissermaßen zu nationalen Schicksalsentscheidungen hochstilisiert werden. Es sind dann nicht mehr als, sagen wir, zwanzig, dreißig Meinungsführer, die in den entsprechenden Medien - "Le Monde", und andere - die Debatte dominieren und geradezu zum nationalen Forum machen.

Im Vergleich zum französischen ist das deutsche System erheblich stärker dezentralisiert mit zumindest zwei Kulturen, eine mehr nach West, die andere mehr nach Ost ausgerichtet. Deshalb gibt es in Deutschland auch das Instrument der nationalen Debatten nicht in gleicher Form wie in Frankreich.

Die Frage ist, wie sich solche kleinen informellen Milieus entwickeln, die ich von meinem Standort in Brügge recht gut verfolgen kann. Dort erlebe ich eine kleine Region mit großer Wirtschaftskraft, einer Sprache, die kaum jemand versteht, hoher internationaler Verflechtung einerseits und einer erheblichen, auch sehr ärgerlichen Partikularisierung andererseits. Ebenso gibt es in Flandern ein solches Provinzmilieu, das nach außen nicht so in Erscheinung tritt, das aber zugleich weitgehend internationalisiert ist, weil die Leute, auf die es ankommt, nicht in nationalen belgischen Kategorien denken, sondern europaweit vernetzt und global aktiv sind. Das ist deshalb ein interessantes Modell, weil es Entwicklungen erkennen läßt, die sich nicht weniger offen auch in größeren Staaten vollziehen.

Wir müssen uns fragen, inwieweit die nationale Ebene, auf die wir uns immer noch weithin beziehen - die Medien, die Wirtschaft und vor allem die politischen Mechanismen;- , überhaupt noch relevant ist. Mehr und mehr geht es nicht um nationale Veränderungen, sondern soziale Integration und Desintegration finden auf der Ebene der regionalen und lokalen Entwicklungen statt, die wiederum im Hinblick auf die internationalen Verflechtungen zu untersuchen sind. Unsere Medien aber orientieren sich nach wie vor im wesentlichen national. Wir sollten darüber nachdenken, wie sich die neuen Formen der Milieubildung, der Arbeitsteilung und Willensbildung aktiver lokaler Sozial- und Wirtschaftspolitik durch die Medien weitertragen lassen.

### **Meckel**

Ich kann direkt an Herrn Picht anschließen. In Deutschland haben wir es heute praktisch mit einer gespaltenen Medienlandschaft zu tun. Die großen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen werden in Ostdeutschland kaum zur Kenntnis genommen. Dort dominieren nach wie vor die alten Regional- und Bezirksblätter, was sicher auch auf die Verkaufsstrategie der Treuhand zurückzuführen ist. In gewissem Sinne weist das Medienverhalten der Bürger in Ostdeutschland also eine große Kontinuität zur Zeit vor der Wende auf: Auf der einen Seite die herkömmlichen Bezirkszeitungen, auf der anderen Seite das Westfernsehen.

Das Fernsehen wird weiterhin als eher distanziert empfunden; es hat jedenfalls keinen direkten Bezug zum eigenen Schicksal, wie das ja auch früher nicht der Fall war. Dagegen befinden sich die Regionalzeitungen praktisch in einer Monopolsituation, obwohl sich die politischen Strukturen größtenteils völlig verändert haben. Daß diese Zeitungen inzwischen alle größeren westlichen Verlegern und Konzernen gehören, spielt dabei nur eine geringe Rolle, weil die Redaktionen personell eine relativ große Kontinuität aufweisen.

Die Lesegewohnheiten in Ostdeutschland zeichnen sich also gerade nicht durch Pluralität aus - die im übrigen auch in Westdeutschland in den letzten zwanzig Jahren zurückgegangen ist. Worauf ich hinweisen will, ist, daß Menschen, die zuvor in einer ganz anderen Gesellschaftsordnung gelebt

haben, angesichts der ungeheuren Informationsfülle, mit der sie jetzt konfrontiert werden, nicht die Pluralität suchen, sondern auf die alten - wenn auch inhaltlich veränderten - Medienstrukturen und Informationsträger zurückgreifen. Das ist sicher eine wichtige Feststellung.

Hinzu kommt, daß die Regionalzeitungen natürlich auch spezifische Ostfragestellungen bevorzugt thematisieren, obwohl es eine einheitliche Ostperspektive sicher nicht gibt - da hat schon eine gewisse Differenzierung stattgefunden. Aber die behandelten Themen tragen der besonderen Interessenlage der Menschen in Ostdeutschland Rechnung. Das wird beispielsweise bei den Fragen der Sparpolitik besonders deutlich.

Was dabei zu kurz kommt, sind Hintergrundinformationen, die die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge beleuchten. Das gilt besonders für die Wochenzeitungen, die das im Westen sehr viel stärker leisten, für Problemstellungen im Osten aber analytisch ausgesprochen schwach sind.

### **Kielinger**

Verstehe ich Sie richtig: Pluralität wird also in Ostdeutschland nicht in wünschenswerter Weise angenommen?

### **Meckel**

Sie findet sich auch im Regionalbereich so nicht. In manchen Gebieten Ostdeutschlands gibt es in der Tat nur eine einzige Regional- oder Lokalzeitung.

### **Kielinger**

Nun, man könnte dort ja andere Zeitungen abonnieren. Das ist dann freilich eine Frage des Geldes.

### **Meckel**

Das ist sicher richtig. Dennoch halte ich fest, daß es in Ostdeutschland nur wenige Regionen gibt, in denen mehrere lokale oder regionale Blätter miteinander konkurrieren.

### **Kielinger**

Wird sich das mit Online nicht sehr schnell ändern?

### **Meckel**

Wieviel Prozent der Bevölkerung verfügen über diese Möglichkeit?

### **Marquardt**

Ich kann nur bestätigen, Herr Hoffmann-Riem, daß es für uns Politiker häufig schwierig ist, unsere Botschaften in geeigneter Weise über die Medien rüberzubringen. Dafür mache ich die Medien nicht verantwortlich; ich habe ja selbst vor gar nicht allzulanger Zeit als Journalistin auf der "anderen" Seite gesessen. Vielleicht war das der Grund, mich in die Politik zu holen, weil man meinte, ich würde mich mit den Medien leichter tun, was indes keineswegs der Fall ist.

Mein größter Erfolg, wenn Sie so wollen, war, als ich mich für ein neues Schulgesetz stark machte und dabei mit meiner Vorgängerin in einen heftigen Streit geriet, der die Öffentlichkeit offensichtlich mehr interessierte als die Inhalte, um die es ging.

Herr Meckel hat die Eigentümlichkeiten der Presselandschaft in den neuen Bundesländern angesprochen, und ich meine, dieser Unterschied zwischen Ost und West wird uns noch eine ganze Weile begleiten. Ich füge selbstkritisch hinzu, wir in Ostdeutschland haben viel dazu beigetragen, daß sich die Dinge so entwickelt haben. Ich sage das als jemand, der nach der Wende selbst eine Zeitung gegründet hat, den "Mecklenburger Aufbruch". Es ist schon merkwürdig, daß unsere Revolution, wenn denn eine solche stattgefunden hat, ausgerechnet vor den Redaktionsstuben haltgemacht hat. Wie sollen da neue Impulse zu erwarten sein? Das war nach dem Zweiten Weltkrieg anders, als in Westdeutschland viele neue und wichtige Zeitungen gegründet wurden.

### **Bisky**

Mich beschäftigt zunächst die Frage: Was verstehen wir eigentlich unter Öffentlichkeit in unserem thematischen Zusammenhang? - ohne daß ich mich jetzt an einer Definition versuchen will. Die Öffentlichkeit jedenfalls, um die es Politik und Medien gleichermaßen geht, stellt sich als

außerordentlich zerklüftet dar; sie zerfällt immer mehr in Teilöffentlichkeiten, die von den verschiedenen Medien unterschiedlich angesprochen werden: Die elektronischen Medien und die Printmedien wenden sich an jeweils andere Teilöffentlichkeiten. Was also ist dann Öffentlichkeit?

Für die Politik stellt sich mir die Situation so dar, daß sich bestimmte Themen nur über die Medien vermitteln lassen. Diese Erfahrung haben wir nach der Wende in Ostdeutschland sehr intensiv gemacht. Und mein Eindruck ist, daß das Verhältnis zwischen Politik und Publizistik sich im Grunde offen gestaltet. Natürlich ist es immer schwierig, sich bei komplexen politischen Themen unter Zeitdruck auch nur einigermaßen sachgerecht zu äußern - und Politiker wie Journalisten sehen sich ständig einem Zeitdruck ausgesetzt. Wer von den Politikern aber kann es sich leisten und bringt den Mut auf, auch einmal zu sagen: Zu diesem Thema äußere ich mich nicht; darüber habe ich mir noch keine Meinung gebildet. So zappeln die Politiker an den Medienstrippen; aber auch die Medien sind auf die Politiker angewiesen, damit sie etwas berichten können.

Was die spezifische Mediensituation in Ostdeutschland angeht, stimme ich Herrn Meckel in vielem zu. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in dieser Hinsicht hängen fraglos vor allem mit den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Erfahrungen in den letzten vierzig, fünfzig Jahren zusammen. Ergänzen würde ich nur, daß es auch eine ausgesprochene Erfolgsstory in Ostdeutschland gibt: die "Super-lilu", und auch die regionale "Bild-Zeitung" sollten wir nicht vergessen.

Was wir erleben, ist eine Art von Audiovisualisierung der Kultur. Und darauf hat die Bildung bisher fast überhaupt nicht reagiert. Wir übermitteln immer mehr Botschaften audiovisuell, worauf die Empfänger nicht vorbereitet sind, so daß wir es, überspitzt gesagt, in erheblichem Maße mit einem audiovisuellen Analphabetismus zu tun haben. Und vermutlich werden die Privaten hier eher in der Lage sein, Medienkompetenz zu entwickeln, als die schwerfälligen öffentlich-rechtlichen Apparate und auch die Politik. Es wird zwar viel über die Sache geredet, aber umgesetzt wird kaum etwas in dieser Richtung.

Demokratie heißt für mich immer noch Verständigung und Versammlung. Die kulturellen Prozesse jedoch, wie sie jetzt über die neuen Medien ablaufen, dienen nicht der Versammlung, sondern vielmehr der Zerstreuung, die die Öffentlichkeit im klassischen Sinne nicht mehr zustande bringt - eine Entwicklung, die ich mit Sorge beobachte. Die eigentlich demokratische Auseinandersetzung beschränkt sich zunehmend auf eine immer kleinere Öffentlichkeit. Es dominieren die Schlagzeilen - die Medien wollen sich entsprechend darstellen, damit sie eine Chance haben, daß man sie zur Kenntnis nimmt.

Die Talk-Show bedeutet für mich im Grunde das Ende der Aufklärung. Da soll sich der Politiker in dreißig, vierzig Sekunden zu äußerst komplexen Themen äußern, was den Sachverhalten völlig unangemessen ist. Ich bin keineswegs ein Gegner von Unterhaltung und Zerstreuung. Wenn sich die Dinge aber so weiterentwickeln, dann können wirkliche Diskurse nur noch in kleinen Räumen wie diesem hier stattfinden. Wie man das ändern kann, weiß ich allerdings auch nicht.

Daß indes die Öffentlichkeit nicht grenzenlos manipulierbar ist, hat sich jetzt in Brandenburg gezeigt, wo selbst der äußerst populäre Stolpe mit kräftiger Medienunterstützung nicht verhindern konnte, daß zwei Drittel der Bevölkerung die Fusion abgelehnt haben. Hier ist eine wachsende Widerständigkeit deutlich geworden - die ja zeitweise fast ganz verschwunden war;- , so daß wir nicht völlig ohne Hoffnung zu sein brauchen.

Ein Grund, warum dieses Vorhaben gescheitert ist, ist sicher auch darin zu sehen, daß die ehemaligen DDR-Bürger ihre sehr eigenen Erfahrungen mit öffentlich betriebenen Kampagnen gemacht haben und entsprechend geschädigt waren. Da hätte man meiner Meinung nach ganz anders vorgehen müssen. Die Kluft zwischen West- und Ostdeutschland wird nicht geringer, sondern eher größer - zu meinem großen Bedauern, wie ich bewußt hinzufüge, um nicht falsch verstanden zu werden.

## **Saxer**

Die drei Ebenen, die in den Referaten angesprochen wurden, sind sicherlich nicht leicht zusammenzubringen.

Zunächst wende ich mich gegen die Demokratie-These von Herrn Donsbach. Als bei uns in der Schweiz über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum abgestimmt wurde, waren 80 Prozent der Zeitungen, die sonst eine eher neutrale Haltung einnehmen, für den Beitritt der Schweiz. Wie Sie aber wissen, hat der Schweizer Souverän in seiner unergründlichen Weisheit den Beitritt abgelehnt. Wo also hat der politisch entscheidende Meinungsbildungsprozeß stattgefunden? Eben nicht über die Medien, sondern an den Stammtischen in den Kneipen. Ich meine, wir lassen uns vom Schein der

Medien blenden, wenn wir nicht sehen, daß in vielen Fällen die interpersonale Kommunikation den Ausschlag gibt.

Dennoch gibt es starke Anzeichen für die strukturelle Macht der medienpolitischen Prozesse. Damit meine ich, daß die Medien, insbesondere das Fernsehen, das Zeitbudget der Politiker total verändert haben. Wir leben heute im Zeitalter der Vorinformationen und der provozierten Ereignisse. So sind anstelle des bedächtigen Auszählens der Stimmen bei Wahlen die Hochrechnungen getreten, in deren Lichte bereits Koalitionen geschmiedet werden. Und Politiker pflegen sich zu entschuldigen, wenn sie zu spät in eine Talk-Show kommen, weil sie leider zuvor an einer Ausschluß- oder Parteisitzung teilnehmen mußten.

Zum Thema "Skandalisierung" will ich nur anführen, was unter anderem Herr Kepplinger in einer Untersuchung herausgefunden hat: Lothar Späth ist nicht etwa durch die Medien zum Rücktritt gezwungen worden, sondern die Medien haben erst zugeschlagen, als Lothar Späth von seinen politischen Spezis fallengelassen worden war. Erst dann kam "Blutdurst" in den Medien auf. Das Gegenbeispiel: Warum wird Stolpe nicht abgesetzt, obwohl doch der "Spiegel" seit Jahren heldenhafte publizistische Anstrengungen in dieser Hinsicht unternimmt? Eben weil Stolpe von seinem politischen Milieu gehalten wird.

### **Kielinger**

Ähnlich schien es sich kürzlich bei der Abstimmung in Brandenburg zu verhalten, wo die überwiegende Mehrheit der Medien für den Zusammenschluß war.

### **Meckel**

Das würde ich so nicht bestätigen, Herr Kielinger. Die überregionalen westdeutschen Medien waren dafür; nicht dagegen die ostdeutschen regionalen Medien, die ich zuvor erwähnt habe; die haben bis zuletzt zumindest geschwankt.

### **Groebe**

Ich meine, Herr Saxer, Macht und Einfluß der Medien verringern sich je mehr der einzelne in seiner Lebenswelt unmittelbar betroffen ist und es ihm zum Beispiel ans Portemonnaie geht. Das mag auch bei der EU-Ablehnung der Schweizer eine Rolle gespielt haben. Je weiter sich ein politischer Tatbestand vom eigenen Erfahrungsbereich entfernt, desto mehr nimmt der Medieneinfluß zu und wirkt sich auch politisch stärker aus.

Herr Holzer hat die fatale Rolle der "spin doctors" in Amerika angesprochen. Dazu gibt es übrigens inzwischen einen hervorragenden Fernsehbericht: "The war room"! Das heißt, die Medien sind sehr wohl in der Lage, die Situation dort zu durchschauen, ihre eigene Bedeutung und ihre Instrumentalisierung durch Politik zu reflektieren.

Zur Illustration will ich die sicher "unverdächtige" niederländische Perspektive anführen, die sowohl Herrn Donsbach als auch Herrn Holzer bestätigt. Macht es denn überhaupt einen Unterschied, was schließlich bei der ganzen Medienberichterstattung herauskommt? Wenn es um eine Nachricht geht, gibt es im wesentlichen drei unterschiedliche journalistische Zugangsweisen: Erstens den "Spürhund", der nur nach den Fakten sucht; zweitens den von Herrn Donsbach ausgemachten "Missionar" und drittens den Sensationalisten, der nur den Markterfolg seiner Meldung vor Augen hat.

Ich will das am Beispiel der Berichterstattung über Winni Mandela verdeutlichen. Als erste Informationen auftauchten, daß sie möglicherweise in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen sein könnte, berichtete zunächst eine Gruppe von Journalisten anhand der verfügbaren Fakten. Dann kam eine zweite Gruppe von Journalisten, die zwar nicht ausschloßen, daß an der Geschichte etwas dran sei, die aber entschieden, nicht darüber zu berichten, weil das der Sache der Antiapartheid schaden könnte. Schließlich nahm sich eine dritte Gruppe von Journalisten des Themas an, die zwar nicht wußten, wer Winni Mandela war: "Aber wenn ihr gute Bilder habt mit ein bißchen Blut und so, dann bringen wir die Story." Diese dritte Gruppe ist zweifellos auf dem Vormarsch, auch durch den Konkurrenzdruck.

Der Medienmarkt wird wichtig auch durch die technischen Entwicklungen. Was Multimedia angeht, so spricht eigentlich alles dafür, daß die Wahlmöglichkeiten für den einzelnen entschieden zunehmen werden und die Wahrscheinlichkeit, das politisch zu steuern, gleichzeitig abnimmt. Damit ein Medium sich rechnet, bedarf es eines gewissen Minimums von Menschen, die man erreichen muß. Das heißt, wie es ein amerikanischer Kollege ausgedrückt hat: 'Attention is king.' Es gibt bereits Werbebüros, die sich Gedanken darüber machen, wie man Zuschauer kaufen kann, also dafür bezahlt, damit sich die

Leute Reklamesendungen anschauen. Dieses Modell ließe sich möglicherweise auch auf den Kauf von Aufmerksamkeit für Politiker übertragen. Das wäre in der Tat die konsequente Weiterentwicklung des Mediensystems in Richtung Markt. Damit könnte sich der Trend zur Personalisierung und Privatisierung der Politik weiter verstärken. Ein Beispiel dafür ist Clinton und wird wohl auch wieder der nächste amerikanische Präsidentschaftswahlkampf werden.

Die Frage der Selbstkontrolle der Medien könnte sich dadurch lösen, daß die Medien gewissermaßen zu einem selbstreferenziellen System werden. Das heißt, Medien berichten darüber, was andere Medien berichtet haben. Beispiel Golfkrieg: Da nur relativ wenige Bilder zur Verfügung standen, gingen die Medien dazu über, über die Berichterstattung anderer Medien zu berichten. Selbst die angesehenere "International Herald Tribune" spielte während der letzten Präsidentschaftswahlen überwiegend Fernsehkritiker. Das heißt, sie berichtete weniger inhaltlich über den Wahlkampf, sondern mehr darüber, wie die Kandidaten über die Medien rübergekommen waren. Also auch hier die Tendenz zum selbstreferenziellen System.

Schließlich die Frage der Manipulierbarkeit. Wie wichtig Bilder sind, hat sich beim Golfkrieg unter anderem da gezeigt, wo die kuweitische Exilregierung die größte PR-Agentur der Welt eingeschaltet hatte, um Bilder im Vorfeld des Golfkrieges in Umlauf zu bringen. Da wurde beispielsweise eine Pressekonferenz inszeniert, auf der ein tränenüberströmtes Mädchen berichtete, sie habe mit angesehen, wie irakische Soldaten Neugeborene aus den Inkubatoren herausholten. Das Ganze flog dann später als Schwindel auf; denn es stellte sich heraus, daß das Mädchen die Tochter des kuweitischen Botschafters in Washington war, die seit drei Jahren Kuweit nicht mehr gesehen hatte. Nun will ich nicht behaupten, daß dieser Bluff den Ausschlag für das amerikanische Engagement im Golfkrieg gegeben hat, aber dadurch erhielt die ganze Sache zweifellos einen weiteren öffentlichen Schub.

Die Frage, wie wichtig Medien für Politik sein können, läßt sich vielleicht mit folgender Bemerkung beantworten: Als jemand fragte: Why do they call television a medium?, lautete die Antwort: Because it is neither rare nor well done. Diese Erkenntnis sollten wir nicht ganz außer acht lassen.

### **Kielinger**

Im Falle des Golfkrieges war entscheidend, daß sich Präsident Bush vor die Kameras stellte und verkündete: Wir werden die Invasoren zurückwerfen. Es war die Haltung der Exekutive, die den Ausschlag gab. Die Medien kamen erst danach zum Zuge.

### **Lange**

Theo Sommer hat gefragt, ob Multimedia das Verständnis der Menschen für die Zusammenhänge fördere oder nicht. Dabei sollten wir nicht nur die Inhalte, sondern auch die Veränderungen der institutionellen Arrangements berücksichtigen. Während bisher die Medien als Vermittler zwischen den Informationsanbietern und den Rezipienten standen, können in Zukunft Informationen auf den PCs direkt abgerufen und bearbeitet werden. Das stärkt im Prinzip die individuelle Entscheidungsfähigkeit - aber es stellt sich die Frage: Wodurch wird die notwendige Orientierungs- und Selektionsfähigkeit bewirkt?

"Medienkompetenz", die jetzt immer wieder gefordert wird, ist nicht angeboren, sondern ein Sozialisationsergebnis, das die Schulen, aber auch die Medien selbst vermitteln. Das heißt, wenn wir die individuelle Perspektive im Informationszeitalter gutheißen, müssen wir uns zugleich fragen, wie die Orientierungs- und Selektionsfähigkeit gestärkt werden kann, damit der einzelne beurteilen kann, was ihm an Informationen angeboten wird. Inwieweit kann man dem, was im Internet präsentiert wird, überhaupt trauen, das ja meist auf anonymen Quellen beruht? Insofern verlangt Medienkompetenz mehr, als die Medienpädagogik bisher vermittelt hat.

Herr Sommer fragte dann, ob Multimedia mehr oder weniger Demokratie bedeutet. In dem Zusammenhang muß man auch nach der Organisation des Mediensystems fragen. Herr Donsbach forderte Sicherung von Pluralität. Das heißt, das Thema Konzentrationskontrolle spielt hier eine große Rolle. Wir haben es mit ganz neuen Formen der Vernetzung zu tun, mit Allianzen, die weit über die einzelnen Länder hinausgehen. Die Verfügbarkeit der Technik, der Zugang zu den neuen Systemen, all das sind wichtige Fragen.

Wenn ich etwa daran denke, welche Erfahrungen wir mit 15 Landesmedienanstalten in puncto Konzentrationskontrolle gemacht haben, dann kann uns das nicht eben hoffnungsfroh stimmen angesichts der heute international agierenden Konzerne - zumal die Verflechtungen und Verschachtelungen kaum transparent sind.

Ich bin relativ skeptisch, ob es gelingen kann, hierfür einen geeigneten Rahmen zu finden, der einerseits ermöglicht, daß sich die Unternehmen weiter entfalten können, und der andererseits die Sicherung von Pluralität gewährleistet. Die Politik befindet sich da in einer wenig beneidenswerten Situation: Ihre Entscheidungen orientieren sich stets an Tatbeständen der Vergangenheit; wenn die Umsetzung schließlich erfolgt, ist die Entwicklung schon viel weiter vorangeschritten.

Wie steht es um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garant für Qualität, als Forum der Öffentlichkeit und als Anbieter von Informationen für die demokratische Meinungs- und Willensbildung? Inwieweit wird er den Herausforderungen der Zukunft gerecht? Die Gesellschaft, haben wir gehört, splittet sich immer weiter in Subgruppen auf, die untereinander kaum noch kommunikationsfähig sind. Entsprechen dem noch die Vollprogramme, und ist von diesen die Integrationsleistung zu erwarten? Oder muß sich auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker der Probleme der einzelnen Gruppen annehmen?

Zur Organisation des Mediensystems gehört schließlich auch die Frage der Selbstkontrolle. Wie kann sie gestärkt und auch seitens der Medienindustrie selber gefördert werden? Professionalität des Journalismus, Pluralität und Transparenz des Mediensystems und seine Funktionsfähigkeit wären des weiteren zu thematisieren, was insofern besonders schwierig ist, weil die Journalisten ihre eigene Rolle und Funktion reflektieren müßten.

Ich meine, man muß das Mediensystem im Zusammenwirken dieser verschiedenen Faktoren - der juristischen Rahmenbedingungen, der Professionalität, der Selbstkontrolle und der Wahrung des Prinzips Öffentlichkeit - diskutieren, um eine Antwort auf die Frage von Herrn Sommer zu finden: Führt Multimedia zu mehr oder zu weniger Demokratie?

### **Kielinger**

Was die Selbstreflexion der Medien angeht: Da könnte vielleicht die Institution eines Ombudsmannes eine wichtige Rolle spielen, der kritisch die Medienarbeit begleitet.

### **Galliner**

Zum Thema Selbstkontrolle will ich nur festhalten, daß wir in einer Zeit leben, in der die staatliche Zensur rückläufig ist, dafür aber die indirekte Kontrolle durch gesellschaftliche oder wirtschaftliche Kräfte zugenommen hat. Darin sehe ich eine Gefährdung der Demokratie. Wir brauchen heute nur in die Türkei oder nach Spanien zu blicken, wo sich diese Entwicklung zeigt.

### **Brunnstein**

Während Theo Sommer als Erbe von 500 Jahren Zeitungsdruck bei Multimedia skeptisch und kritisch auf die neuen Entwicklungen sieht, begnügt sich der Wissenschaftler mit der Analyse dessen, was ist, und fragt sich, wie das, was sich abzeichnet, einzuschätzen ist. 8 oder 10 Prozent der Bevölkerung beziehen inzwischen Informationen im wesentlichen nicht mehr aus den herkömmlichen Medien, sondern aus dem Internet. Auch wenn dies erst ein kleiner, sehr technikorientierter Kreis sein mag, so beeinflusst er nicht unerheblich die wirtschaftlichen Perspektiven auf diesem Gebiet.

Verzeihen Sie, wenn ich als Vertreter eines solchen sogenannten Zukunftsfaches den Eindruck habe, daß die meisten Journalisten, die über die informationalen und technischen Zusammenhänge dieser Entwicklung schreiben, kaum wissen, was es damit auf sich hat. Es fehlt vielfach am Verständnis der einfachsten Grundvoraussetzungen, wenn von "Multimedia", "Cyberspace" oder "Online" die Rede ist.

Fernsehen, Hörfunk, Printmedien sind die klassischen Verteilmedien von einem Sender auf viele Empfänger, die im Grunde nur Kopien des einen Originals erhalten. Was sich jetzt entwickelt hat - so neu ist es ja gar nicht mehr - sind die sogenannten Eins-zu-eins-Medien, das heißt, jeder Sender kann jedem Empfänger etwas senden, und Empfänger können selbst etwas zurücksenden. Neu sind die Handhabungsmöglichkeiten, die nunmehr gegeben sind. Im Internet kann man von A nach B die Kommunikation ganz gezielt ansetzen und abrufen. "Video on demand" ist zum Beispiel ein solches Abrufmedium.

Im übrigen ist es so nicht richtig, wenn Sie sagen, Herr Lange, die Autoren der Informationen im Internet würden anonym bleiben. Die Autoren lassen sich sehr genau feststellen. Das ist bei dpa nicht möglich, aber im Internet sehr wohl - über Fälschungen, Abhören von Adressen und ähnliche Defizite rede ich nicht.

Während also der etablierte Journalismus Verteilung betreibt, rufen die Leute bei den neuen Medien das ab, was sie tatsächlich interessiert von dem, was am Markt an Informationen angeboten wird.



Ein wichtiges Stichwort kommt in dieser ganzen Diskussion in Deutschland leicht zu kurz: die Bedeutung und Grenzen der Meinungsfreiheit im Netz. So ist die bayerische Staatsanwaltschaft im Dezember letzten Jahres Hinweisen auf Pornosendungen und Nazi-propaganda im Internet nachgegangen, weil es sich hierbei um strafrechtlich zu verfolgende Officialdelikte handelte. Meinungsfreiheit verstehen wir ja nicht schrankenlos, sondern wir orientieren uns an einem bestimmten Wertesystem, das wir durch solche Übertragungen nicht schwächen lassen wollen.

Eine andere Frage ist, ob die strafrechtliche Verfolgung hier eine Chance hat. Können wir die Vermittlung solcher Informationen überhaupt irgendwie steuern oder unterbinden? In den USA ist Anfang Februar vom Kongreß ein Gesetz erlassen worden, durch das versucht wird, die freie Meinungsäußerung in gewisser Weise einzuschränken und zum Beispiel die Verbreitung von sogenannten "four letter words" mit Hilfe bestimmter Techniken zu unterbinden. Gegen diese Überlegungen der US-Justizministerin sind die Leute Sturm gelaufen und haben mit einer blauen Schleife im Internet demonstriert. Anfang dieser Woche haben drei Richter eines Obergerichtes das Gesetz gestoppt.

Mit anderen Worten: Solche Dinge lassen sich im Internet verfassungs- oder strafrechtlich nicht regeln. Die Meinungsfreiheit ist in Amerika oberstes Gut. Sie können nicht einmal verhindern, daß im Internet Konstruktionspläne zum Bombenbauen erscheinen. Und auch Leute, die weder mit Nazi-propaganda sympathisieren noch Pornos verbreiten, sehen in der Informationsfreiheit ein so hohes Gut, das sie nicht eingeschränkt sehen wollen. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß der Staat die Eins-zu-eins-Beziehungen nicht überwachen und entsprechende Strafgesetze nicht mehr durchsetzen kann, selbst wenn er meint, unsere grundgesetzliche Ordnung werde dadurch gefährdet.

Eine Konsequenz der neuen Form von Informationsvermittlung ist mit Sicherheit die größere Selektionsmöglichkeit für den Rezipienten. Während bisher Meinungsführer wie Theo Sommer mit ihren klugen Artikeln ihre Leser beeindrucken oder sogar beeinflussen, werden diese Eins-zu-eins-, Eins-zu-n- oder N-zu-eins-Beziehungen so flexibel, daß die bisherige Art der Einflußnahme nicht mehr gegeben ist. Die Folge ist, daß die Öffentlichkeit mehr und mehr in kleine kommunikative Gruppen zerfällt, die sich selbst organisieren. Die Frage ist in der Tat, inwieweit dadurch die Demokratie gestärkt oder in Mitleidenschaft gezogen wird.

Aber wenn die Medien, wie wir hier gehört haben, die Politik ohnehin nur bedingt beeinflussen können, schadet es vielleicht nicht, wenn die Leute mehr direkt miteinander kommunizieren.

### **Hoffmann-Riem**

Die Frage, wie die Politik auf Internet reagieren soll, hat kürzlich die Justizministerkonferenz beschäftigt. Alle waren der Meinung, ähnlich wie in Amerika müsse auch in Deutschland etwas geschehen. Es ist bereits vor längerer Zeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, um zu prüfen, wie man strafrechtlich Pornographie und ähnliches im Internet verhindern kann.

Ich habe auf dieser Konferenz so wie Herr Brunnstein argumentiert und gesagt: Das ist dort überhaupt nicht hinreichend nachhaltig möglich. Dennoch ist die Arbeitsgruppe weiter tätig und hat beispielsweise die Festlegung entsprechender Normen gefordert. Da werden Vorstellungen von einer Zensurbehörde entwickelt, die das Internetgeschehen systematisch beobachten und Verfügungen an die betreffenden Anbieter erlassen soll, derartige Dinge zu unterlassen, anderenfalls eine strafrechtliche Verfolgung angedroht wird. Dabei weiß man im Grunde, daß das nicht funktionieren wird. Aber die Politik meint, reagieren zu müssen, um bestimmten Erwartungen in der Öffentlichkeit, auch vermittelt durch die Medien, zu entsprechen.

Mir scheint, dahinter steht nicht zuletzt die Vorstellung: Der Staat muß auf jedes Problem eine Antwort wissen. Hier liegt jedoch ein typischer Fall dafür vor, daß der Staat keine Antwort weiß. Dennoch muß er so tun, als habe er eine Antwort. Mit anderen Worten, wir haben es hier mit der virtuellen Bewältigung eines Problems zu tun. Das läßt sich eine Zeitlang kaschieren - die Dinge befinden sich ja erst in der Aufbauphase. Wenn es dann eines Tages offensichtlich wird, daß der Staat gar nichts tun kann, nennt man es "Politikerversagen".

### **Böhmer**

Trotz einiger anderer Ansätze bewegen wir uns bisher vornehmlich im klassischen Medienbereich: Printmedien, Fernsehen und Rundfunk und ihren Wechselwirkungen zur Politik. Ich will deshalb auf Multimedia zurückkommen, weil diese Entwicklung ganz neue Dimensionen deutlich macht.

Hier war von virtueller Realität die Rede. Wenn ich etwa an die Computerfreaks denke, die über das neue Medium in die verschiedensten Welten eintauchen und dort interagieren, dann ist sicher nicht zu

bestreiten, daß dadurch auch ihre Wahrnehmungen von der "wirklichen Wirklichkeit" beeinflußt werden. Wie bringen diese jungen Menschen das Virtuelle und das Reale eigentlich noch zusammen? Kann ihnen die Gesellschaft dabei Hilfestellung geben, insbesondere jetzt in der Übergangsphase?

Sicher, die junge Generation geht mit der neuen Technik ganz locker um - die Älteren tun sich da schon viel schwerer, auch wenn sich einige sehr bemühen. Ein Vater hat mir einmal gesagt, er habe sich nur deshalb einen PC angeschafft, um mit seinen Kindern eine gemeinsame Sprache sprechen zu können. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß die Generationsunterschiede auch durch diese Entwicklung größer geworden sind.

Hier sehe ich durchaus eine Verantwortung von Politik und Wissenschaft, Bemühungen stärker zu unterstützen, um die Medienkompetenz, wie Herr Lange sagte, zu fördern. Leider läuft in dieser Hinsicht bisher über die Schule nicht sehr viel. Und wenn ich mir vor Augen halte, wie langsam Veränderungsprozesse im schulischen Bereich vor sich zu gehen pflegen, bin ich nicht gerade optimistisch: Da werden zunächst Arbeitsgruppen gebildet; dann wird über die Ergänzung der Lerninhalte nachgedacht; daraufhin werden die Curricula überprüft, bis man endlich bei der Lehrerfortbildung landet und, wenn man Glück hat, bei der Lehrerausbildung. Das ist ein langjähriger Prozeß, während inzwischen die Medienentwicklung geradezu revolutionär voranschreitet. Deshalb bedarf es schneller greifender Initiativen.

"Schulen ans Netz" ist sicher ein richtiges und wichtiges Programm; aber es reicht nicht, wenn lediglich einige Ergänzungen in Richtung Medienpädagogik oder Medienkunde erfolgen. Hier sind vor allem die Länder viel stärker gefordert. Dabei müssen wir auch sehen, daß die Informationsvermittlung - ich sage nicht "Wissensvermittlung"- teilweise nicht mehr durch die Schule gegeben ist, sondern sehr viel individueller im Multimediabereich stattfindet. Dadurch wird die klassische Form der Wissensvermittlung und Erziehung ein Stückweit durchbrochen und durch andere Formen ergänzt.

Von daher frage ich, ob in diesem Zusammenhang die Schule nicht neu zu verorten ist. Muß der Rahmen, in dem Unterricht heute stattfindet, nicht angesichts der neuen multimedialen Angebote neu bestimmt werden? Es geht dabei also nicht nur um Unterrichtsinhalte, sondern um die sehr viel grundsätzlichere Frage, wie die Schule der Zukunft aussehen soll. Das betrifft nicht nur technische Ausstattung und Fertigkeiten - die beherrschen die jungen Leute meist sehr schnell;- , sondern wie motivieren wir die nachwachsende Generation, damit sie auch verantwortlich mit den Dingen umgeht?

Mit Frau Martiny habe ich bei Tisch über Frauen und Multimedia gesprochen. Uns ging es dabei nicht um feministische Aspekte, sondern um die Frage, wie Kommunikation und Verständigung in einer Gesellschaft ermöglicht werden soll, wenn Frauen, die ja keine Minderheit sind, davon praktisch ausgeschlossen sind. Von denen, die heute im Internet surfen, sind neunzig Prozent Männer und nur ganze zehn Prozent Frauen. Dies ist nicht nur eine Frage der Teilhabe, sondern auch der Mitgestaltung von Zukunft, die sicher etwas anders aussehen wird, wenn Frauen daran gleichberechtigt mitwirken.

Wir leben in einer Zeit der immer weiter zunehmenden Individualisierung und müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder herstellen können.

Dafür bedarf es kommunikativer Angebote auf allen Ebenen der Gesellschaft, um der drohenden Vereinzelung durch Internet und Multimedia entgegenzuwirken. Herr Sommer verwies auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen, die nicht isoliert voneinander leben wollen. In den USA hat sich gezeigt, daß die Vielzahl der Fernsehkanäle gar nicht genutzt wird, sondern die Menschen sich auf einige wenige Kanäle konzentrieren. Das stimmt doch optimistisch im Hinblick auf die Zukunft, daß die Menschen sich nicht von der Vielfalt erdrücken lassen. Das wird sich, so hoffe ich, auch bei uns durchsetzen, zumal wir uns in einer etwas anderen Ausgangssituation befinden als die Amerikaner.

### **Marquardt**

Stichwort: Multimedia und Schule. Ich stimme Ihnen zu, Frau Böhmer, daß sich die Politik dieses Themas stärker annehmen müßte und sich nicht nur mit "Schulen ans Netz" zufriedengeben dürfte. Aber da holt uns das Elend der Gegenwart ganz schnell ein. Eigentlich hätte ich gar nicht nach Hamburg fahren dürfen; denn gestern habe ich erfahren, daß ich im nächsten Haushalt ungefähr 200 Millionen D-Mark einsparen soll. Wie wir unter solchen Voraussetzungen die notwendigen Investitionen leisten wollen, um bei den Schulen für die Einführung von Multimedia zu sorgen, wie wir es in unserem Programm festgeschrieben haben, ist mir ein absolutes Rätsel.

### **Brunnstein**

Frau Böhmer und andere sprechen von "virtueller Realität". Da möchte ich doch folgende Unterscheidung treffen. Das eine ist, daß Erfahrung sozusagen "entkörperlicht" wird. Ich nenne als Stichwort nur die elektronischen Zeitungen und andere Spielereien. Mag sein, daß dafür ein bestimmter Bedarf besteht. Inwieweit das mit Gefahren verbunden ist, lasse ich jetzt einmal offen.

Das andere ist die "intellektuelle Virtualität", und die wurde immer schon durch das Buch, durch Radio und Fernsehen produziert. Dort erleben wir nicht Realität, sondern diese wird gespiegelt durch die jeweiligen Autoren. Jeder Autor selektiert nach irgendwelchen Kriterien, die den Zielen seiner Publikation dienen. Ich bezweifle, ob sich das mit Internet so grundlegend geändert hat, trotz all der Simulationsmöglichkeiten und anderen technischen Feinessen.

Nun wird hier die Gefahr der Vereinzelung der Individuen beschworen. Das ist bei der individuellen Nutzung der heutigen PCs sicher nicht von der Hand zu weisen, ist aber keine zwangsläufige Entwicklung. Es gibt bereits seit längerem andere Konzepte das sogenannte "work flow management", mit denen Gruppenkooperation organisiert wird. Das sind Systeme, die Informationen verteilen und individuelle Antworten zusammenführen. Die Technik führt also nicht automatisch in die immer stärkere Vereinzelung.

Was Sie zur Rolle der Schulen sagten, Frau Böhmer, kann ich voll unterstützen. Dieses Thema versuche ich seit den siebziger Jahren - ich habe damals die Bildungsminister beraten - der Politik zu vermitteln. Die Politiker haben meist gar nicht kapiert, worum es dabei eigentlich ging. Das haben Pädagogen, Informatiker und andere Gruppen immer wieder angemahnt, und es wurde durch Eltern- und Schülerinitiativen aufgegriffen, vereinzelt auch durch die Lehrer selbst, so daß hier langsam ein entsprechendes Bewußtsein gewachsen ist.

Wenn an dem Schlagwort vom "lebenslangen Lernen", das alle so gern im Munde rühren, etwas dran ist - wofür einiges spricht;- , dann bedeutet das, daß die Medien in Zukunft bestimmte Erziehungsfunktionen übernehmen werden. Insofern wird das Monopol der Schule durchbrochen. Dann stellt sich jedoch die Frage: Wie steht es um die pädagogische Verantwortung? Wer entscheidet nach welchen Gesichtspunkten über die curricularen Inhalte, damit nicht nur Vermarktungskriterien die Informations- und Bildungsvermittlung bestimmen? In Amerika und auch in England wird im Fernsehen teilweise tatsächlich sehr viel bessere Informations- und Erziehungsarbeit geleistet als an manchen Schulen. Mag sein, daß dies in Deutschland anders ist.

Aber die Frage bleibt in jedem Fall: Wer setzt die curricularen Standards, wer entscheidet über die zu vermittelnden Inhalte? Für die Schule und die Lehrerbildung ist das heute geregelt; aber wie verhält es sich, wenn die Medien mehr und mehr Erziehungsaufgaben im Hinblick auf lebenslanges Lernen übernehmen? Daß dadurch die Schule noch weiter relativiert wird, steht außer Frage.

### **Mestmäcker**

Mir scheint eine der Schwierigkeiten, wenn wir über Medien, Macht, Markt und Politik sprechen, darin zu bestehen, daß wir es hier mit ganz unterschiedlichen Bezugssystemen zu tun haben. Die Wechselbeziehungen zwischen Politik, Ökonomie und Öffentlichkeit, repräsentiert durch die Medien, machen die eigentliche Komplexität unseres Themas aus. Die Politik, repräsentiert durch den Staat, ist im Zeichen der Staatsunabhängigkeit weitgehend daran gehindert, auf den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung Einfluß zu nehmen - Herr Brunnstein hat auf den Vorrang der individuellen Meinungsfreiheit im Rechtsverständnis der Vereinigten Staaten hingewiesen. Aber die Grundproblematik einer vom Staat unabhängigen Meinungsbildung, die zugleich dem Staat kritisch gegenübersteht, kennen wir in unserem System in ähnlicher Weise. Natürlich besteht auch ein Zusammenhang zwischen Medien und Markt: Die Sendungen müssen produziert, verteilt und von irgend jemandem bezahlt werden.

Diese Fragen werden dann besonders relevant, wenn die technische Entwicklung die Grundlagen von Institutionen verändert. Renate Mayntz hat in dem Zusammenhang treffend von soziotechnischen Systemen gesprochen, die also gesellschaftlich und technisch zugleich geprägt sind. Wenn dann die Technik gegenüber den Institutionen an Bedeutung gewinnt und technische Ordnungskriterien dominieren, wird dies besonders deutlich. Das hat nicht zuletzt bei der Rechtfertigung unserer Rundfunkordnung mit der Knappheit der Sendefrequenzen eine große Rolle gespielt.

Die Frage, ob der Technik eine eigenständige Bedeutung zukommt, die auch das staatliche Handeln betrifft, ist in der deutschen staatswissenschaftlichen Literatur seit langem heftig diskutiert worden. In der Tradition von Carl Schmitt und Ernst Forsthoff lautet die These, die Technik sei jene eigentümliche Kraft, die unsere Wirklichkeit durch die Realisation technischer Gegebenheiten unkontrollierbar bestimmt. Solange man noch an einen starken Staat glaubte, lautete die Antwort: Kontrolle durch den

Staat. Nach Carl Schmitt ist beispielsweise der Film technisch so definiert, daß auf dieses Medium die Meinungsfreiheit keine Anwendung finden kann. Ernst Forsthoff hat in seinem Buch "Der Staat der Industriegesellschaft" in bezug auf das Fernsehen ähnlich argumentiert. Diesen Hintergrund muß man sehen, wenn man der Frage nachgehen will: Nach welchen Kriterien und mit welchen Verfahren wollen wir die technische Entwicklung regeln, um sie nicht unkontrolliert sich selbst zu überlassen?

Wie steht es nun um das Verhältnis des Mediensystems zum Wirtschaftssystem, und inwieweit beeinflussen die neuen Medien die Bedingungen, unter denen wir miteinander kommunizieren? Das werbefinanzierte Fernsehen "verkauft" gewissermaßen die potentiellen Zuschauer an die Werbung treibende Wirtschaft. Daß damit die Qualität der Programme in Richtung Massengeschmack beeinflusst wird, ist unverkennbar. Dies war einer der wesentlichen Gründe für das Bundesverfassungsgericht, die Rundfunkfreiheit für die öffentlich-rechtlichen Medien anders zu definieren als für die privaten Veranstalter. Das gilt auch für die Wettbewerbsbeziehungen, durch die sie miteinander verbunden sind. In bezug auf Meinungsfreiheit und Wirtschaftsfreiheit gelten jeweils verschiedene Grundsätze.

Demgegenüber schaffen die Abrufdienste, die Herr Brunnstein erwähnt hat - also die Programme, die der einzelne gegen Entgelt abrufen kann;- , eine wichtige Alternative zum werbefinanzierten Fernsehen mit einer, wie ich meine, sehr viel größeren Chance zur Individualisierung des Geschmacks und der Auswahlmöglichkeiten der Beteiligten.

Ich denke auch, wir greifen zu kurz, wenn wir die technische Entwicklung, die unter dem Begriff "Multimedia" zusammengefaßt wird, vornehmlich als ein spezifisches Problem der Medien ansehen. Vielmehr kommt diese Entwicklung bei unseren Medien erst mit großer Verspätung an. Im industriellen und im Dienstleistungsbereich hat sie längst eine sehr viel größere Bedeutung erlangt als im Mediensystem.

Die Frage, vor der wir stehen - und die auch nicht erst seit heute diskutiert wird;- , lautet: Welche Bedeutung haben die neuen Techniken und Entgeltsysteme für die Medienverfassung, die im Fernsehen mit einer überholten technischen Situation begründet wurde?

### **Kielinger**

Sie formulierten, Herr Mestmäcker: Die Öffentlichkeit werde repräsentiert durch die Medien. Aber veröffentlichte Meinung und öffentliche Meinung sind nicht unbedingt identisch. Das ist an dem Schweizer Beispiel von Herrn Saxer noch einmal deutlich geworden.

Wie bildet sich überhaupt die öffentliche Meinung? Entscheiden darüber nur die Medien? Oder gibt es dafür auch andere Quellen?

### **Grimm**

Unser Thema fragt nicht nur nach Medien, Macht und Politik, sondern im Untertitel auch nach der Verantwortung in der Demokratie. Natürlich haben wir implizit immer schon über Demokratie diskutiert, aber wie nur scheint, eher etwas verengt. Ich meine, wenn man nach der Bedeutung von Medien für die Demokratie fragt, sollte man den Fragerahmen ein wenig weiter fassen.

Ich sehe im wesentlichen drei Ebenen, die hier für uns wichtig sind. Über die eine haben wir bisher vornehmlich gesprochen, nämlich die Informationsebene. Es ist einleuchtend: Um an den demokratischen Strukturen partizipieren zu können, braucht man Informationen - nicht nur für die eigene Wahlentscheidung, sondern auch für die Meinungsbildung in der Zeit zwischen den Wahlen. Informationen sind vor allem vonnöten, wenn man seine eigenen Interessen wahrnehmen will. Und die Frage ist, ob wir bei all den Informationen, die wir bekommen, die Menge und Art von Informationen erhalten, die wir tatsächlich brauchen.

Die zweite Ebene will ich als Reflexionsebene bezeichnen. Da geht es um Weltverständnis und Weltdeutung und die damit verbundene Orientierung in der Fülle von Informationen und Meinungen. Die Frage, die sich hier stellt, lautet: Wie wird uns in den Medien, vor allem im Leitmedium Fernsehen, Welt präsentiert? Wird sie uns in einer Weise präsentiert, daß der Medienkonsument ein Bild der Welt, ein Weltverständnis und Interpretationsmöglichkeiten erhält, die der Problemlage und den Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, angemessen sind? Oder wird ihm Realität in einer eher verharmlosenden, zum Eskapismus anreizenden Weise vermittelt?

Drittens könnte man von der kulturellen Ebene sprechen. Das ist die Ebene, auf der Identität einer Gesellschaft gestiftet oder verändert, die Konsensbasis für den Zusammenhalt einer Gesellschaft gelegt und Solidarbereitschaft begründet wird. Diese Ebene mag auf den ersten Blick keinen

unmittelbaren Bezug zur Demokratie haben; sie ist aber die Voraussetzung dafür, daß die demokratischen Institutionen überhaupt funktionieren. Das wird besonders dann deutlich, wenn diese stillschweigenden Voraussetzungen schwinden, und ich meine, dies kennzeichnet unsere jetzige Situation.

Worauf es mir ankommt, ist zu fragen: Was leistet das Mediensystem, um auf diesen drei Ebenen die notwendigen Voraussetzungen für Demokratie zu gewährleisten? Für die Informationsebene könnte man argumentieren, da seien die Dinge weitgehend zufriedenstellend, solange wir einen leidlich operierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Und selbst wenn das eines Tages nicht mehr der Fall sein sollte, sei das auch nicht weiter beängstigend; denn bei den dreihundert bis fünfhundert Programmen, die uns für die Zukunft verheißen sind, werden sicherlich einige politikorientierte Spartenprogramme sein. Bei denen muß man dann rechtliche Vorkehrungen dafür treffen, daß sie einigermaßen ausgewogen und fair agieren.

Was die Reflexions- und die kulturelle Grundlagenebene angeht, so operieren die Medien dort weniger mit politischen Informationssendungen, sondern vor allem mit ihrem Unterhaltungsangebot, das man indes nicht in eine unpolitische Ecke abschieben darf. Die Entstehung von Weltverständnis und die Aneignung von Verhaltensregeln<sup>^</sup> die die Normalität der Gesellschaft widerspiegeln, werden weniger durch Nachrichtensendungen oder Fernsehdiskussionen vermittelt als vielmehr durch die alltäglichen Unterhaltungsprogramme. Sollte das Fernsehen also vornehmlich zum Unterhaltungsmedium werden, löst dies unser Problem nicht; denn auch dort werden Grundlagen für Demokratie gelegt oder zerstört.

Es ist somit keineswegs gleichgültig, wie wir unser Mediensystem gestalten. Ich meine im Gegenteil, der Gestaltungsbedarf nimmt zu. Frau Böhmer und Herr Brunnstein haben zu Recht darauf verwiesen, daß andere Sozialisationsinstanzen wie Schule und Familie ebenfalls den Auflösungstendenzen ausgesetzt sind, die wir heute in der Gesellschaft sehen. Damit werden die Medien nicht nur zu einem zusätzlichen Sozialisationsinstrument, sondern ihnen kommt in dieser Hinsicht tendenziell eine immer wichtigere Aufgabe zu. Und ich glaube nicht, daß eine Gesellschaft es sich leisten kann, in ihrem Mediensystem all das zu dementieren, was sie in Familie und Schule aufzubauen versucht.

Wie steht es um die Verantwortung der Medien für diese demokratienotwendigen Funktionen? Diese Frage läßt sich nicht nur auf der Ebene individueller Verantwortung beantworten. Sie ist vor allem auch eine Sache der Strukturen, in denen die Medien agieren. Strukturen bestimmen den Möglichkeitsrahmen für individuelle Verantwortung. Es gibt Strukturen, die verantwortliches Handeln erleichtern, während andere es erschweren. Die Frage ist, ob wir darauf vertrauen können - das ist die Tendenz, die sich im Augenblick abzeichnet; -, daß sich das für die Demokratie notwendige Maß von Information, Reflexion und kultureller Grundlage ohne entsprechende strukturelle Vorsorge von selbst einstellen wird.

Die Europäische Union, die stets prädominant auf den ökonomischen Aspekt von Entwicklungen sieht, geht sehr stark in diese Richtung, weil sie das Medienangebot primär als Dienstleistung versteht. Auch Herr Mestmäcker scheint dahin zu tendieren, wenn er sagt: Sobald die Medien aus Zwängen heraus sind, daß sie Zuschauer an die werbetreibende Wirtschaft verkaufen, wenn statt dessen die Zuschauer das Medium kaufen können, kann man auf die Marktgesetze vertrauen; dann werden sich die Dinge von selbst regeln. Ich meine dagegen, wir müssen genau prüfen, ob dasjenige Angebot, was das Publikum will, automatisch auch das demokratienotwendige Angebot ist. Das muß nicht identisch sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat auf die alte Situation bezogen gesagt: Es sei nicht anzunehmen, daß sich das unter Demokratiegesichtspunkten benötigte Medienangebot von selbst einstellen werde, und wir dürften es nicht darauf ankommen lassen zu sehen, ob es nicht vielleicht doch so sein könnte. Denn ein solches Experiment kann Ergebnisse hervorbringen, die sich dann nicht mehr korrigieren lassen. Die Frage ist, ob mittlerweile Indizien dafür sprechen, daß wir auf Selbstregulierung und Selbstverantwortung der Interessenten vertrauen können. Die Antwort lasse ich jetzt einmal offen.

### **von Weizsäcker**

Ich knüpfe an die Argumentation von Herrn Grimm bezüglich der Wirkung der Marktgesetze auf dem Medienmarkt an. Ziel der privaten elektronischen Medien ist es, Gewinn zu erwirtschaften, und der Markt ist der Ort, an dem sich das vollzieht. Das ist aus wirtschaftlicher Sicht durchaus legitim, übt in seiner Wirkung aber zugleich einen erheblichen Einfluß auf Gesellschaft und Demokratie aus, wie Herr Grimm eben eindringlich dargelegt hat.

Unter Ausnutzung der Marktgesetze geht es den betreffenden Medien natürlich darum, diejenigen Angebote zu steigern, die sich gewinnbringend an den Mann bringen lassen (an die Frau natürlich gleichermaßen). Zu diesen gewinnträchtigen Angeboten gehört auch die Politik, insofern es den Medien gelingt, die Politik entsprechend zu vermarkten, nämlich, pauschal gesagt, als Unterhaltung. Die Folge ist, daß Politik immer mehr in Unterhaltung verwandelt wird. Damit werden aber die Informationen über Politik und ihre Bewertung in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt.

Herr Sommer hat in dem Zusammenhang Berlusconi erwähnt und vielleicht etwas zu positiv dargestellt. Berlusconi ist zweifellos ein sehr erfolgreicher Unternehmer, der sich als sein Wirkungsfeld aber nicht die Automobil- oder die Stahlindustrie ausgesucht hat, sondern die Informationsindustrie. Und mein Eindruck ist, daß es ihm einzig und allein darum geht, auf diesem Gebiet zur alles beherrschenden Figur zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er sich zunächst den besten italienischen Fußballclub gekauft und auf diese Weise seine Macht am Medienmarkt vergrößert. Mit der so gewonnenen Medienmacht hat er anschließend versucht, sich den ganzen Staat "zu erkaufen"- nicht weil er sich primär für Politik interessiert, sondern weil er auf diese Weise die Chance sah, Politik besser in Unterhaltung zu verwandern und damit wiederum seine Medienmacht auszubauen.

Von den Strukturprinzipien her, nach denen unsere Wirtschaft funktioniert, ist ihm daraus auch kein Vorwurf zu machen. Ich meine aber, es müssen sehr wohl Vorkehrungen getroffen werden, damit sich dies nicht nachteilig auf die Politik auswirkt und die Verantwortung im Bereich der Demokratie nicht Schaden leidet. In dieser Richtung hat Herr Grimm einige wichtige Hinweise gegeben.

Vor kurzem hat ein Harvard-Professor gewarnt, das 'social capital' sei durch das amerikanische Fernsehen bedroht. Seine Studie, die unter dem Titel veröffentlicht wurde: 'Bowling alone', hat nachgewiesen, daß der Zusammenhalt in der Bevölkerung durch längeren Fernsehkonsum stark abnimmt. Jeder agiert nur noch für sich, und das Ergebnis ist eine zunehmende Vereinzelung. Jeder kegelt für sich allein.

Was ist also zu tun, damit die Gesellschaft weiter funktionsfähig bleibt? Wir haben gehört, für die Menschen ist es immer schwerer geworden, sich zu orientieren. Die Verfassung schützt uns, verpflichtet uns aber zu nichts; die Vernunft kann sich nicht gegen die Interessen durchsetzen; die Religion ist wirklichkeitsfern geworden und erreicht die Menschen nicht mehr; die Familien laufen auseinander; die Schule ist überfordert und stellt kein Korrektiv mehr dar. Jetzt soll das Fernsehen uns retten. Dazu ist es natürlich nicht in der Lage. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Fernsehen und die anderen Medien zum Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft ihren Beitrag leisten müssen.

Bei der Marktwirtschaft berufen wir uns immer auf Adam Smith, der uns gelehrt hat, sie sei das beste System, die Wohlfahrt der Gesellschaft zu fördern. Zugleich hat er aber betont, der Markt könne nicht für alles sorgen - für Straßenbau und Landesverteidigung beispielsweise, auf die eine Gesellschaft nicht verzichten kann. Von daher sollten wir uns schon Gedanken darüber machen, daß auch das Fernsehen seinen Beitrag leistet, um das Minimum an kultureller und zivilisatorischer demokratischer Konsensbildung zu ermöglichen. Dies sehe ich nur im Wege verfassungsrechtlicher oder gerichtlicher Bestimmungen, die den öffentlich-rechtlichen Medien vorschreiben, was sie in dieser Hinsicht tun sollen. Ich kenne jedenfalls keine andere Möglichkeit.

Ich betone noch einmal: Damit kritisiere ich diejenigen nicht, die im Rahmen der Marktwirtschaft ihr Medieninteresse verfolgen. Aber das reicht nicht, um das demokratienotwendige Minimum an Informationsvermittlung und Bewußtseinsbildung zu gewährleisten. Deshalb vermag ich es nicht als Verstoß gegen die heilige Lehre der Marktwirtschaft zu sehen, wenn wir darum besorgt sind, daß diejenigen Aufgaben, für die der Markt nicht geschaffen ist, halbwegs auf andere Weise sichergestellt werden. Dazu gehören heute eben nicht nur Straßenbau und Landesverteidigung, sondern auch der Informationssektor. Anders ist die demokratische Gesellschaft auf die Dauer gefährdet.

In einer Demokratie kann das Fernsehen also nicht nur nach den Regeln des Kapitalismus funktionieren - in autoritären Systemen ist dies sicher kein Thema. Aber es bedeutet nicht, dem Kapitalismus zu schaden, wenn man zugleich für die Erhaltung der demokratischen Voraussetzungen unserer Gesellschaft kämpft. Deswegen sollten wir die Gedanken, die Theo Sommer und Herr Grimm in bezug auf die Verantwortung für die Demokratie angesprochen haben, weiter verfolgen.

## **Schlauch**

Verantwortung für die Demokratie, Herr von Weizsäcker, darum soll es auch in meinem Beitrag gehen.

Ich beginne aber bei Herrn Sommer, der meinte, es sei bei den neuen Medien wie stets in der Geschichte: Auf der einen Seite gebe es die Innovationsfreaks und auf der anderen die Unkenrufer. Mein Eindruck dagegen ist, daß im Vergleich zur seinerzeitigen Einführung der privaten Rundfunkveranstalter die Unkenrufer derzeit erstaunlich ruhig sind.

Was ich feststelle, ist, daß in der Gesellschaft heute angesichts der revolutionären Neuerungen eine erhebliche Unkenntnis vorherrscht, die allerdings auch Abwehr provoziert. Als jetzt in Stuttgart ein Multimediaprojekt getestet werden sollte und man dafür 4000 Haushalte gewinnen wollte, konnte man froh sein, mit 40 zu beginnen. Hier herrscht in der Bevölkerung sehr viel Unsicherheit. Dagegen haben die Akteure in Politik und Wirtschaft dort ein ökonomisches Wachstumsfeld ausgemacht und propagieren, darin bestehe ein wichtiger Beitrag zur Lösung von Zukunftsfragen, etwa was die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht.

Deshalb soll die Entwicklung der neuen Medien vorangebracht und explizit Wirtschaftspolitik in dieser Richtung betrieben werden. Nach den Konsequenzen einer solchen Politik für die von Herrn Grimm angesprochenen Fragen auf den verschiedenen Ebenen Information, Reflexion, Kultur - wird wenig gefragt. Das heißt, die Politik hat sich aus der Verantwortung, die notwendigen Strukturen zu schaffen, verabschiedet, damit die Ökonomie ungehindert zum Zuge kommen kann.

Herr Lange hat die Diskussion um die Konzentrationskontrolle erwähnt. Was wir in den letzten Wochen und Monaten erleben, ist schon einigermaßen verblüffend. So meinte kürzlich auf den Medientagen in Köln ein maßgeblicher Vertreter eines privaten Fernsehveranstalters: Mit der Politik werden wir schon zu einem Kompromiß kommen - als es darum ging, die Regularien für die Konzentrationskontrollen, die jetzt diskutiert werden, weiterzufassen. Die Grenzen sollen noch höher gesetzt werden, um die entsprechenden Marktanteile zu gewährleisten.

Ich habe jedenfalls große Bedenken, daß sich die Politik in diesem Punkt zugunsten der ökonomischen Entwicklung zu sehr zurückhält. Selbst denjenigen politischen Kräften, denen immer unterstellt wird, sie wollten zu viel regulieren, geht es hier mehr um die Schaffung von Strukturen, die eine solche Entwicklung ermöglichen. Im Grunde ist die Politik dabei, sich aus der ganzen Diskussion zu verabschieden.

Frau Martiny sagte, Öffentlichkeit sei ein begrenztes Gut. Das ist nicht nur eine Frage der begrenzten zeitlichen Aufnahmefähigkeit für das Informationsangebot, sondern auch eine Kostenfrage. Herr Mestmäcker bewertete es als positiv, daß nun praktisch jedermann in der Lage sei, sich die Informationen, die er haben wolle, direkt zu besorgen. Wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen so durchgesetzt werden, wie es angedacht ist, zeichnet sich ab, daß dann die Leute zahlen müssen, wenn sie beispielsweise Spiele der Fußballeuropameisterschaft sehen oder die Olympiade verfolgen wollen. Nun sind aber die Medienbudgets vieler Menschen recht begrenzt, insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Mit anderen Worten: Da werden dann die wirtschaftlich Schwächeren vom Empfang ausgeschlossen.

Ich meine, die neuen Medien und die Interkommunikationsmöglichkeiten können nur dann sinnvoll in einer Gesellschaft genutzt werden, wenn diese Systeme wirklich öffentlich zugänglich sind. Da unterscheidet sich auch unsere Rechtskultur etwa von der in den USA. In Amerika läßt sich im Internet genau verfolgen, was im politischen Bereich, zum Beispiel in den Ausschüssen, diskutiert wird. In der Bundesrepublik sind Ausschusssitzungen nicht einmal öffentlich, geschweige denn, daß sie im Internet zugänglich sind. Der "freedom-of-information-act" ist Ausdruck der amerikanischen Rechts- und Informationskultur. Bei uns dagegen überwiegen im öffentlichen Raum die Abschottungstendenzen. Von daher wird die sinnvolle Nutzung der technischen Möglichkeiten von Multimedia im Hinblick auf die demokratischen Prozesse stark eingeschränkt.

### **Kielinger**

Sie sprechen von Rechtskultur, Herr Schlauch. Das bedeutet in der Tat, daß wir nicht einfach alles dem Markt überlassen, der es angeblich schon regeln werde.

### **Schulte-Hillen**

Lassen Sie mich zunächst einige Fakten zu unserer Medienlandschaft nennen. Es gibt derzeit in Deutschland ungefähr dreißig deutschsprachige Fernsehprogramme, circa 250 Hörfunksender, 30 Wochenzeitungen, rund 400 Tageszeitungen und alles in allem etwa 9000 Zeitschriftentitel. Das heißt, wir haben in Deutschland eine Medienvielfalt, wie wir sie nirgendwo sonst auf der Welt finden. Ein solches Maß an Informationsfreiheit haben wir in diesem Land noch nie gehabt, und es wird auch anderswo kaum besser sein. Insofern können wir auf die Mediensituation bei uns im Grunde recht

stolz sein. Natürlich macht man sich über alles mögliche Sorgen, auch wenn es gut ist - es könnte ja noch besser sein. Aber im internationalen Vergleich sehen wir zumindest nicht schlecht aus.

Ich stimme Herrn von Weizsäcker völlig zu, daß wir das öffentlich-rechtliche Fernsehen sichern müssen, und dies ist jetzt auch teilweise auf den Weg gebracht. Von den vorgenannten dreißig Fernsehsendern gehört im übrigen mehr als die Hälfte dem öffentlich-rechtlichen Bereich an.

Nun hat der Bürger die Freiheit zu wählen. Die Knappheit der Frequenzen, die früher zusätzliche Angebote begrenzte, hat sich inzwischen weitgehend erledigt. Infolgedessen gibt es vielfältige private Angebote, und wir müssen feststellen, daß der Bürger scharenweise zu ihnen überläuft. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit seinem zum Teil relativ hohen kulturellen Niveau wird hingegen nicht entsprechend genutzt.

Die Qualitätsspirale der privaten Angebote weist bedauerlicherweise nach unten. Dies ist eine Tatsache, die mir auch mißfällt. Meine Frage ist indes: Was kann man in einer Demokratie dagegen tun? Schließlich ist auch der Markt mit seiner Wahl- und Informationsfreiheit Ausdruck von Demokratie.

Ich meine, die eigentliche Problematik liegt tiefer. Was heutzutage teilweise gesendet wird, hätte vor dreißig Jahren noch einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit ausgelöst. Das heißt, die Wertvorstellungen des Souveräns dieses Staates, nämlich des Volkes, haben sich geändert und mit ihnen die Moral. Heute werden Dinge goutiert, von denen wir meinen, sie sollten eigentlich nicht akzeptiert werden.

Natürlich bin ich auch der Meinung, daß die Medienveranstalter, wie andere Berufsstände auch, sich ihrem Berufsethos entsprechend verhalten und nur senden sollten, was öffentlich vertretbar ist. Das könnten wir uns alle vornehmen, und ich meine, in unserem Hause berücksichtigen wir dies auch weitgehend. Es gibt sicher eine Reihe von Beiträgen in RTL, die zu Recht kritisch beurteilt werden. Aber selbst, wenn wir dies bei RTL abstellen - und das sollten wir;- , werden wir nicht verhindern können, daß solche fragwürdigen Angebote anderswo erscheinen. Schon heute können wir über Satelliten Programme empfangen, die niemand von uns gut findet und die dennoch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Abnehmer haben.

Was wir gegenwärtig erleben, könnte man eine gewisse Entzauberung der Vernunft in der Demokratie nennen. Die Demokratie hat immer von der Illusion gelebt, daß tatsächlich das geschieht, was die Mehrheit will. In Wirklichkeit verhielt es sich damit natürlich immer ein wenig anders, weil nicht das geschah, was die Mehrheit wollte, sondern was von Regierungen beziehungsweise von den Politikern in der Regierungsverantwortung für vernünftig gehalten wurde. Das hat sich in der Fernsehdemokratie, in der emotionale Momente stärker zur Geltung kommen, geändert. Damit gewinnt jener Politikertyp an Einfluß - das läßt sich in Amerika gut beobachten;- , der es versteht, die emotionalen Möglichkeiten des Fernsehens für sich zu nutzen. Das heißt, das Medium gestaltet das Auftreten der Politiker mit. Es gewinnt nicht der Beste, sondern der, der sich am besten TV-gerecht präsentiert. Auf diese Weise nimmt der Souverän, die Basis, deutlich direkteren Einfluß auf das politische Geschehen und bringt seinen Willen zur Geltung. Und der ist stärker als früher von Emotionen denn von Vernunft geleitet. Ob das immer dem Ganzen dient, bezweifle ich.

Noch ein Wort zu Multimedia. Dieses Phänomen fasziniert die technischen Laien derartig, daß dem Thema eine Bedeutung zugewachsen ist, die der wirtschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise gerecht wird. Wer sich ein entsprechendes Gerät anschafft und beginnt, Internet zu benutzen - was im übrigen für den einzelnen keine großen Handhabungsprobleme mehr bereitet;- , für den mag die Faszination am Anfang groß sein. Aber nach kurzer Zeit werden Sie feststellen, daß Sie das meiste, was Ihnen im Internet angeboten wird, im Grunde gar nicht gebrauchen, und dann läßt das Interesse automatisch nach: Mein zwölfjähriger Sohn dagegen, der es geschafft hat, mein Codewort herauszufinden, sitzt stundenlang mit seinem Freund vor dem Kasten und findet es toll, wenn er sich mit einem Mädchen in Los Angeles verabredet und ihr sagt, er sei achtzehn.

Wir stellen fest, daß für unsere Internet-Angebote siebzig bis achtzig Prozent der Anfragen aus dem universitären Bereich kommen. Mein gegenwärtiges Fazit ist deshalb: Internet wird von denen genutzt, die erstens Zeit haben und zweitens nicht dafür bezahlen müssen. Es ist eine nette Spielerei, mehr noch nicht.

Was wird in Zukunft daraus werden? All die Angebote werden sich durchsetzen, die dem einzelnen echten Nutzen bringen, die er auf dem herkömmlichen Weg nicht bekommen kann - und wofür er deswegen bereit ist zu zahlen. Das wird relativ wenig sein und sich im wesentlichen auf Dienstleistungen wie "home banking", alle möglichen lokalen Auskünfte und dergleichen beschränken.



Hinzu kommen einige interaktive Dinge, etwa direkte Buchungen für Reisen, Kino, Theater, Restaurants und so weiter. Viel mehr wird im Massenmarkt nicht herauskommen.

Im Business-to-Business-Bereich wird dagegen mehr geschehen, weil es jetzt vielen Interessenten möglich ist, Datenbanken eingehend zu nutzen, um sich spezifische Informationen zu holen, während man im Massenmarkt gar nicht so viele spezifische Informationen braucht.

### **Kielinger**

Die Gefahr der Vereinzelung sehen Sie also nicht als so bedrohlich an, wie es hier dargestellt worden ist?

### **Schulte-Hillen**

Ich denke, das sind alles intellektuelle Befürchtungen, die relativ gegenstandslos sind. Denken Sie nur daran, was seinerzeit geäußert wurde, als der Walkman aufkam - ist es wirklich so schlimm, wenn jemand ab und zu für sich allein Musik hören will?

Einen positiven Effekt von Multimedia will ich noch nennen: Es ermuntert, wie ich bei meinen Kindern feststelle, zum Schreiben, was sie sonst nur in der Schule getan haben. Seit es e-mail gibt, erhalte ich hin und wieder ein paar Zeilen von ihnen nach der Orthographie dürfen Sie mich allerdings nicht fragen. Immerhin, sie wird besser.

### **Marquardt**

Ähnlich wie Herr Schulte-Hillen bin auch ich nicht so sehr besorgt, daß durch diese Entwicklung der Vereinzelung weiter Vorschub geleistet wird. Die Euphorie, die beim Thema Multimedia zur Zeit vorherrscht, ist vielleicht aber auch darin begründet, daß viele Verantwortliche offenbar meinen, virtuelle Hörsäle seien kostengünstiger, als neue Hochschulbauten und dergleichen zu errichten.

Was mich besorgter macht - auch aufgrund der Diskussion hier;- , ist, daß wir auf die Herausforderungen, die durch die modernen Medien für Demokratie und Meinungsfreiheit deutlich werden, im Grunde nur mit einem Achselzucken reagieren. Da gehen wir sehr schnell zur Tagesordnung über, weil sich angeblich das, was uns aus den Bildschirmen entgegenflutet, doch nicht eindämmen läßt. Aber nur zu sagen: Das ist halt so, und damit müssen wir uns abfinden, ist mir, ehrlich gesagt, zu wenig.

### **Bude**

Ich möchte etwas sagen zur Herstellung oder Zerstörung politischer Autorität durch die Medien; ich bin da etwas anderer Ansicht als Herr Hoffmann-Riem.

Ein Beispiel: Wenn Sie zweitausend repräsentativ ausgewählte Bundesbürger über zwanzig fragen, wen sie in einer Talk-Show mit Prominenten dabei haben möchten wer, meinen Sie, wird da den ersten Platz belegen, und zwar mit Abstand? Nicht Michael Schumacher, nicht Steffi Graf, nicht Jürgen Klinsmann, sondern Helmut Kohl. Was interessiert die Leute an Helmut Kohl so besonders? Offenbar was für ein Mensch er ist. Ich halte das für ein originäres politisches Bedürfnis, etwas über den Menschen Helmut Kohl wissen zu wollen. Das hat mit dem Doppelcharakter politischer Repräsentation zu tun. Ein Politiker verkörpert immer zwei Dimensionen: Er ist auf der einen Seite Interessenvertreter und Problemlöser, und auf der anderen Seite repräsentiert er auch bestimmte seelische Strömungen und Strebungen; ihm haftet somit etwas Quasi-Therapeutisches an.

So neu ist das im übrigen gar nicht. Auch an Churchill interessiert uns nicht unbedingt, welche Probleme er gelöst und welche Interessen er vertreten hat, sondern welche nationale Streben er in welcher Situation zum Ausdruck gebracht hat.

Was sich hier zeigt, ist eine gewisse Grundgrammatik in der Politik, die sich seit der Antike nicht geändert hat. Die Repräsentation von Politik hatte immer auch etwas mit Inszenierung zu tun und nicht nur mit der Lösung von Problemen. Und zur Inszenierung von Politik gehört die Verbildlichung. Auch die bildliche Darstellung ist ein Wesensmerkmal der Politik - ebenfalls keine neue Entwicklung; so wenig wie der Berater, Herr Holzer, der immer schon eine eminent politische Figur gewesen ist, wie wir seit Machiavelli wissen. Die Art und Weise der Inszenierung im Bild hat eine erhebliche Bedeutung für die Herstellung diffuser politischer Legitimität.

Da bedienen sich unsere heutigen Bildmedien, ohne es zu wissen, oft ganz alter Vorlagen. Nur hat das Inszenieren seine Tücken. Ein Kollege von mir hat einige Jahre lang die Inszenierungstechniken

von Herrn Möllemann studiert: Wie wird man ein interessanter Politiker? Das Ergebnis war, daß sich derjenige Politiker am geschicktesten inszeniert, der wirklich daran glaubt, was er sagt.

### **Grimm**

Aber gerade das kann man doch nicht inszenieren.

### **Bude**

Eben! Die natürlich wirkenden Akteure sind inszenatorisch die interessantesten. Unser Bundeskanzler ist dafür sicher das beste Beispiel: Er ist weder telegen noch charmant; er tritt fast gar nicht in Talk-Shows auf- und dennoch setzt ihn die Bevölkerung mit Abstand auf Platz eins der Prominentenskala in der Bundesrepublik.

Ein Problem ergibt sich allerdings aus den Globalisierungstendenzen der neuen Medien. Das Fernsehen ist heute zum zentralen Medium des Kulturkontakts geworden. Das heißt, die Leute lernen in der Regel sehr viel mehr über andere Kulturen durch Fernsehbilder als durch andere Medien. Wenn es nun vom Politischen her gesehen eine Hauptaufgabe der Bildmedien ist, Identifikationsbereitschaft beim Publikum zu wecken für die Politiker, die sich auf dieser Bühne darstellen, dann ist die Erweiterung des Identifikationsraumes durch immer neue Figuren schon ein Problem. Die Politik muß sich dann der Konkurrenz der Unterhaltung stellen.

Die Antwort darauf könnte das Konzept der Erlebnispolitik sein - Brent Spar als Beispiel. Was wir heute feststellen, ist eine starke Tendenz zur "Verfristung von Politik", wie Carl Schmitt gesagt hätte. Das identifikatorische Interesse an Politik ist an sehr kurze Fristen gebunden, und eben das läuft auf ein Konzept von Erlebnispolitik hinaus, die, wenn sie geschickt inszeniert wird, offenbar sehr gut diffuse Unterstützung mobilisieren kann. Politiker sollten sich da nicht ablehnend verhalten, sondern zur Kenntnis nehmen, daß es so ist, wohl wissend, daß sich daran im Prinzip seit Perikles' Zeiten nichts geändert hat.

Übrigens: Was Walter Benjamin für den Kunstkritiker gesagt hat, stimmt so auch für die Politik: Schlagworte prägen, ohne Ideen zu verraten.

### **Holzer**

Aber Helmut Kohl nimmt doch die Medien und ihre Möglichkeiten überhaupt nicht zur Kenntnis.

### **Bude**

Dennoch tut ihm das interessanterweise keinen Abbruch. Das Publikum ist nämlich bei seiner Suche nach Identifikation nicht beliebig führbar. Helmut Kohl hat sich die kollektive Aufmerksamkeit verdient. Er ist schließlich nicht allein durch bloße Dauer heute Entschuldigung, Herr von Weizsäcker - auf der Ebene der Vergöttlichung angekommen. Das identifikationsbereite Publikum konstatiert: Er hat die Sache mit der Einheit gut gemacht. Das ist auch kein inszenatorischer Effekt, sondern eine historische Beglaubigung. Deshalb identifizieren sich die Leute mit Helmut Kohl und wollen wissen, was er für ein Mensch ist.

### **Kielinger**

Ich füge nur hinzu: Vor einigen Jahren hatte sich Kohl einige Medienberater kommen lassen, die ihm sagen sollten, wie er sich in der Öffentlichkeit besser verkaufen könnte. Die hat er nach zwei Tagen wieder hinausgeworfen und gesagt: Ich komme ohne sie aus.

### **Bude**

Und er kommt ohne solche Leute aus, weil er voll von sich überzeugt ist.

### **Gauly**

Ich würde dieser Darstellung doch widersprechen. Gerade der Wahlkampf von 1994 hat gezeigt, daß Helmut Kohl und die CDU sehr professionelle Medienarbeit geleistet haben, erstmals auch mit dem Medium Fernsehen. Es war der erste bundesdeutsche Fernsehwahlkampf, wenn Sie so wollen. Das wird sich 1998 noch erheblich verstärken; denn der Bedeutungszuwachs des Fernsehens, auch für das Politische, ist evident.

Worin ich Herrn Bude recht gebe: Kohl spricht für sich selbst. Das fand 1994 seinen Ausdruck in einem Wahlplakat, auf dem nur das Bild von Helmut Kohl zu sehen war - ohne jeden Hinweis, weder auf die CDU, noch auf irgendwelche Wahlaussagen. Das zeigt: Helmut Kohl verkörpert als Persönlichkeit Werte und Überzeugungen, die keiner besonderen Erklärung bedürfen.

### Engert

Ich möchte an das Beispiel Helmut Kohl anschließen. Derartige Dinge konnte man auch beim Wahlsieg Konrad Adenauers 1957 wahrnehmen. Die deutsche Publizistik war damals weitgehend gegen ihn, und doch hat er den größten Wahlsieg in der Geschichte der Bundesrepublik errungen. Das relativiert doch die Wirksamkeit der Medien erheblich - wir sollten da keinen Fiktionen aufsitzen. Und mit den drittklassigen Journalisten habe ich genausowenig Schwierigkeiten wie mit drittklassigen Politikern, Herr Hoffmann-Riem; die können wir auch nicht größer machen, als sie sind.

Das gilt ebenso für den nationalen Diskurs, der hier immer wieder angemahnt wird. Wer liest in Deutschland überregionale Zeitungen und läßt sich von ihnen in seiner Meinungsbildung beeinflussen? Da ist die ganz starke Verankerung der Provinzzeitungen festzuhalten. Wer in Passau lebt, liest in der Regel nicht die FAZ oder die Süddeutsche, sondern er bezieht seine Informationen, was die Printmedien anbelangt, aus dem Heimatblatt.

Und was ist mit dem Fernsehen? Auch da sollten wir sehr viel vorsichtiger argumentieren. Wenn das öffentlich-rechtliche System der Bundesrepublik mit seiner Pädagogik tatsächlich erfolgreich gewesen wäre, wären große Teile des Publikums nicht zu kommerziellen Sendern abgewandert. Hier zeigen sich Bedürfnisse, die zwar wirksam sind, sich aber wissenschaftlich kaum exakt messen lassen. Wir können nur vermuten, warum Helmut Kohl eine solche Wirkung ausübt.

Ich kann mich an eine ZDF-Reportage in "Bonn direkt" entsinnen, unmittelbar nach Kohls Amtsantritt. Da tritt er mit Frau Hannelore in das Amtszimmer und sagt: Und hier kommt das Aquarium hin; da hängen wir die Bilder auf und dergleichen. Das hat den Zuschauern das Gefühl vermittelt: So wie der das macht, würde ich es auch machen. Das ist ein Widerspiegelungseffekt, der seine Wirkung tut.

Was Internet angeht, so ist der Eindruck in diesem Kreise: Hier beginne eine neue Ära, nicht nur im Medienbereich. Sicher, die Mentalitätsgaps in Deutschland, auf die Herr Meckel und Herr Bisky verwiesen haben, werden uns noch lange beschäftigen; aber was wir jetzt erleben, mache überkommene Denk- und Verhaltensmuster obsolet.

Ich bin wie Sie davon überzeugt, Herr Schulte-Hillen, daß sich der Neuigkeitswert der modernen Medien sehr schnell durch Gebrauch abnutzen wird. Herr Grimm hat zu Recht auf die notwendige Integrationsaufgabe verwiesen und von daher für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Mediensystems plädiert. Und er hat zugleich die politische Wirkung von Unterhaltung betont, die eher subkutan wirkt.

Wir sind, was Politik angeht, meist viel zu sehr auf die Haupt- und Staatsaktionen fixiert: Was sagt der Bundeskanzler, was sagen andere Politiker? Da laufen beim Rezipienten häufig ganz andere Prozesse ab, wenn ich nur daran denke, welche Wirkung westliche Unterhaltungssendungen seinerzeit in der DDR hatten; Herr Bisky wird das bestätigen können. Die waren teilweise erheblich wirksamer als all die politischen Sendungen, in denen wir unseren Brüdern und Schwestern mitteilen wollten, wo es langging. Das Werbefernsehen, die Darstellung westlichen Lebensstils, das hat die Menschen drüben beeinflußt. Solche Dinge wirken viel mehr, als wir uns meist eingestehen wollen.

Wenn nun die Politik von den öffentlich-rechtlichen Anstalten immer fordert, sie müßten dazu beitragen, daß ein Minimum an Integration für die deutsche Gesellschaft geleistet wird, dann muß sich natürlich auch die Politik fragen lassen, was sie denn dafür tut, um die Wirksamkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu bewahren.

Da sagt mir der Ministerpräsident eines Bundeslandes: Natürlich müssen Sie das alles bringen: Oper, großes Fernsehspiel, Wort zum Sonntag und so weiter - aber vergessen Sie die Einschaltquote nicht. Sonst bekommen Sie ein Legitimationsdefizit; denn die Wähler verweisen auf die Gebühren, die sie zahlen, und rennen womöglich zum Bundesverfassungsgericht, um gegen die "Zwangsgebühr" zu klagen.

Hier ist eine gewisse Schizophrenie in der deutschen Politik festzustellen, und zwar bei allen politischen Parteien, welcher Couleur auch immer. Meine Prognose ist, daß die Politik tatenlos zusehen wird, wenn ein System wie die ARD den Bach hinuntergeht und auf regionale Anstalten reduziert wird, weil es Ministerpräsidenten gibt, die eben dies beabsichtigen, um dieses Medium besser in die Hand zu bekommen.

Zur Zeit spielen wir gleichzeitig sozusagen in der Kreisklasse und in der Bundesliga. Kreisklasse: Die dritten Programme der ARD. Bundesliga: Das erste Programm. Das erfordert einen gewissen Spagat, ermöglicht aber, auf zwei Ebenen zu operieren. Wenn eines Tages nur noch Kreisklasse angesagt ist, mit den entsprechenden Zugriffsmöglichkeiten der Politiker, geht ein Stück Medienkultur verloren. Dann ist das Feld frei für drittklassige Politiker und Journalisten und einen Verlautbarungsjournalismus. Die Gefahr: Kommerzialisierung bei den privaten elektronischen Medien, Uniformierung bei den öffentlich-rechtlichen der ARD. Damit würde nicht nur das öffentlich-rechtliche Medium beschädigt, das wäre auch ein unerträglicher Verlust für den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

### **Kielinger**

Was bleibt von der Konsensstiftung, wenn dieses Medium verlorengeht?

### **Sommer**

Da ich ein altmodischer Mensch bin und meine Artikel nach wie vor von Hand schreibe was meine Sekretärin dann ins Multimediale umsetzt;-), verfuge ich nach landläufiger Auffassung auch über keinerlei Medienkompetenz. Das meiste über den Computer habe ich gelernt, als ich meiner siebenjährigen Tochter "Work for Kids" und "Windows for Kids" installiert habe, denn die Gebrauchsanweisung dafür war wenigstens in einer verständlichen Sprache geschrieben.

Was wird hier eigentlich unter Begriffen wie Medienkompetenz, Medienpädagogik, Medienkunde verstanden? Ist damit die technische Handhabung der Geräte gemeint? Oder soll den Kindern und Bürgern beigebracht werden, wie sie das, was ihnen da aus den Monitoren entgegenflimmert, richtig einordnen und beurteilen können, sie gewissermaßen das Wahre vom Falschen unterscheiden lernen? Sollte letzteres gemeint sein, geht es nicht um die Aufstellung von Computern in Klassenzimmern, sondern um die Vermittlung einer allgemeinen Bildung, die den Bürger zum Urteilen erst befähigt.

Das ist keine Frage von Medienkunde, sondern vielmehr von Lebenskunde, wenn Sie so wollen. Es geht nicht so sehr um Medienkompetenz, sondern um Lebenskompetenz. Es geht darum, die Folie der Bildung, vor der diese neue Medienwelt abrollt, wieder in Ordnung zu bringen. Es geht um einen Bildungskanon, der uns überhaupt erst in die Lage versetzt, Richtiges vom Falschen und Wichtiges vom Belanglosen zu unterscheiden. Es geht darum, Verstand und Charakter so zu trainieren, daß sie uns helfen, Wissenswertes vom Nichtwissenswertes, bloß Gespeichertes vom Speichernswerten, Gehöriges vom Ungehörigen zu unterscheiden.

Das mag sehr idealistisch klingen; aber die Vorstellung, man könne Medienkompetenz vermitteln, ohne Bildung mitzuvermitteln, Medienkunde zu betreiben, ohne unseren Kindern gleichzeitig die Anstrengung des Lernens zuzumuten, erscheint mir einigermaßen absurd. Das heißt, das Pferd am Schwanz aufzuzäumen. Die neue Medienwelt macht jedenfalls das Unterscheiden, das Differenzieren, das Urteilen nicht leichter, und deswegen dürfen wir auch die Bildung nicht einfacher machen.

### **Hoffmann-Riem**

Das, was Sie sagen, Herr Sommer, hört sich alles recht sympathisch an, klingt aber sehr normativ. Worüber wir hier diskutieren sollen, ist, wie das denn funktionieren kann. Die Antwort darauf ist schwer zu finden - ich habe sie auch nicht parat.

Daß die Leute den Politiker Kohl als Mensch erleben möchten, glaube ich auch, Herr Bude. Aber sie erleben ihn so nicht, sondern sie erleben nur einen virtuellen Kohl.

### **Bude**

War das bei Churchill oder Perikles anders?

### **Hoffmann-Riem**

Ich meine das gar nicht negativ. Ich will nur deutlich machen, daß wir es in der medialen Politikerdarstellung mit einem Kunstprodukt zu tun haben, dem dann eine Verantwortung zugeschrieben wird. Wenn es vorhin hieß, die Politik verabschiede sich aus der Verantwortung, würde das sicher für Herrn Kohl genauso gelten wie für die Politiker aus der dritten Reihe - ich habe übrigens nicht von "drittklassig" gesprochen, Herr Engert; ich denke, das ist ein gewisser Unterschied.

Dennoch überrascht mich eine solche Formulierung. Ich könnte zunächst zurückfragen: Wer verabschiedet sich aus der Politik? Ich versuche gerade für meine Person das Gegenteil - übrigens nach längerem Zögern. (Ich bin schon zweimal vorher gefragt worden, ob ich nicht Senatorin Hamburg werden wolle, und ich habe abgelehnt; beim dritten Mal bin ich weich geworden.) Auch wenn es Ihnen vielleicht zu pathetisch klingt: Ich meine, auch ein Wissenschaftler muß gelegentlich einmal politische Verantwortung übernehmen und kann Verantwortung nicht immer nur für andere predigen. Ich erlebe jetzt allerdings, wie schwer es ist, diese Verantwortung angemessen wahrzunehmen.

Herr Bude hat den Satz von Walter Benjamin zitiert: Schlagworte prägen, ohne Ideen zu verraten - vorausgesetzt, man hat überhaupt Ideen. Deshalb würde ich Trendsurfen übersetzen mit: Schlagworte nutzen, ohne Ideen zu haben. Mit dem darauf basierenden Medienbild mag es eine Zeitlang auch gutgehen; es reicht aber sicherlich nicht aus, um Verantwortung wahrzunehmen. Denn dafür braucht man Konzepte, und für diese Konzepte muß man Verbündete gewinnen, um sie gegen Widerstände durchsetzen zu können. Wenn die Politiker dazu nicht mehr in der Lage sein sollten, ist es nicht damit getan, hier nur individuelles Versagen zu konstatieren, sondern dann muß man nach den Strukturen fragen, unter denen Verantwortung praktiziert und folgenreiches Handeln erschwert wird.

Was ich gegenwärtig feststelle, ist - endgültig vermag ich das noch nicht einzuschätzen;- , daß es außerordentlich schwer ist, Verantwortung umzusetzen. Das hat sicher auch etwas mit der jetzigen Finanzkrise zu tun. Was nützt es, irgendwelche Modelle zu entwickeln, die man dann doch nicht realisieren kann. So wie Frau Marquardt muß ich in diesen Tagen Akten durcharbeiten; denn am Montag beginnt im Hamburger Senat eine viertägige Schlacht um den Haushalt, und dem Justizhaushalt drohen Streichungen, die die Gefahr heraufbeschwören, daß die Justiz schwerwiegende Qualitätseinbußen erleiden wird. Darauf muß ich mich gut vorbereiten - das ist die Art von Verantwortungsübernahme, die ich zu leisten vermag. Die Zahlen des Hamburger Haushaltes sind jedenfalls so dramatisch, daß der Hamburger Senat im Augenblick nicht weiß, wie er im November die Gehälter seiner Beamten und Angestellten auszahlen soll. Ich werde kaum etwas Besonderes für die Justiz erreichen können. So ernst ist die Lage, und niemand weiß eine Antwort auf die Krise. Deshalb wehre ich mich dagegen, wenn so lapidar gesagt wird: Die Politiker seien nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das ist eine unzulässige Personalisierung, der sich nicht nur die Medien, sondern auch die intellektuelle Elite schuldig macht.

Wie Sie wissen, bin ich von Haus aus Medienwissenschaftler. Ich stimme zu, daß auch die Medien eine Verantwortung tragen. Wer dies aber fordert, muß sich ebenso Gedanken darüber machen, wie es denn um die Voraussetzungen bestellt ist, damit die Handelnden, also die Journalisten etwa, eine solche Medienverantwortung wahrnehmen können. Es sind doch nicht immer nur Dummheit, Vorsatz oder Nachlässigkeit, warum Journalisten so arbeiten, wie wir es teilweise erleben und kritisieren.

Sehen Sie sich die Rahmenbedingungen an, unter denen beim Hörfunk, beim Fernsehen oder auch in den Printmedien gearbeitet wird. Dazu gehört beispielsweise der harte Wettbewerb, der zu manchem nötigt, das die Journalisten persönlich verdammen. Den Wettbewerb können wir nicht ignorieren, wenn wir von den betreffenden Personen verantwortliches Handeln erwarten. Ich denke, wir alle - nicht nur die Politik - müssen daran arbeiten, Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, Verantwortung real zu tragen. Sonntagsreden reichen nicht.

Wenn wir über die zukünftige Entwicklung des Mediensystems sprechen, dann kann es nicht darum gehen, Sendungen einfach verbieten zu wollen, deren Inhalte uns nicht gefallen, und beispielsweise Pornographie oder rechtsradikale Erzeugnisse aus dem Internet zu verbannen. Das wird uns jedenfalls nicht gelingen. Worauf es vor allem ankommt, ist, dafür zu sorgen, daß Alternativen für verantwortungsvollen Journalismus vorhanden sind. Hier möchte ich die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum dualen Rundfunksystem ausdrücklich preisen, die offensichtlich auf der Erkenntnis basieren, daß es neben dem kommerziellen System auf jeden Fall auch eine möglichst lebensfähige öffentlich-rechtliche Alternative geben muß.

Das Problem ist nur: Wie soll die Lebensfähigkeit gewährleistet werden, wenn den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern die Zuschauer wegläufen, wie Herr Schulte-Hillen sagte? Ich habe dazu auch schon bei anderer Gelegenheit bewußt überspitzt formuliert: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müßte auch dann erhalten bleiben, wenn er keine Zuschauer mehr hätte. Wichtig ist - auch für den Journalismus;- , daß eine Alternative gegeben ist und von daher eine gegenseitige Herausforderung besteht. Zur Zeit funktioniert das noch ganz gut - wenn ich beispielsweise daran denke, daß die Privaten nach wie vor zum Beispiel "Tagesschau" und "heute journal" zu kopieren suchen. Den Konkurrenzkampf um Qualität sollten wir unter allen Umständen versuchen aufrechtzuerhalten. Dabei wird es allerdings für die Zukunft weniger um das Rundfunkrecht, sondern vor allem um das

Telekommunikationsrecht gehen: Im Telekommunikationsbereich werden in Zukunft die maßgeblichen Bedingungen dafür geschaffen, welchen Lebensspielraum die Medien haben.

### **Schlauch**

Ich habe nicht gesagt, Herr Hoffmann-Riem, die Politik habe sich generell von der Verantwortung verabschiedet. Was ich jedoch wahrnehme, ist, daß sich die Politik bei den Fragen der Medienrechtsgestaltung, der Konzentrationskontrolle und auch, was die Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeht, mehr und mehr aus der Verantwortung stiehlt. Da wären politische Entscheidungen notwendig. Statt dessen erleben wir beim Thema Konzentrationskontrolle, daß sich die Politik der Dominanz der Ökonomie unterordnet und eigene Vorstellungen, die ja vorhanden sind, nicht dagegensetzt.

Im übrigen, Herr Hoffmann-Riem, ich habe mich als Provinzpolitiker immer recht wohl gefühlt; denn dort kann man in der Tat noch authentischer agieren als auf der Bundesebene.

### **Saxer**

Für das Verhältnis von Medien und Politik müßten wir in der Tat auch die sozialpsychologische Gesamtkonstellation berücksichtigen. Vorhin fiel das Stichwort "Erlebnispolitik". Das bedeutet eine Abkehr von einem kognitiven Verständnis von Politik im Zug der Individualisierung der Lebensstile, mit der eine starke egoistische Grundhaltung verbunden ist. Hinzu kommt eine Abwertung von Politik, in deren Fähigkeit, Probleme zu lösen, weniger Vertrauen besteht. Dies sind Fakten, die kaum noch bestritten werden.

Was mich interessieren würde, ist: Was können die Medien für die politische Sozialisation tatsächlich leisten? Aufgrund von Untersuchungen, die in Deutschland und in der Schweiz gemacht wurden, scheint es hier den Medien zu gelingen, eine breite Zustimmung für grundlegende politische Werte auszulösen, aber sie schaffen es nur ungenügend, das Volk für die Umsetzung dieser Basiswerte in entsprechendes Verhalten zu motivieren.

Was nun insbesondere den elektronischen Medien nicht gelingt, ist die Vermittlung strukturierten politischen Wissens. Was sie dem Zuschauer präsentieren, ist ein Scherbenbild der politischen Realität -sicher auch eine Folge der Nachrichtenvermittlung, die Ursachen, Wirkungen und Konsequenzen von Ereignissen so gut wie ausblendet. Das heißt, das Wissen, das die Medien vermitteln, befähigt nicht, sachgerecht am politischen Geschehen teilzuhaben.

Sie kennen alle die These, daß die Wissenskluft zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen wächst. Das ist nicht zuletzt bedingt durch unterschiedliches Leseverhalten. So konnten wir in Untersuchungen feststellen, daß Schüler, die eifrige Leser sind, auch kompetenter mit dem Fernsehen umgehen. Lesen schult das Abstraktionsvermögen und verhilft zu einer viel besseren Verarbeitung der gebotenen Informationen, als das die bloßen Fernseher vermögen. Von daher wäre ein verbesserter Leseunterricht an den Schulen die Grundlage einer umfassenderen Medienkompetenz, die ihrerseits Voraussetzung für politische Kompetenz ist.

Wenn hier so ein wenig abschätzig von Medienpädagogik gesprochen wurde, möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir im Rahmen der Bertelsmann-Stiftung seit einigen Jahren das Modell einer integralen Medienpädagogik fördern, ein Projekt, das in Nordrhein-Westfalen schon Tausenden von Lehrern neue Erkenntnisse zur Leseförderung vermitteln konnte, die im Leseunterricht erfolgreich umgesetzt wurden. Man kann also schon etwas machen.

### **Gauly**

Was derzeit im Bereich der Wirtschaft und auch in den Wirtschaftsredaktionen diskutiert wird, betrifft eine Entwicklung, von der die Experten sagen, sie zeige den maßgeblichen Trend des 21. Jahrhunderts an, nämlich die Globalisierung der Märkte. Soweit sie bereits stattgefunden hat, insbesondere auf den Kapitalmärkten, zeigt sich, daß einzelne Unternehmen dadurch enorm unter Rationalisierungsdruck geraten sind.

Eine solche Globalisierung findet auch im Medienbereich statt, und diese Entwicklung verstärkt den Trend zur Ökonomisierung und Mediatisierung insgesamt. In diesem Zusammenhang ist es schon eine wichtige Frage, Herr Sommer, ob die Kompetenz der Bürger im Umgang mit den Medien entsprechend mitgewachsen ist oder nicht.

Bemerkenswerterweise hat die Medienpolitik bei uns diesen Trend zur Globalisierung und der zunehmenden Bedeutung der Medien in unserer Gesellschaft kaum Rechnung getragen. Es ist viel zu

spät erkannt worden, daß sich die Medienpolitik der Parteien nicht etwas überpointiert gesagt - auf die Besetzung von Intendanten- und Chefredakteurposten beschränken darf, sondern daß sie sich auf die grundsätzliche Entwicklung der Medienlandschaft konzentrieren muß.

Die Gretchenfrage lautet doch: In welche Richtung soll sich unsere Mediengesellschaft entwickeln?

### **Korte**

Wer ist wir, Herr Gauly?

### **Gauly**

Die Gesellschaft. Die Frage ist: Überlassen wir die Entwicklung der Medien einfach sich selbst - mit explodierender Programmvierfalt, mit immer subtileren Verführungsmechanismen, mit einer zunehmend aggressiven Ökonomisierung, oder können und wollen Politik und Gesellschaft ein derartiges Fortschreiten bremsen? Und wie steht es überhaupt mit der Steuerungsfähigkeit des Mediensystems? Niklas Luhmann hat darauf hingewiesen, die Steuerungsfähigkeit der modernen, sich ausdifferenzierenden Systeme gehe gegen Null.

Herr Schulte-Hillen sagt, es gebe Sendungen, etwa bei RTL, die man besser nicht zeigen sollte - aber wenn RTL es nicht tue, würden es andere tun.

### **Schulte-Hillen**

Ich habe es anders gesagt.

### **Gauly**

Ich habe auch keine Antwort auf die Frage nach sinnvollen Korrekturmechanismen; aber die oben beschriebene Haltung ist mir zu resignativ.

Zur Steuerungsfähigkeit gehören auch die Fragen, die Herr Schlauch angesprochen hat, etwa die der Kontrolle der Konzentrationsprozesse und natürlich auch die der Medienkompetenz der Bürger. Wenn die Medien gesamtgesellschaftlich immer wichtiger werden, dann brauchen wir den "medienmündigen" Bürger. Ob wir das dann Medienkunde, Lebenskunde oder wie immer nennen, ist mir relativ gleichgültig; auf jeden Fall müssen die Kinder lernen - und nicht nur die Kinder;- , mit den Medien umzugehen, insbesondere mit Video und Fernsehen.

Meine Tochter war fünf Jahre alt, als sie eines Tages im Kindergarten von einem Jungen mit einem Springseil gewürgt wurde, der dabei schrie: Ich bin ein "Turtle", ich bin ein "Turtle". Der Junge hatte häufig die Sendung "Hero Turtles" in irgendeinem Privatsender gesehen.

Das ist kein Einzelbeispiel, und ich meine, wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir damit umgehen wollen, welches Instrumentarium wir Eltern, Kindergärtnerinnen, Lehrern an die Hand geben können. Dabei geht es sicher nicht um den Sachverstand, wie man einen Videorecorder oder den Computer bedient, sondern um die Ebenen, die Herr Grimm nannte. Denn eine aufgeklärte Mediengesellschaft bedarf der nachhaltigen Reflexion und der Aufklärung über die Vielfalt, Geschichte und Wirkung der Medien.

Zweifellos hat im Medienbereich in den letzten Jahren eine Beschleunigung stattgefunden, die Journalisten wie Politiker enorm unter Druck setzt. Das nimmt zum Teil schon absurde Erscheinungen an: Während die eine Partei eine Pressekonferenz gibt, muß die andere Partei bereits eine Stellungnahme dazu verfassen, obwohl sie die genaue Argumentation noch gar nicht kennt. Das hat sicher sehr viel mit den vorerwähnten Tendenzen zur Globalisierung und Ökonomisierung zu tun. Da wird nicht mehr nach irgendwelchen Inhalten gefragt, sondern der Redakteur wird einzig daran gemessen, ob er in der Lage ist mitzukriegen, was Kohl um 17.05 und Scharping um 17.06 gesagt haben. Und wehe ein Kollege hat das gemeldet, er aber nicht.

### **Engert**

Dazu will ich einen Witz erzählen. Zur Zeit des ersten Wahlkampfes von Willy Brandt kommt sein Pressechef Egon Bahr zu ihm und sagt ganz aufgeregt: "Willy, die CDU/CSU hat die Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert." Darauf Willy Brandt: "Melde, Egon, wir haben den ersten schon gehängt."

Mit anderen Worten: Das, was Sie sagen, Herr Gauly, hat mit der neuen Mediengesellschaft überhaupt nichts zu tun. Das lief damals ganz genauso ab.

**Gauly**

Ich sage nicht, daß es völlig neu ist, Herr Engert, aber der Druck hat sich dramatisch verstärkt. Schauen Sie sich einmal die alten Unterhaltungsshow an und vergleichen, wieviel Zeit vor 10,20 Jahren für ein Spiel, eine Pointe blieb und nach welchem Muster heute die Shows gestrickt sind; oder vergleichen Sie die Anteile der Live-Berichterstattung heute mit der vor 20 Jahren. Im Spielfilmbereich, um ein letztes Beispiel zu nennen, bleibt bei manchen Sendern nicht einmal die Zeit, den Abspann zu zeigen.

Nun hat Herr von Weizsäcker nach der Konsensfähigkeit in unserer Gesellschaft gefragt. Mich würde in der Tat interessieren, wie angesichts der immer weiteren Ausdifferenzierung, insbesondere im Medienbereich, überhaupt so etwas wie Konsens in unserer Gesellschaft und Demokratie noch zustande kommen kann. Angesichts der Vervielfachung der Fernsehprogramme werden zwangsläufig immer weniger Menschen die gleichen Informationen und die gleichen Unterhaltungssendungen abrufen. Sind nicht auch kollektive Medienerfahrungen Grundlage für Konsense, ohne die eine Demokratie nicht überleben kann?

**Holzer**

Ich stimme Herrn Gauly zu, daß die Geschwindigkeit in der Tat größer geworden ist. Kaum hat Kinkel das Weiße Haus verlassen, soll er schon Auskunft darüber geben, was in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten herausgekommen ist. Wenn er mehr Zeit zum Nachdenken gehabt hätte

...

**Sommer**

... hätte ihm das wahrscheinlich auch nicht viel geholfen.

**Brunnstein**

Herr Hoffmann-Riem sprach die vorrangige Bedeutung des Telekommunikationsrechts an. Es ist ja in der Tat interessant, in welche Richtung sich die Gesetzgebung für die neuen Medien entwickelt, soweit es die Freiheitsrechte des einzelnen betrifft, also die Eins-zu-eins-Verbindung - wobei es auch um wirtschaftliche Aspekte geht;- , etwa beim Bund in Form der Telekommunikationsgesetze. Auf der anderen Ebene, wo es um Verteilung und um Inhalte geht, etwa beim Schutz kultureller Güter, besteht Länderhoheit und gilt der Staatsvertrag.

Wie verhält es sich da beim interaktiven Fernsehen, das die individuelle Einflußnahme auf eine Sendung erlaubt: Ist das ein Fall für den Bund, weil dort die Freiheitsrechte des einzelnen im Spiel sind, oder handelt es sich um Inhalte, welche die kulturelle Ebene betreffen und für die deshalb die Ländergesetzgebung zuständig ist? Das ist nicht nur juristisch eine interessante Fragestellung, sondern betrifft die Aufgabenverteilung in unserem föderalen System generell.

Nun mahnt Herr Schulte-Hillen für die Entwicklung von Multimedia eine realistische Einschätzung an - so wie auch Herr Engert sagt: Der Neuigkeitswert nutzt sich sehr schnell ab. Daran möchte ich folgende Überlegung anschließen: Zunehmend wird bei uns die These vertreten, die Industriegesellschaft sei nicht mehr in der Lage, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen -wegen fehlender Produktinnovation und so weiter; deshalb müßte sie durch die Informationsgesellschaft abgelöst werden. Die wesentlichen Substrate der Informationsgesellschaft sind aber zum einen die neuen Medien - hinsichtlich der Darstellung und Verfügbarmachung von Informationen - und zum anderen die globalen Datenautobahnen.

Wenn dieses denn so stimmt und wir darauf setzen, daß die Informationsgesellschaft uns künftig mit den Arbeitsplätzen versorgen soll, die anderswo wegfallen, dann ist es natürlich fatal, wenn es aus kompetentem Munde heißt: Diese Möglichkeiten solltet Ihr mal auf keinen Fall überschätzen. Also wieder keine Hoffnung für die Lösung der Arbeitslosenproblematik?

Wenn man die Entwicklung der Informationsgesellschaft noch einmal kurz Revue passieren läßt: erste wissenschaftliche Ansätze vor circa dreißig Jahren; dann erste technische Umsetzungen - Audio, Video, Speicherung bewegter Bilder und Übertragung mit wachsender Geschwindigkeit. Daraufhin entdeckt die Industrie hier einen Markt - zunächst einige große japanische, amerikanische und auch europäische Hersteller - vom Großrechner bis zum PC. Das alles läßt sich gut an; neue Geräte mit größerer Speicherkapazität und höherer Geschwindigkeit werden erfunden.

Jetzt begreifen auch die Politiker allmählich, welche Möglichkeiten sich da auftun. Clinton und Gore nehmen dies in ihr Regierungsprogramm auf und proklamieren die führende amerikanische Rolle auf



diesem Sektor in der Weltwirtschaft. Man will eine nationale Informationsinfrastruktur schaffen. Japaner und Deutsche schließen sich an. Investitionsprogramme von an die 100 Milliarden US-Dollar werden aufgelegt. Die Supercomputer werden hergestellt, und gewissermaßen als Abfallprodukt davon entstehen in Japan die Multimediasysteme. Schließlich erfinden die Journalisten, angefuttert von den Herstellern, das Schlagwort "Multimedia" und verbreiten es so lange, bis es zum Wort des Jahres 1995 wird.

Alle Welt setzt also auf diese Entwicklung zu einer mediatisierten Welt und hofft, die Arbeitsmarktprobleme damit in den Griff zu bekommen.

Nun hat Herr Gauly zu Recht daraufhingewiesen, daß die Multimediatechnik eine Voraussetzung für die Globalisierung der Wirtschaft ist. Die Kommunikations- und die Computertechnik ermöglichen die beliebige Verteilung, aber auch wieder die Zusammenführung von Informationen, so daß die Produktion dorthin verlagert werden kann, wo sie wirtschaftlich am günstigsten ist. Die Folge: Siemens verlegt 4000 Programmiererarbeitsplätze - also an sich die innovativen Arbeitsplätze für die nächste Generation bei uns nach Indien und baut in Deutschland 10.000 Arbeitsplätze ab. Das heißt, die 4000 Arbeitsplätze in Indien sind nach wirtschaftlichen Maßstäben - Kostengünstigkeit, Qualität, Termintreue - so produktiv wie 10.000 in Deutschland.

Dieser Entwicklung, das werden wir erleben, werden sich Banken und Versicherungen sehr schnell anschließen und alle Rationalisierungsmöglichkeiten nutzen, indem sie Arbeitsgänge ins Ausland verlagern.

Wie steht es also mit dem Hoffnungsträger Informationsgesellschaft, Herr Schulte-Hillen? Sie sollen ja die neuen Arbeitsplätze bei uns eigentlich schaffen, und Herr Engert soll dafür werben. Statt dessen winken Sie beide ab und sagen, wir sollten nicht zuviel erwarten - eher weniger.

Wenn es somit schon keine Arbeit mehr gibt, dann kann ich aus all dem nur schließen: Die künftigen dreihundert oder fünfhundert Fernsehkanäle brauchen wir als Opium fürs Volk, die wir mit Information und Unterhaltung zudecken, weil Arbeit nicht mehr im Angebot ist. Wer meint, Surfing im Netz sei in erster Linie aktive Informationsarbeit, liegt völlig falsch; dies dient vielmehr vornehmlich der individuellen Vergnügung, und zwar auf eine höchst programmierte, also im Grunde phantasielose Weise.

Wirklich intelligente Informationsarbeit - das würde man "information brokerage" nennen, wo Sie im Netz suchen, zusammenstellen, evaluieren und so weiter;-, diese Entwicklung findet bei uns kaum statt, dagegen ganz massiv in Amerika und in Japan.

Die fünfhundert Fernsehkanäle, das ist das, was bei den Römern die Löwenkäfige waren. Insofern stimme ich auch Herrn Bisky zu, wenn er vom Ende der Aufklärung spricht. Talk-Shows sind genau die Informationsangebote, die die Leute über ihre persönliche Misere hinwegtäuschen. Eine Frage bleibt dabei allerdings offen: Wer soll das alles finanzieren, wenn die Leute nicht mehr genügend verdienen? Denn eines ist die Wirtschaft gewiß nicht: altruistisch.

### **Mestmäcker**

Um kurz auf Herrn Brunnstein einzugehen: Ich meine, wir fixieren uns in der Tat zu sehr auf die Vermehrung der Fernsehkanäle - zumal, wenn sie alle ähnliche Inhalte bringen. Ich sehe jedoch durchaus ein Potential für neue Arbeitsplätze, wenn auch weniger im Medienbereich. Jede dezentrale Datenverarbeitung stellt gleichzeitig einen Kommunikationsvorgang dar, und von daher haben wir es hier mit einer Technik zu tun, die potentiell alle Wirtschaftszweige erfaßt und auch Arbeitsplätze schafft, wie sich in den Vereinigten Staaten in einem erheblichen Maße zeigt.

### **Korte**

Wird das Medienthema aus einer historischen Perspektive betrachtet, so wird deutlich, daß auf diesem Feld unterhalb der politischen Ebene stets zwei unterschiedliche Systeme aufeinanderstoßen. Zum einen das ökonomische, bei dem es im wesentlichen darum geht: Wie komme ich in die Geldtasche anderer Leute hinein, um dort möglichst viel herauszuholen?, zum anderen das intellektuelle System der Informationsvermittlung, dem darum zu tun ist: Wie komme ich in die Köpfe anderer Menschen hinein? Diese Konstellation war immer konfliktrichtig und hat in der gesellschaftlichen Entwicklung zu jeweils sehr unterschiedlichen Ausprägungen geführt.

Was wir derzeit im Medienbereich erleben, ist ein Teilprozeß gesellschaftlicher Veränderungen, die sich in anderen Bereichen bereits zwanzig Jahre früher vollzogen haben, insbesondere auf dem Produktions-, aber auch im Dienstleistungssektor. Die Arbeitslosigkeit bei uns resultiert nicht zuletzt

aus der technischen Revolution, die Produktion und wichtige Dienstleistungsbereiche grundlegend verändert hat. Die jetzige Entwicklung bei den Medien ist also nur ein relativ kleiner Teil einer generellen langfristigen Umgestaltung in Wirtschaft und Gesellschaft, die weitgehend ungeahnt und ungeplant vonstatten geht.

Was in diesem Zusammenhang wichtig bleibt, wenn ich an Konzentrationskontrolle oder an Strukturprobleme im öffentlichen und im privaten Rundfunksystem denke, ist zu fragen: Wie können Exklusionen, Ausschließungen von Personen und auch Sachthemen, möglichst verhindert werden? Besteht also die Gefahr, daß die neuen Entwicklungen im Medienbereich zusätzliche Formen der Exklusion produzieren?

Hier ist das Wort "Massengeschmack" gefallen, und Herr Bisky nannte die Talk-Show das Ende der Aufklärung. Ich spreche jetzt nicht von den hochrangigen Diskussionen bei Erich Böhme und einigen anderen, sondern von jenen Nachmittags- oder Nachtveranstaltungen, an denen sich in diesem Jahr wohl an die vierzigtausend Bundesbürger beteiligen. Dabei geht es nicht um die großen Fragen von Politik und Kultur, sondern um Frau Meiers offene Beine oder die Potenzschwierigkeiten des Kaninchenbocks Emil und dergleichen. Ist dies nun Massengeschmack? Und gibt es irgendwelche Kriterien, nach denen so etwas tunlichst zu unterbinden sei? Jahrelang haben wir "broadcast for the people" gefordert. Nun engagieren sich die people, und jetzt ist es uns auch wieder nicht recht.

### **Holzer**

Die people engagieren sich doch nicht.

### **Korte**

Zumindest sollte es uns zum Nachdenken anregen, wenn immer mehr Menschen beim Mediensystem involviert sind.

Ich kann auch wenig mit all den kulturkritischen Äußerungen anfangen, wenn befürchtet wird, die neuen Medien stellen eine Gefahr für unsere Kinder dar und dergleichen. Meine Studentinnen und Studenten finden sich mit dem System bestens zurecht, und meine vierzehnjährige Tochter kann auch schon sehr gut damit umgehen. Als im vergangenen Jahrhundert die Lesegesellschaften, als der Rundfunk und das Fernsehen eingeführt wurden, immer fand die gleiche Debatte statt: Das ist schädlich für unsere Kinder, macht sie lebensuntüchtig und gefährdet die Moral. Wir selbst sind doch auch relativ lebensuntüchtig geworden, obgleich wir als Kinder und Jugendliche die von den Eltern verbotenen Sendungen gehört und gesehen haben.

Wenn die rechtlichen Probleme, die hier angesprochen wurden, gelöst werden und sichergestellt wird, daß keine Exklusionen stattfinden, dann sollten wir auf jede Art von Bevormundung verzichten, die man sich in kleinen elitären Zirkeln ausdenkt. Die Menschen können mit all diesen Dingen recht gut umgehen. Sie haben es mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen gelernt und werden es auch mit den privaten Medien lernen.

Es mag sein, daß das politische System in dem einen oder anderen Fall unter den neuen Entwicklungen leidet, aber man kann doch beim besten Willen nicht behaupten, die Medien würden unser gesellschaftliches und politisches System grundsätzlich in Frage stellen. Mein Eindruck ist mitunter ganz das Gegenteil: Wann immer irgendwo eine Schweinerei aufgedeckt oder ein Filz angeprangert wird, sind es meist die Medien, die das dankenswerterweise ans Tageslicht bringen. Ich verstehe also die ganze Aufregung um die Medien nicht.

### **Bisky**

Nur eine Anmerkung zum Thema Aufklärung, Herr Korte. Natürlich gibt es auch bei den Talk-Shows anregende, kreative Elemente. Das leugne ich gar nicht. Was ich gemeint habe, sind jene Diskussionen, die die unmittelbare Politik betreffen.

Da lasse ich mich wie in einem Boxring auf einen Schlagabtausch mit Herrn Stolpe über die Fusionsfrage ein, und einer vom Fernsehen moderiert. Sind wir denn noch bei Trost, daß wir uns da wie im Zirkus vorführen lassen ohne den Hauch einer Chance für eine sachliche Auseinandersetzung? Das halte ich allerdings für eine bedrohliche Tendenz, wenn sich die Politiker nur noch auf der Ebene der Schlagworte präsentieren, der rationale Diskurs auf der Strecke bleibt und die Emotionen dominieren.

### **Kielinger**

Aber solche öffentlichen Debatten haben berühmte Vorbilder. Ich denke etwa an Abraham Lincoln, der mit seinem Kontrahenten Stephen A. Douglas 1858 im Kampf um einen Senatssitz siebenmal öffentlich die Klänge kreuzte. Es gab damals zwar noch kein Fernsehen, aber die Klärung der Sachverhalte in der strittigen Auseinandersetzung kam doch zu ihrem Recht.

### **Bisky**

Dagegen wende ich mich nicht. Natürlich muß um die Dinge im Streitgespräch gerungen werden. Was ich beanstande, sind diese Scheindiskussionen, die nur vortäuschen, daß da eine Auseinandersetzung um die Sache geführt wird. Oder glauben Sie, es ist eine Diskussion, wenn man in dreißig Sekunden öffentlich kundtun soll, wie die Arbeitslosigkeit zu beseitigen ist?

### **Korte**

Das würde Ihnen auch in drei Stunden nicht gelingen.

### **Meckel**

Was fördert und was hemmt Verantwortung in Politik und Medien? Im Grunde ist das ein altes Thema. Ich meine, da kommen wir mit Pauschalaussagen über die Politik oder die Medien nicht viel weiter. Das trägt allenfalls zur Diskreditierung beider Bereiche bei.

Wie können wir in den Medien Strukturen schaffen, die Emanzipation und Entscheidungsfähigkeit des Bürgers fördern? Können wir etwas dazu beitragen, daß die Medien die Wirklichkeit so abbilden, daß wir in der Lage sind, Alternativen in der politischen Praxis wahrzunehmen, ohne die Sachverhalte zu simplifizieren? Natürlich, Politiker müssen versuchen, komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen und so auf den Punkt zu bringen, daß sie zu handhabbaren Alternativen werden, die aber den komplexen Sachverhalten gerecht werden. Dieser Schwierigkeit sehen sich Politik und Medien gleichermaßen ausgesetzt. Die Gefahr besteht immer, daß beide nur noch vereinfachen und die Komplexität aus dem Auge verlieren.

Wenn wir uns fragen, wodurch politisches Handeln initiiert wird, dann kann ich nur bestätigen, was schon gesagt wurde: nicht durch die Medien, sondern durch persönliche Begegnungen und konkrete Erfahrungen, die bei einem selbst etwas in Bewegung setzen. Das heißt, Politik hat sehr viel mit Kommunikation zu tun. Helmut Kohls große Fähigkeit zum Machterhalt besteht sicher darin, differenzierte personelle Beziehungen zu knüpfen und unabhängig von Sachfragen eine sehr geschickte Personalpolitik zu treiben - mit der Folge, daß bestimmte Leute sich mitunter sehr plötzlich aus seinem Umfeld vertrieben sahen.

Auch in der Politik kommt also der menschlichen Begegnung und Erfahrung große Bedeutung zu. Aber dazu gehören genauso bestimmte materielle Voraussetzungen. Wenn ich daran denke, daß wir 1989 den Aufruf zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Ostdeutschland mit der Schreibmaschine geschrieben und mühsam vervielfältigt haben, mit Durchschlagpapier - und kaum ein, zwei Jahre später hantierten wir ganz normal mit Fax und allen anderen Kommunikationstechniken. Das hat das Handeln sicher erheblich vereinfacht, ohne daß ich den Eindruck habe, wir wären vorher soviel weniger effektiv gewesen. Dennoch sollten wir in der Politik alle gebotenen Möglichkeiten nutzen, auch die neuen Medien.

Die Abgeordnetenbüros im Deutschen Bundestag sind bis heute nicht ans Internet angeschlossen; die Parteien fangen gerade erst damit an. Im Grunde rennt die Politik hinter der ganzen Entwicklung hinterher.

### **Böhmer**

Der Bundestag ist bereits im Internet und einzelne Abgeordnete auch.

### **Meckel**

Mein Büro jedenfalls nicht.

### **Böhmer**

Bei mir ist es installiert und bei Herrn Schlauch auch. Ich empfehle Ihnen, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen.

### **Martiny**

Ich habe meine politische Laufbahn in den sechziger Jahren in Bayern begonnen und bin relativ schnell Abgeordnete geworden. Damals war man in dieser Position noch wirklich eine Autorität und wurde im Ortsverein um Auskunft zu politischen Sachverhalten gebeten; denn ich konnte über Dinge berichten, die die anderen nicht kannten, weil sie nicht so nahe dran waren wie ich. Über meinen regelmäßigen Bericht aus Bonn schrieben dann die Lokalzeitungen.

Das stellt sich heute völlig anders dar. Abgeordnete sind keine Sachautoritäten mehr, und die Lokalpresse berichtet nur noch, wenn es um lokale Inhalte geht - und das ist in der Bundespolitik nur sehr selten gegeben. Zudem darf man als Bundespolitiker auch keine falschen Erwartungen wecken; denn ob eine Bundesstraße verlegt oder der Flughafen München 2 gebaut wird - wogegen ich tapfer gekämpft habe;- , entschieden wird das anderswo.

Das heißt, sowohl in der Politik als auch in den Medien ist die Kompetenz generell geschrumpft und die Nähe zum Bürger auch.

Hinzu kommt - und das empfinde ich als besonders prekär;- , diejenigen, die mit ihren Aussagen überhaupt zur Kenntnis genommen werden, sind nur ganz wenige Köpfe: die Parteivorsitzenden, hin und wieder Ausschußvorsitzende und vielleicht - wenn das Thema nicht allzu bedeutend ist - die Sprecher der einzelnen Fraktionen. Wer sich sonst noch Gedanken macht oder meint, er oder sie habe etwas zu sagen, kann dies ungestraft tun, er oder sie wird sich aber nirgendwo wiederfinden. Das heißt, durch die Begrenztheit der Öffentlichkeit entstehen viele sogenannte "Hinterbänkler".

Wenn Sie die Leute fragen - ich habe das einmal für ein Buch recherchiert;- , ob sie die Abgeordneten ihres Wahlkreises kennen - Bundestag oder Landtag und wer politisch sonst auf Kreis- oder Lokalebene zuständig ist;- , stellen Sie fest, daß fast niemand von denen bekannt ist. Dabei sind sehr viele von ihnen durchaus keine Schwachköpfe. Die Journalisten haben als Maßlatte für ihre Bedeutung immerhin die Auflagenhöhe ihrer Zeitung beziehungsweise die Leserbriefresonanz. Aber woran bemißt sich die Wertigkeit dessen, was ein Politiker oder eine Politikerin zu sagen haben? Dafür gibt es weder einen Maßstab noch ein Kontrollinstrument.

Ich möchte Sie jetzt nur noch mit einer Zahl beeindrucken: Zwei Prozent aller Deutschen sind Mitglieder in politischen Parteien. Jeder, der einmal in einer Partei aktiv dabei war, weiß, daß sich von denen gewöhnlich zehn Prozent an der Arbeit beteiligen. Mit anderen Worten: 0,2 Prozent aller Deutschen entscheiden über die Personenauswahl sämtlicher Mandate, Rundfunkratsitze, Parteiprogramme und so weiter, während 99,8 Prozent der Deutschen beiseite stehen. Wenn es wenigstens fünf Prozent wären, die sich beteiligten, vielleicht hätten wir dann ganz andere Leute in der Politik. Herr Kielinger sprach von Produktverbesserung - sicher ein erstrebenswertes Ziel für die Politik. Dafür müßten sich aber mehr und andere Männer und Frauen - vor allem Frauen - zur Verfügung stellen.

In dem Zusammenhang will ich zwei Beispiele aus der aktuellen Situation im Nahen Osten erwähnen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht sich zur Zeit um die Schulung von Fernsehjournalisten in Arafats Reich. Da ist ein Dreierteam, geführt von dem inzwischen pensionierten Rudolf Rohlinger unterwegs, um den Palästinensern zu erklären, was kritischer Journalismus heißt - im Gegensatz zu dem Verherrlichungsjournalismus, den Arafat am liebsten hat. Das ist insofern gar nicht so einfach, weil Arafat die Personenauswahl für die Teilnahme an dieser Schulung weitgehend selbst trifft und dabei ihm nahestehende Verwandte oder verdienstvolle Mitstreiter berücksichtigt.

Das zweite Beispiel: Das amerikanische "National Democratic Institute" beobachtet zur Zeit das neugewählte palästinensische Parlament, und die Verantwortliche für diese Untersuchung berichtete mir kürzlich voller Begeisterung, mit welcher Ernsthaftigkeit die palästinensischen Parlamentarier ihr Amt wahrnehmen. Dabei müssen sie alles erst von Grund auf lernen: wie man eine Geschäftsordnung für das Parlament macht, wie ein Ausschuß funktioniert und so weiter. Solches Arbeitsethos wäre uns zu wünschen.

## **Donsbach**

Sie sprechen die 0,2 Prozent aktiven Parteimitglieder bei uns an, Frau Martiny, die de facto über die Auswahl der Politiker in unserem Land entscheiden. Dabei versuchen die in zunehmendem Maße zu antizipieren, was denn wohl beim Rest der Bevölkerung - den verbleibenden 99,8 Prozent - am besten ankommt. So weit ist die Popularisierung der Politik inzwischen gediehen.

Das ist in Amerika noch weiterentwickelt. Beispielsweise hat George Bush seinerzeit als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft Don Quayle nominiert, weil Bush als älterer Herr für die jüngeren Wähler, insbesondere die weiblichen Geschlechts, ein attraktives Pendant brauchte. Diese Entscheidung

wurde also allein aus demoskopischen Erwägungen von einem der spin doctors durchgesetzt - wenn Sie so wollen, eine rein populistische Maßnahme.

### **von Weizsäcker**

Ich möchte aber die amerikanischen Wählerinnen doch vor dem Verdacht in Schutz nehmen, sie hätten vornehmlich für Don Quayle gestimmt.

### **Korte**

Als wir eben in die Kaffeepause gingen, hat Herr Mestmäcker mich gefragt, gegen wen mein Gesprächsbeitrag gerichtet gewesen sei. Ich habe gesagt, er richtete sich im wesentlichen gegen die unterschwellige Vorstellung, da sei etwas Schlechtes im Gange, das auch kulturell nicht akzeptabel sei. Und wenn von Massengeschmack die Rede ist, war mir das schon von jeher verdächtig. Das Geschmacksurteil kann jedenfalls die normative Debatte, die wir gerade mit hoher Kompetenz hier vorgeführt bekamen, nicht ersetzen. Weder der Nachweis von Statistik noch die Demonstration technischer Fähigkeiten kann ersetzen, wie das normativ geregelt sein soll. Irgendwelche Vermutungen über schrumpfende oder steigende Werthaltungen helfen uns nicht viel weiter. Vielmehr geht es darum zu fragen: Welche Prinzipien müssen beachtet werden, um Exklusionen zu verhindern oder um Kompetenz zu erzeugen, die das Auswählen ermöglicht - wobei ich einen kleinen kulturkritischen Unterton auch bei Ihnen heraushöre, Herr Grimm.

Mit anderen Worten: Ich möchte verhindern, daß die Geschmacksurteile von moralisierenden Intellektuellen die normative Debatte ersetzen. Deswegen habe ich die banalen Talk-Show-Beispiele gewählt, um deutlich zu machen, es reicht nicht, hier mit Erlaubnis oder Verbot zu operieren.

Wenn wir eine normative Debatte führen, sind wir sehr schnell bei der Frage: Wie entsteht eigentlich Kompetenz, von der hier mehrfach die Rede war? Da kommt dann das Bildungssystem ins Spiel - und wie es um dieses bestellt ist, haben wir auch schon gehört.

Wie steht es um ein Phänomen, das hier immer wieder auftaucht, die sogenannte Globalisierung? Mein Eindruck ist, die findet im wesentlichen in den Medien statt. Abgesehen von der Globalisierung der Kapitalströme können mir meine nationalökonomischen Kollegen keinen einzigen Indikator dafür benennen, daß Globalisierung etwas anderes ist als Internationalisierung oder Regionalisierung, die es immer schon gegeben hat. Die Exportquote, die in dem Zusammenhang angeführt wird, war 1913 genauso hoch wie heute. Gleichwohl werde ich niemandem verbieten, weiterhin die Vokabel zu gebrauchen, auch wenn die Debatte insofern schädlich sein kann, weil sie Überlegungen Vorschub leistet, die eine Renationalisierung unserer Wirtschaftsprozesse befürworten. Ich werde auch von keinem Journalisten verlangen, er müsse erst einmal ein nationalökonomisches Seminar besuchen, um die entsprechende Kompetenz bei diesem Thema zu gewinnen.

Bei der normativen Debatte, die zu führen ist, sollten wir jedoch eines beachten: Wir haben in unserer Gesellschaft bereits eine derartige Regelungsdichte erreicht, daß wir uns hüten sollten, noch neue Regulative draufzusatteln. Alle utopischen Modelle, ob positiv oder negativ - angefangen bei Campanella und Thomas Morus, bis hin zum zuletzt gescheiterten sozialistischen Experiment;-, zeichneten sich geradezu durch eine Regelungspathologie aus. Das heißt, die normative Debatte muß darüber geführt werden, wie das bestehende System verändert werden kann, und nicht, wie neue Gesetze und Regeln hinzukommen.

### **Brunnstein**

In der Tat, Herr Korte, den Journalisten würde es wenig helfen, erst einmal Nationalökonomie zu studieren, bevor sie über Globalisierung schreiben. Denn Nationalökonomie hat keine Instrumente, um derartige Prozesse zu messen. Um ein Beispiel zu geben: Wenn Siemens in Deutschland und in Indien produziert, wo findet dann die eigentliche Wertschöpfung statt? Wie kommt es, daß Siemens dafür in Deutschland keine Steuern zahlt? Ich könnte Ihnen zahllose Beispiele dieser Art nennen. Für alle diese hochgradig vernetzten Systeme verfügen wir nationalökonomisch über keinerlei Meßinstrumente.

### **Mestmäcker**

Wenn man es nicht messen kann, bedeutet es doch nicht, daß man das Problem nicht nationalökonomisch zu erfassen in der Lage ist. Das sind zwei ganz verschiedene Aspekte.

### **Brunnstein**

Dies entzieht sich der nationalökonomischen Diskussion überhaupt, weil es sich hier um transnationale Prozesse handelt.

### **Korte**

Da hat Herr Brunstein recht; es fehlt an geeigneten nationalökonomischen Indikatoren, um das sachgerecht zu beurteilen, was gegenwärtig an Globalisierungsprozessen abläuft.

### **Riehl-Heyse**

Natürlich haben Sie recht, Herr Korte, daß wir niemandem verbieten sollten, sich über Geschmacklosigkeiten und Banalitäten in Talk-Shows zu unterhalten. Ich muß aber auch sagen dürfen, daß das Schrott ist, ohne daß Sie mich deshalb der kulturellen Arroganz bezichtigen. Wenn manche Leute ihrem Voyeurismus oder Exhibitionismus frönen wollen, habe ich nichts dagegen.

Nun wird uns hier verkündet, demnächst könnten wir zwischen 300 oder 500 Fernsehkanälen wählen - ich habe sogar schon von 2000 weltweit reden hören, die wir in der globalen Medienwelt alle anzapfen können. Mein Gott, was kann ich mir da alles reinziehen. Dies wird aber eine unausweichliche Konsequenz haben: Das Fernsehen verliert insgesamt an Bedeutung; denn 300, 500 oder 2000 Programme sind so gut wie gar kein Programm. Worüber wollen die Leute dann noch miteinander reden, wenn der eine Bauchtanz aus Marokko und der andere irgendeine Boxveranstaltung in Amerika gesehen hat?

Unabhängig davon, ob es dann die ARD noch geben wird oder nicht, irgendwann wird es ein wenig lächerlich werden, wenn bayerische Rundfunkräte stundenlang darüber debattieren, ob ein bestimmter Minister zu lang oder zu kurz im Bayerischen Fernsehen aufgetreten ist, weil so wenige Leute noch zuschauen, daß es ohnehin egal ist.

In dem Falle brauchen wir uns aber auch keine Gedanken mehr über die Herstellung angemessener Bedingungen für den öffentlichen Diskurs oder über Voraussetzungen zur besseren Konsensfindung in der Demokratie zu machen. Damit haben dann Rundfunk, Fernsehen - Internet sowieso - in Zukunft nichts mehr zu tun.

Meine Hoffnung angesichts solcher Perspektiven ist, daß die Printmedien wieder an Bedeutung gewinnen werden - die im übrigen heute schon viel mehr Einfluß haben, als gegenwärtig immer so behauptet wird. Es gibt Medienreichweitenanalysen, die belegen, daß in Deutschland alleine die überregionalen Zeitungen - ZEIT, Spiegel, FAZ, Süddeutsche, Frankfurter Rundschau - zwischen sieben und zehn Millionen Leser haben - abgesehen von den Provinzzeitungen, die vieles aus den Überregionalen übernehmen und damit ein zusätzlicher Multiplikator sind. Ich meine, die Printmedien werden einfach deshalb wichtiger werden, weil sich so komplexe Themen wie Spardebatte, Rentenreform, Steuerreform anders gar nicht vermitteln lassen, wenn die großen Zeitungen hier nicht ihren Beitrag leisten.

Deshalb sollten wir eher einmal darüber nachdenken, wie man die Zeitungen stützen kann. Unser Problem ist nicht so sehr die Auflagenhöhe, die zum Teil erfreulich gestiegen ist. Was uns Sorgen macht, ist die Anzeigenseite, die über die wirtschaftliche Tragfähigkeit bestimmt.

Wenn es dahin kommt, daß in absehbarer Zeit Stellenanzeigen, Grundstücks- und Häuserangebote und so weiter viel besser im Internet abrufbar sind, weil da die mich interessierenden Informationen auf Knopfdruck zusammenzustellen sind, dann werden die Zeitungen auf die Dauer leer ausgehen, und der Anzeigenmarkt bricht uns weg. Das würde das Ende für die Zeitungen bedeuten. Sind da rechtliche Möglichkeiten vorstellbar, die Zeitungen zu schützen? Könnte man beispielsweise Zeitungsverleger auf irgendeine Weise privilegieren, oder schreitet dann sofort das Bundesverfassungsgericht ein?

Vielleicht meinen Sie ja auch, es sei ohnehin nicht so wichtig für die Gesellschaft, ob die Zeitungen überleben; irgendwie werden wir uns schon verständigen, und sei es übers Internet.

### **Reuther**

Denken Sie an eine öffentlich-rechtliche Zeitung, Herr Riehl-Heyse?

### **Riehl-Heyse**

Das gerade nicht. Aber es gibt doch heute schon Privilegien für Verleger; vielleicht müssen die in Zukunft sehr viel ausgeprägter sein, um Artikel 5 des Grundgesetzes auf die Dauer gerecht zu werden.

## Mestmäcker

Ich schließe an die Diskussion an, inwieweit Strukturen die Wahrnehmung von Verantwortung in der Demokratie erleichtern oder erschweren. Diese Frage, Herr Schlauch, entscheidet sich nicht daran, ob der einzelne für ein Angebot bezahlen muß oder nicht. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen verlangt Gebühren, die Sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch dann zahlen müssen, wenn Sie ein Gerät haben, mit dem Sie die entsprechenden Programme nicht empfangen können. Das werbefinanzierte Fernsehen wird im wesentlichen von der Konsumgüterindustrie bezahlt, was in die Verbraucherpreise eingeht. Auch die Zeitungen sind überwiegend, etwa zu 60 Prozent, werbefinanziert. Dort wird aber der strukturelle Gegensatz zwischen den Erfordernissen der freien Meinungsbildung und der Demokratie auf der einen Seite und den wirtschaftlichen Aspekten auf der anderen nicht thematisiert. Auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt hier ausdrücklich die Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip.

Womit ich Schwierigkeiten habe, Herr Grimm, ist, wenn Sie sagen: Es kommt auf ein demokratienotwendiges Angebot an. Darunter kann ich mir nur schwer etwas vorstellen, und ich weiß auch nicht, wie die Nachfrage danach aussehen soll. Dazu erklärt uns nun Herr Hoffmann-Riem das erstaunliche Prinzip: Auch wenn keiner mehr die Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nachfragt, sind sie immer noch notwendig. Das erinnert fast an Kant: Auch wenn die Welt untergeht, muß der letzte Bösewicht der gerechten Strafe zugeführt werden. Aber dies kann doch nicht ernsthaft der Kernpunkt für die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sein.

Wenn die neuen Techniken unzweifelhaft auf den gesellschaftlichen Wandel im allgemeinen und den Wandel der Medien im besonderen in erheblichem Maße einwirken und weitreichende Veränderungen auslösen, dann reicht es nicht aus zu sagen: Die überkommenen Institutionen sind es, die die demokratischen Willensbildungsprozesse gewährleisten, und deshalb müssen sie in ihrer bestehenden Struktur geschützt werden. Was das Bundesverfassungsgericht im Maastricht-Urteil zum Schlüsselpunkt für die Verfassungsmäßigkeit der gesamten europäischen Integration gemacht hat, ist die Beteiligung des einzelnen Bürgers an Wahlen, die Willensbildung des repräsentativen Parlaments und die darauf beruhende Legitimation der Delegation von Hoheitsbefugnissen.

Von daher kann es mit dem Demokratieprinzip nicht unvereinbar sein, wenn man im Hinblick auf die elektronischen Medien nicht in erster Linie auf die Erhaltung von Strukturen und Organisationen sieht, sondern auf den einzelnen Bürger abstellt. Und hier steht als gesondertes Individualrecht das Prinzip der Meinungsfreiheit im Vordergrund, das aber in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen der institutionellen Garantie der Rundfunkfreiheit praktisch nicht mehr berücksichtigt wird.

Herr Grimm sieht nun die Dienstleistungsfunktion als Maßstab für die Beurteilung der Rundfunkstrukturen eher kritisch. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes die das Bundesverfassungsgericht kürzlich für die deutsche Verfassung anerkannt hat unterscheidet sich aber von der Rechtsprechung zur Pressefreiheit nicht etwa dadurch, daß sie feststellt: Rundfunk ist Dienstleistung, Dienstleistung ist Markt, und Infolgedessen gilt hier nur das Wettbewerbsprinzip, sondern es heißt dort ausdrücklich: Die Dienstleistungsfreiheit steht unter dem Vorbehalt, daß diejenigen Maßnahmen ausgenommen sind, die für die Aufrechterhaltung einer pluralistischen Rundfunkordnung unerlässlich sind. Soweit dies in Frage steht, treten die marktbezogenen Kriterien des europäischen Gemeinschaftsrechts zurück.

Das entspricht im übrigen auch der Rechtsprechung zur europäischen Menschenrechtskonvention in Straßburg. Der prinzipielle und grundlegende Unterschied zur institutionellen Garantie der Rundfunkfreiheit in unserer Rechtsprechung besteht aber darin, daß auf der europäischen Ebene das strikte Verhältnismäßigkeitsprinzip gilt. Das heißt, es muß in jedem Fall geprüft werden, ob Einschränkungen, die in der einzelstaatlichen Gesetzgebung vorgesehen sind, tatsächlich unerlässlich sind, um die Rundfunkfreiheit zu gewährleisten.

Meine eigene Kritik an der Erhaltung der bestehenden institutionellen Struktur liegt dort, wo das Bundesverfassungsgericht sagt: Die Rundfunkfreiheit ist eine Gestaltungsaufgabe für den Gesetzgeber in den Ländern, der dabei nicht an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gebunden ist, sondern alles tun darf, was er für zweckmäßig hält, um die Rundfunkfreiheit tatsächlich zu gewährleisten. Unter diesem Gesichtspunkt ist es dann auch ohne weiteres verfassungsmäßig, wenn die Zeitungsverleger in Nordrhein-Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk praktisch ein Kartell bilden und vereinbaren, daß die Zeitungsverleger im lokalen Bereich die Werbung machen und der WDR für das Programm zuständig ist.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich stelle damit nicht den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frage. Ich plädiere nur dafür, daß die Kriterien und Prinzipien, mit denen eine Abweichung vom Prinzip der individuellen Wahlfreiheit der Bürger gerechtfertigt wird, einen eindeutigen Bezug auf die zu gewährleistende Rundfunkfreiheit aufweisen müssen. Das ist in der gegenwärtigen Situation deshalb von ausschlaggebender Bedeutung - thesenhaft formuliert;- , weil diejenigen Prinzipien, die das Bundesverfassungsgericht in der dualen Rundfunkordnung für das Verhältnis des öffentlich-rechtlichen zum privaten Rundfunk reklamiert, mit den sogenannten neuen Medien schlicht unvereinbar sind. Die Gestaltungsaufgabe, die das Bundesverfassungsgericht der Rundfunkordnung zuweist, auf Multimedia, also die neuen Teledienste, anzuwenden, würde bedeuten, daß eine wirtschaftlich vernünftige Entwicklung dieses Bereichs unmöglich gemacht wird - und zwar nicht nur deshalb, weil dann sechzehn Länder - vorbehaltlich eines Staatsvertrages - verschiedene Regelungen treffen könnten.

Es geht mit anderen Worten um die Generalisierbarkeit der Prinzipien, die in der bisherigen Rechtsprechung entwickelt worden sind. Und da ist meine These, daß diese Prinzipien mit den sich entwickelnden neuen Medien und Diensten nicht vereinbar sind. Denn der Anwendungsbereich dieser neuen Dienste betrifft mehr das allgemeine Wirtschaftssystem als den traditionellen Rundfunk.

### **Brunstein**

Zur Frage Gebühr gegen Werbefinanzierung: Letztere bezahlt nicht die Werbeindustrie, sondern das wird, wie Sie sagen, Herr Mestmäcker, auf die Verbraucherpreise umgelegt. Der wichtige Unterschied ist jedoch: Die Höhe der Gebühr kennen Sie; wie hoch dagegen der Werbeanteil ist, den Sie beim Produktkauf mitbezahlen, wissen Sie nicht. In beiden Fällen zahlt der Konsument - doch während er in einem Fall weiß, woran er ist, bleibt ihm das im anderen Fall verborgen.

### **Mestmäcker**

Beim Pay-TV wissen Sie auch, wieviel es kostet.

### **Grimm**

Zweifellos beziehen Herr Mestmäcker und ich uns beide auf das Individuum - primär allerdings auf den Rezipienten, also jenen, der Rundfunk und Fernsehen konsumiert, und nicht auf denjenigen, der es verbreitet, den Veranstalter. Auch der Veranstalter hat natürlich Grundrechte; entscheidend ist für uns jedoch jenes Individuum, das die Informations- und die Unterhaltungssendungen bezieht und konsumiert. Worauf wir abzielen, ist, diesem Individuum und damit auch der Gesellschaft insgesamt eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Da kommen sowohl Gesichtspunkte der Persönlichkeitsentfaltung wie auch demokratische Aspekte ins Spiel. Diese Argumentation stützt sich auf zwei Säulen: eine individuelle und eine gesellschaftliche. Und für die Wahlfreiheit des Individuums ist auch wesentlich, daß sie nicht von einem paternalistischen Staat gewährt wird.

Worin wir uns offensichtlich unterscheiden, ist, daß ich in die Wahlfreiheit stärker als Herr Mestmäcker eine materielle Komponente miteinbeziehe. Ich denke, daß Wahlfreiheit auch Kompetenz voraussetzt. Der einzelne muß in der Lage sein zu beurteilen, was es eigentlich zu wählen gibt, bevor er kompetent wählen kann. Diese Fähigkeit erwirbt man nicht automatisch beim Eintritt ins Erwachsenenalter, während man bis zum 18. Lebensjahr nicht dazu befähigt ist. Vielmehr ist diese Kompetenz ständig gefährdet und muß deshalb immer wieder erneuert und gestützt werden. Auch das wiederum kann nicht in dem Sinne gemeint sein, daß ein paternalistischer Staat dem einzelnen vorschreibt, welche Rundfunk- und Fernsehprogramme er konsumieren darf und welche ihm schaden, aber in dem Sinne, daß das wählende Individuum überhaupt noch Wahlmöglichkeiten besitzt und weiß, was es wählen und sich entsprechend kompetent entscheiden kann.

Das ist mit Stützung gemeint, die aber nicht in Paternalismus umschlagen darf, sondern lediglich Alternativen präsent halten soll. Ob das soweit gehen kann, wie Herr Hoffmann-Riem überspitzt gesagt hat: Auch wenn niemand mehr den öffentlich-rechtlichen Rundfunk annimmt, muß er wählbar sein, ist eine andere Frage. Entscheidend ist, daß Wahlmöglichkeiten erhalten bleiben, und zwar nicht nur solche quantitativer Art.

### **Kielinger**

Auf die Politik angewendet, hieße der Grundsatz von Herrn Hoffmann-Riem: Auch wenn niemand mehr die Politiker wählt, muß diese Spezies als Alternative erhalten bleiben.

### **Schulte-Hillen**



Herr Grimm, die Qualität von Programmen hat einerseits sicher etwas damit zu tun, daß die Macher ihr Handwerk verstehen. Auf der anderen Seite spielt dabei aber auch die Ästhetik eine große Rolle, und die entzieht sich der demokratischen Willensbildung. Sie war vielmehr immer Sache einer Avantgarde, also elitär, wenn Sie so wollen.

Insofern fasziniert mich auch Ihre Argumentation, wie Sie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach einer Konstruktion suchen, damit der Bürger ihn wirklich braucht. Denn offensichtlich sind Sie der Überzeugung, der sei besser als die Privaten und setze Qualitätsmaßstäbe. Bei Zeitungen und Zeitschriften, die alle privatrechtlich organisiert sind, stellen sich solche Fragen offenbar nicht. Qualität konnte sich dort trotzdem entwickeln. Wollen Sie im Ernst für eine öffentlich-rechtliche Zeitung plädieren, damit der Bürger wirklich weiß, was gut und richtig ist?

Was machen wir eigentlich, wenn die Bürger das öffentlich-rechtliche Fernsehen - das ich durchaus erhalten sehen möchte, so halb elitär, wie ich bin - mehr und mehr ablehnen und sich für andere Programme entscheiden? Erklären wir dann den Bürger für inkompetent, oder kann es auch daran liegen, daß seine Interessen nicht genügend berücksichtigt werden?

### **Grimm**

Das ist zweifellos eine interessante Frage. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das vor einigen Jahren erlassene österreichische Rundfunkgesetz, das die Vorschrift enthielt: Alle Sendungen des ORF haben von hoher Qualität zu sein. Hier wird das Recht in der Tat in unsinniger Weise eingesetzt.

Die Qualität von publizistischen Beiträgen läßt sich rechtlich nicht anordnen. Es sind aber sehr wohl rechtliche Rahmenbedingungen denkbar, die dazu beitragen, daß qualitätsvolle Angebote gemacht werden und ein Publikum finden. Nur darum kann es gehen; ein anderer Maßstab steht dem Recht nicht zur Verfügung. Ob ein Artikel gut geschrieben oder eine Unterhaltungssendung anspruchsvoll gemacht ist, dafür gibt es keine rechtlichen Maßstäbe. Das Recht kann aber auf Organisations- und Strukturentscheidungen Einfluß nehmen, um Bedingungen zu ermöglichen, unter denen bestimmte Inhalte immerhin noch eine Chance haben, veröffentlicht zu werden.

Meine These ist, daß die Funktionsfähigkeit der Demokratie auch von der Qualität und Vielfalt des Medienangebots abhängt - wobei ich hinzufüge, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk natürlich nicht die einzig mögliche Antwort darauf ist.

Es lohnt aber zu fragen, welches Medienangebot sich eigentlich von allein durchsetzt, wofür also keine Vorsorge getroffen werden muß, und welches Angebot andererseits ohne ausdrückliche Vorsorge in Gefahr gerät zu verschwinden. Die Antwort fällt nicht schwer: Für Unterhaltungsprogramme, die viele Menschen gern sehen - und ja auch sehen sollen;-, brauchen wir keine Vorkehrungen zu treffen. Aber wir müssen sehr wohl darum besorgt sein, daß die Gesellschaft den Informations- und Reflexionsstand erhält, ohne den sie die komplizierten Probleme, vor denen sie steht, nicht lösen kann. Das heißt wiederum nicht - und das ist offenbar so schwer verständlich zu machen;-, daß den Konsumenten vorgeschrieben würde, was sie zu hören und zu lesen haben, sondern es bedeutet die Aufrechterhaltung der vollen Breite von Themen und Standpunkten.

Es kann natürlich sein, Herr Schulte-Hillen, daß ein Zustand eintritt, in dem eine Gesellschaft das nicht mehr will. Dann helfen auch keine verfassungsrechtlichen Vorkehrungen; denn das würde bedeuten, daß die Gesellschaft ihre demokratische Substanz verbraucht hat. Ich meine aber, wir können einiges vorher tun, damit dieser Fall nicht eintritt. Dazu gehört unter anderem, daß wir für das Medienwesen die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen schaffen.

### **Korte**

Vielleicht hat die Gesellschaft mittlerweile so viel an demokratischer Substanz entwickelt, daß sie all diese Vorkehrungen gar nicht mehr benötigt. Wie wollen Sie das entscheiden?

### **Grimm**

Auch diese Möglichkeit besteht; sie ist aber die weniger wahrscheinliche.

### **Bude**

Sie plädieren für die Erhaltung von Optionen - aber Sie müssen zugeben: in strukturkonservativer Perspektive; denn Sie orientieren sich an einer traditionell vorgebildeten Variationsbreite.

### **Grimm**

Das ist nichts Verwerfliches.

### **Bude**

Ganz sicher nicht.

### **Grimm**

Zu Herrn Riehl-Heyse möchte ich nur sagen: Die dreihundert Programme - meinerseits auch zweitausend - bedeuten nicht eine entsprechend große Zahl von Veranstaltern. Vielmehr sind die Väter ganz weniger Sendefamilien gerade dabei, "Buketts" zu schnüren, wie sie das selbst nennen. Diese Buketts bestehen dann vielleicht aus einem Vollprogramm, einem reinen Unterhaltungs- und einem reinen Sportprogramm und vielen anderen Spartenprogrammen, die nach Möglichkeit als Gesamtheit im Abonnement verkauft werden sollen. Das stellt uns dann vor neue Regulierungsprobleme.

Angesichts der entstehenden großen Unübersichtlichkeit braucht der normale Benutzer einen Programmführer, damit er sich überhaupt noch zurechtfinden kann. Dafür reicht die bisherige Information in den Zeitungen nicht mehr aus. Nun werden die Sendefamilien sicher versuchen, diese Führung selbst in die Hand zu bekommen. Will der Zuschauer etwa einen Krimi, dann soll es jedenfalls einer aus dem eigenen Bukett sein. Wie kann also dafür Sorge getragen werden, daß diese Führung fair und umfassend erfolgt, damit der Rezipient, der sich nicht auskennt, tatsächlich wählen kann?

Hinzu kommt, daß bei einer solchen Konstellation ein neues Konzentrations- und Zugangsproblem entsteht. Das verstärkt sich dadurch, daß wir dabei sind, die Verteilernetze zu privatisieren, die bislang öffentlich-rechtlich organisiert waren, nämlich bei der Post, und die war als staatliche Institution selbstverständlich an Grundrechte gebunden, insbesondere an den Gleichheitssatz und das Sozialstaatsgebot. Mit der Privatisierung wird nun nicht einfach der Eigentümer der Netze ausgewechselt, sondern der neue private Eigentümer kann selbst darüber verfügen, was er aufnimmt und was nicht. Das heißt, es stellt sich ein ganz neues Gleichheits- und Zugangsproblem, das eine Regulierung erforderlich macht. Man kann also nicht häufig genug betonen: Privatisierung heißt nicht automatisch Deregulierung, sondern verlangt in vielen Fällen sogar mehr Regulierung.

### **Sommer**

Wenn es um die Erhaltung von "Zeit", "Süddeutscher" oder "FAZ" geht, bekenne ich mich gern als Strukturkonservativer. Deshalb würde ich die Frage von Herrn Riehl-Heyse zuspitzen: Herr Grimm sagt, die Qualitätspresse sei demokratienotwendig. Wenn deren Existenz dadurch gefährdet würde, daß ihre tragenden finanziellen Säulen, nämlich der Immobilienmarkt und die Stellenanzeigen, ins Internet oder zu irgendwelchen Online-Diensten abwandern, würden Sie es dann für möglich halten, dieses Geschäft den Zeitungen vorzubehalten und die anderen davon auszuschließen?

### **Grimm**

Solche Fragen müssen Sie so subtil stellen, daß ich gar nicht merke, daß ich über künftige Rechtsprechung rede. Da ich es aber merke, kann ich dazu nichts sagen.

### **Sommer**

Könnten Sie zumindest die Prinzipien klarlegen, die Sie berücksichtigen würden?

### **Grimm**

Das Verfassungsgericht hat relativ frühzeitig gesagt und ist davon bisher nicht abgewichen: Sollte es Erscheinungen auf dem Pressemarkt geben - dabei war überwiegend an Konzentrationsprozesse gedacht;-, die befürchten lassen, daß die Vielfalt der Meinungen und Gesichtspunkte nicht mehr gewährleistet ist, dann sei vorstellbar, daß staatliche Gegensteuerungen vorgenommen würden. Wie die aussehen könnten, ist nicht gesagt worden.

### **Mestmäcker**

Ich stimme Ihnen zu, Herr Grimm, daß es neue Konzentrations- und Zugangsprobleme gibt, füge aber hinzu: Dies sind ihrer Struktur nach telekommunikations- und wirtschaftsrechtliche Probleme, die mit

eben dieser Begründung vom englischen Gesetzgeber aus der Rundfunkordnung heraus und in die Telekommunikationsordnung verwiesen werden. Vor der Frage stehen wir in gewisser Weise auch.

Das Konzentrationsproblem, das wir mit den Veranstalter-Familien im Rundfunk bekommen haben, ist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zurückzuführen. In den Urteilsgründen heißt es, Konzentrationskontrolle könne auch darin bestehen, daß ein Anteilseigner bei Programmveranstaltern nicht mehr als fünfundzwanzig Prozent halten dürfe. Daraus entstanden die Veranstalter-Familien. Wenn man sich in dem Zusammenhang das Kartellrecht angesehen hätte, wäre erkennbar gewesen: Da es sich um Gemeinschaftsunternehmen handelt, liegt eine Wettbewerbsbeschränkung vor, und die ist in der Regel verboten. Natürlich löst das Kartellrecht nicht alles. Worauf ich aber hinweisen möchte, ist, daß angesichts der grundsätzlichen wirtschaftlichen Bedeutung der Sachverhalte, um die es geht, die Konzentrationsrechtlichen Erfahrungen, die im Wirtschaftsbereich gemacht worden sind, auch in diesem Sektor berücksichtigt werden müssen.

### **Hoffmann-Riem**

Aus meiner Kompetenz als Rundfunkrechtler widerspreche ich Ihnen, Herr Mestmäcker: Angesichts der Tatsache, daß hier ein neues Regelungsproblem auftritt, nämlich das der Navigationshilfen, folgt nicht automatisch, daß dafür nicht mehr die Rundfunkordnung, sondern allein die Telekommunikationsordnung zuständig ist. Denn die Navigationshilfen sollen der Kommunikation im Rundfunkbereich dienen. Es geht bei der Regelung ihres Einsatzes um den Schutz der Rezipienten als Teilhaber an Massenkommunikation und deshalb um Rundfunkrecht.

### **Bude**

Mir scheint die Debatte über die Medien das Symptom einer Krise des Politischen zu sein. So sind gegenwärtig die territorialen Grundbedingungen von Nation, Staat, Demokratie gravierenden Irritationen ausgesetzt. Ich nenne nur den Verlust der nationalen Zinssouveränität durch die Globalisierung der Kapitalmärkte seit Mitte der achtziger Jahre. Das heißt, eines der Grundprobleme politischer Vermittlung heute besteht darin, daß Politiker deutlich machen müssen, bestimmte Probleme sind nicht mehr in einem nationalen Aktionsrahmen lösbar. Politik steht unter diesen Bedingungen vor einer grundsätzlichen Schwierigkeit: Sie muß Ungewißheit kommunizieren.

Für die deutsche Situation kommt hinzu - und das spielt in der politischen Kommentierung als Hintergrund eine große Rolle; -, daß die regulative Idee der Bundesrepublik abhanden gekommen ist, nämlich eine Arbeitnehmersgesellschaft zu sein. Auf diesem Grundmodell des Politischen konnten sich eigentlich bis 1989 ganz unterschiedliche Fraktionen verständigen, und auch der politische Journalismus griff darauf sozusagen als letzte Sinnressource immer wieder zurück. Dieses Modell entspricht aber immer weniger der gesellschaftlichen Realität - ich erwähne nur die Diskussion über die Geltung der Flächentarifverträge .

Von daher stellt sich die Frage - und die spielt auch bei der Diskussion über die Medien eine Rolle: Wie steht es um die neue regulative Idee der Bundesrepublik, nachdem das sozialdemokratische "Modell Deutschland" verbraucht und nachdem das Land wieder glücklich geeinigt ist?

Hier ist eine spezifische Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen. In Ostdeutschland dürfte die mentale politische Lage der Bevölkerung vor allem dadurch bedingt sein, daß sie auf politische Lösungen konditioniert ist, also daran glaubt, daß es für Probleme der Gesellschaft prinzipiell politische Lösungen gibt. In der Bundesrepublik-West dagegen sind Gruppen von Meinungsführern mehr und mehr Repräsentanten politischer Ungewißheit geworden.

Die Frage, die sich mir von daher stellt, ist: Wie steht es um die mediale Selbstreflexion dieser Träger politischer Ungewißheit, die ein neues Modell der Bundesrepublik unter veränderten globalen Bedingungen repräsentieren? Diese Funktion könnten, meine ich, beispielsweise die öffentlich-rechtlichen Sender übernehmen, wenn sie sich in bestimmter Weise entwickeln. Ein überzeugendes Beispiel dafür bietet für mich der virtuose Minimalist Gerd Ruge: Hoffnung durch Ungewißheit. Dies erscheint mir als eine zentrale Botschaft in seinen Reportagen über Rußland.

Darin drückt sich indirekt ein politisches Modell aus. Darin sehe ich eine spezifische politische Intelligenz des Mediums: daß es neuen Trägergruppen der politischen Ungewißheit als Ausdruck ihrer Selbstreflexion dient. Solche Strukturen als Option zu erhalten, ist nicht nur ein verfassungs- oder staatsrechtliches Problem, sondern in erster Linie eine Frage des journalistischen Angebots.

### **Kielinger**

Rußland als Vorbild für ein System der Ungewißheit?

**Engert**

Das ist ein Mißverständnis, Herr Kielinger. Hier geht es um die Vermittlung von Mentalität durch Publizistik und nicht um Rußland als Vorbild. Gerd Ruge tut das in seinen Sendungen mit ganz konservativer Machart. Er schildert, er belehrt nicht. Die Leute goutieren das. Seine letzte Sendung über Rußland bei der ARD hatte etwa drei Millionen Zuschauer.

**Klett**

Das meiste, was hier zu den Medien gesagt wurde, ist aus meiner Sicht viel zu negativ. Warum fällt es so schwer, die neuen Medien auch einmal als Chance für unsere Demokratie zu sehen? Nur ein Beispiel: Die neue Verfassung von Südafrika, die ins Internet eingespeist ist, wurde ständig abgerufen und hat eine breite politische Diskussion ausgelöst. Was uns die Zeitungen heute über das Sparpaket der Bundesregierung mitteilen, ist eigentlich lückenhaft. Ich würde es jedenfalls sehr begrüßt haben, wenn ich das ganze Programm im Internet gefunden hätte, einschließlich der Kommentare von Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Experten.

Dies würde eine umfassende Information zu einem wichtigen politischen Thema erheblich erleichtern und die Teilhabe an der politischen Diskussion in unserem Lande voranbringen. Dann brauchten wir vielleicht auch nicht so viel, darüber klagen, daß die Leute nicht in die Parteien hineingehen. Warum geschieht in dieser Hinsicht so wenig? Zumal sich die Entwicklung ohnehin nicht aufhalten läßt.

Statt daß wir uns über Sinn oder Unsinn von 300 oder 500 Fernsehprogrammen aufhalten, sollten wir uns besser Gedanken darüber machen, wie sich die unerhörten Möglichkeiten der neuen Medien nutzen lassen. Hier liegen für die Politik enorme Chancen, die einfach nicht genutzt werden. Das Grundgesetz finden Sie bis heute nur im Internet, wenn Sie in der Library of Congress in den USA suchen. Mein Eindruck ist, in Deutschland wird diese Entwicklung regelrecht verschlafen. Ich wünschte mir, die Politiker würden endlich begreifen, wie dadurch die ganze politische Diskussion belebt werden könnte.

**Kielinger**

Was das Internet bieten kann, ist doch im Grunde nur das Rohmaterial, während insbesondere die Zeitungen ihre Aufgabe darin sehen, die Texte zu interpretieren und dem Leser verständlich zu machen. Glauben Sie wirklich, durch Internet ließe sich die politische Diskussion wesentlich beleben?

**Klett**

Nicht ohne Grund wird immer wieder bedauert, daß wir in den Medien weniger die politischen Fakten, sondern vor allem Interpretationen dieser Fakten finden. Im Internet hätten Sie bei Bedarf beides: die umfassenden Informationen sowie Kommentare und Interpretationen. Überlassen Sie es doch dem mündigen Bürger, den wir bei jeder Gelegenheit beschwören, was er sich auswählen will.

Auf diese Weise könnten Sie den Leuten auch das Gefühl vermitteln, ernst genommen zu werden und am politischen Geschehen teilzuhaben. Vielleicht gehen sie dann eines Tages auch wieder in die Parteien.

**Sommer**

Das Grundgesetz steht in meinem Büro direkt hinter meinem Schreibtisch - versehen mit einer Vielzahl von Randnotizen, die ich nicht finde, wenn ich das Grundgesetz bei der Library of Congress im Internet abrufe.

**Böhmer**

Ich kann Sie nur bestätigen, Frau Klett. Im letzten Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz ist die dortige CDU erstmals ins Internet gegangen. Es war erstaunlich, wie viele junge Leute davon Gebrauch gemacht haben, die nie zu Wahlveranstaltungen gekommen wären. Da wurden auch nicht nur irgendwelche Texte abgerufen, Herr Kielinger, sondern es fand durchaus eine gewisse Kommunikation im Internet statt. Es wurden Fragen gestellt, die eine Antwort verlangten.

Hier eröffnet sich die Möglichkeit, bei Gruppen, die mit traditionellen Politikformen nicht anzusprechen sind, durch die modernen Medien, mit denen die jungen Leute wie selbstverständlich umgehen, ein Interesse für Politik zu wecken, weil sie sich auf diese Weise selbst in die Diskussion einbringen können. Dies ist in der Tat eine Chance, die wir besser nutzen sollten. Hier stehen wir noch am Anfang.

**Klett**

Zur Zeit finden Sie eher rechtsextreme Gruppen im Internet als eine politische Partei.

**Martiny**

Ich muß das doch ein wenig relativieren, Frau Böhmer. Ich habe mir kürzlich einmal den Text des Maastricht-Vertrages im Internet näher angesehen und kann nur sagen: der ist absolut unlesbar - wie im übrigen die meisten Gesetze und Gesetzesnovellen. Da wird verwiesen auf das frühere Gesetz vom Soundsovielten, mehrfach ergänzt durch die Gesetze A, B, C. Das heißt, einen originären zusammenhängenden Text bekommt man gar nicht zu Gesicht. Vielleicht könnte der Gesetzgeber sich wenigstens veranlaßt sehen, eine lesbare Version herzustellen, die dann ins Internet geht.

Mag sein, daß die Partizipation der politisch Interessierten durch das Internet besser wird, aber die Kandidatenauswahl ist durch das Wahlgesetz festgelegt, und an dessen Begrenzungen ändert auch die schönste Internet-Kommunikation nichts. Wenn die Leute nicht in die Parteien gehen, wird sich auch die Personalauswahl für politische Ämter in keiner Weise ändern.

**Holzer**

Ich halte doch dagegen: Qualifizierter Journalismus hat zum einen die Aufgabe, in der Informationsflut eine sachliche, also möglichst objektive Auswahl zu treffen. Seine weitere Funktion ist, eine Gewichtung vorzunehmen; denn die Bürger wollen und können schließlich nicht alles selber lesen und bewerten. Und drittens geht es darum, Zusammenhänge herzustellen und zu erläutern. Dies alles leistet ein guter Journalist - und das bietet Ihnen das Internet nicht.

Wie können also die Menschen die Informationen, die auf sie zukommen, bewältigen und verarbeiten? Die Informationsgesellschaft, von der alle reden, ist ja nicht mit einer informierten Gesellschaft gleichzusetzen, eher sollte man von einer desinformierten Gesellschaft sprechen. Und wenn junge Leute meinen, sie würden sich jetzt mit einer Sache auskennen, weil sie darüber im Internet gelesen haben, ist dies bestenfalls Selbsttäuschung.

Zum Thema Medienkompetenz und Politikkompetenz: Was soll da eigentlich den Medienbenutzern vermittelt werden außer so banalen Dingen, was der Unterschied zwischen Information und Meinung ist. Dazu bedarf es keiner Medienpädagogik. Um Medien kompetent nutzen zu können, braucht es Bildung, wie Theo Sommer sagte, und zwar in einem möglichst breiten Sinne. Sonst läßt sich mit den Informationen - ob richtig oder falsch - kaum etwas vernünftig anfangen. Mit Politikkompetenz verhält es sich im übrigen genauso - ohne politisches Vorbild ist auch die nicht zu haben.

**Picht**

Es gibt in Europa einen öffentlich-rechtlichen Kanal, der relativ wenig Zuschauer hat, aber eine hohe Wertigkeit besitzt, nämlich "arte". In den Auseinandersetzungen um diesen Sender fordert die eine Seite höhere Einschaltquoten, während die andere Seite sagt, "arte" sei ein so wichtiges kulturelles Laboratorium, daß man seine schmale, aber starke Wirkung nicht an Einschaltquoten messen sollte. Der zweite Maßstab sollte auch sonst gelten.

Unsere Diskussion hier bewegt sich hin und her zwischen Virtualität und Realität. Wir beklagen, die Medieninformation sei fragmentiert; dabei ist es die Wirklichkeit, die fragmentiert ist. Herr Korte will Exklusion in den Medien verhindern; dabei erleben wir Exklusion in starkem Maße in der Wirklichkeit. Da ist von Globalisierung der Medien die Rede, und es wird so getan, als habe es dies immer schon gegeben. Aber aus der Wirtschaft weiß ich, wie sehr die Globalisierung heute die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit in Frage stellt, und zwar in einem Maße, daß man eben nicht sagen kann, die Exportquote von 1913 war genauso hoch wie heute. Nein, hier ereignet sich wirklich etwas Neues.

Unser eigentliches Thema, so verstehe ich die Diskussion jedenfalls, ist die Frage nach der Macht - in der Wirklichkeit und in der Medienspiegelung. Ich vermute, die Macht in der Realität ist ebenso fragmentiert, wie dies in den Medien sich widerspiegelt.

Nun hat Herr Hoffmann-Riem so schön geschildert: Wo keine Macht ist, kann man sie spielen. Wo keine Demokratie ist, kann man eine Talk-Show-Scheindemokratie veranstalten. Wo Verwirrung herrscht, ruft man nach Medienpädagogik. Dabei wäre doch statt dessen zu fragen: Wie läßt sich Macht wiederherstellen und aufweichen Ebenen? Was können die Medien dazu beitragen, damit verantwortliche Macht wiederhergestellt wird? Was können die Medien leisten, und wie sollte man mit ihnen umgehen, um wirkliche Gestaltungsräume zu öffnen bei Problemen, die dringend einer Lösung bedürfen? Wie würde eine Demokratie aussehen, die nicht nur Talk-Shows veranstaltet, sondern die

versucht, unter den Bedingungen der Fragmentierung Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, um die Realität mit zu gestalten?

Ich erinnere an das Beispiel der Runden Tische. Ließen sich solche Runden Tische nicht organisieren, um in diesen fragmentierten politischen Schieflagen einen Ausweg zu finden? Und was tun die Medien, um eben diesen Prozeß in der Realität zu fördern? Wie können also Politiker, Medien und Bürger zusammenwirken, um aus der Kalamität, die alle sehen und bejammern, einen Ausweg zu suchen?

Ich glaube nicht, daß es uns weiterbringt, wenn die einen sagen: Das war schon immer so, seit Perikles, Machiavelli und Egon Bahr habe sich die Politik nicht geändert, während die anderen uns schöne neue Welten verheißen. Irgendwo dazwischen wird die Wahrheit liegen, und wir sollten uns bemühen, ihr schrittweise näherzukommen.

### **Brunnstein**

Die Diskussion zwischen Herrn Sommer, Herrn Riehl-Heyse, Herrn Holzer einerseits und Frau Klett andererseits macht einmal mehr deutlich, daß wir es hier nicht zuletzt mit einem Generationenkonflikt zu tun haben. Dazu gehört auch, wenn Herr Saxer empfiehlt, die Jüngeren sollten erst einmal lesen lernen. Dies übersieht, was sich auf dem Feld der neuen Medien tatsächlich ereignet hat.

Frau Klett sagt nicht mehr und nicht weniger, welche neuen Erfahrungen durch den umfassenderen Zugriff auf Informationen überhaupt möglich werden. Das heißt, Ihnen werden Informationen zugänglich, an die Sie sonst nicht herankommen, und zwar in einer unglaublichen Vielfältigkeit. Dabei verkenne ich durchaus nicht, daß damit auch Probleme verbunden sind.

Das Lesenlernen, Herr Saxer, hilft da nicht viel weiter - denn die Kommunikation im Internet läuft sehr stark eidetisch ab. Im Internet finden Sie immer mehr Bilder, Piktogramme und dergleichen, die nicht so sehr als Navigationshilfen dienen, sondern als etwas, was man "WYSIWYG" nennt - "What You See Is What You Get". Ich klicke drauf, und der Rechner macht vermeintlich das, was ich will. Es ist ein geradezu manischer Glaube, daß die Programme das tun, was die Leute von ihnen erwarten. Dabei wissen nicht einmal die Hersteller der Programme, ob und inwieweit Programme korrekt arbeiten. Deshalb finden Sie fast immer den Hinweis beigefügt: "Dieses Programm benutzen Sie auf eigene Gefahr. Wir garantieren nicht, daß es etwas Bestimmtes tatsächlich tut. Wenn das Programm kaputtgeht, ersetzen wir Ihnen die Diskette; aber Ihre Daten, die Ihnen verlorengehen, ersetzen wir nicht." Das nennt man dann Gewährleistung.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie kaufen ein Auto, und der Hersteller sagt: Wenn Ihnen ein Reifen abfällt, erhalten Sie von uns einen neuen; aber für die Folgen eines Unfalls, den Sie dadurch möglicherweise erleiden, müssen Sie selber aufkommen.

Eine wichtige und interessante Frage, die sich mit dem Aufkommen der neuen Medien stellt, lautet: Welches ist heute eigentlich das Leitmedium, und welches sind die zu- und untergeordneten Medien? Denn wir benutzen ja mehrere Medien gleichzeitig. Ich arbeite seit langem mit den Netzen, und für mich ist das Internet in meiner Arbeit unverzichtbar. Aber es ist nicht mein Leitmedium. Andere Leute benutzen das Internet sehr wohl als Leitmedium; denn die Art, wie sich Bilder, Grafiken, teilweise auch Klänge und Tonsequenzen mit Texten flexibel koordinieren lassen, reichert auch die Informationsgehalte enorm an. Ich will aber nicht behaupten, daß auf diese Weise ebenso das Wissen bereichert wird.

Ich unterstreiche noch einmal: Es findet auch ein Generationenkonflikt statt. Wenn Sie über die Thesen, die wir hier diskutieren, mit jüngeren Leuten reden, werden Sie auf absolutes Unverständnis stoßen. Die werden, wie Frau Klett, sagen: "Was wollt Ihr eigentlich? Das ist doch ein außerordentlich nützliches Medium, mit dem man sehr viel machen kann." Diese jungen Leute verhalten sich wesentlich unideologischer als wir hier, die wir immer meinen, wir müßten die Konflikte zwischen Medien, Macht und Politik lösen und die menscheitsgefährdenden Gefahren der neuen Medien abwehren.

Natürlich haben Sie recht: Internet hat nichts mit Wissen zu tun. Aber seit Sokrates sollte uns eigentlich bewußt sein, wie relativ alles Wissen ist. Gleiches gilt für das, was ein Journalist schreibt, und sei er noch so hervorragend und habe noch so sorgfältig recherchiert. Und nicht anders ist es mit allem, was im Internet gespeichert ist. Das allerdings muß man den jungen Leuten mit Nachdruck sagen: Das Internet ist nur ein Hilfsmittel, das uns manches erleichtern kann. Wissen ist daraus nicht zu beziehen - aber das gilt für die anderen Medien genauso.

### **Kielinger**

Lassen Sie mich eine kurze Zwischenbilanz ziehen, bevor wir die Debatte fortführen. Bisher haben wir uns vorwiegend mit den Medien beschäftigt und weniger mit der Politik. Das ist typisch dafür, wie wir die Welt heute wahrnehmen. Alles ist mediendurchseucht und mediengesättigt. Aber mit der grandiosen Informationsvermehrung schreitet zugleich die Atomisierung der Gesellschaft weiter voran. Deshalb werden soziokulturelle Herrschaftsanalysen, Fragen der Pädagogik und der Bildung, wie die Menschen gesteuert werden und sich steuern lassen, so außerordentlich wichtig.

Daß die Medien viel Schaden anrichten können, ist unbestritten. In Amerika sind sie möglicherweise mitverantwortlich dafür, daß sich für die Politik kein qualifiziertes Personal mehr zur Verfügung stellt. Dabei werden die Kandidaten nicht nur von den Medien unter die Lupe genommen, sondern auch von anderen Institutionen durchleuchtet - ich denke nur an die Anhörungen im Senat - und das auf eine Art und Weise, die viele Menschen abhält, sich in der Politik zu engagieren.

Die Medien berichten über die Politik vielfach in Form von "Sound bites", unendlich viele Informationen, die kein zusammenhängendes Bild ergeben. Aber auch das stimmt häufig so nicht mehr. CNN und andere Sender warten heute mit Programmen auf, die viel Hintergrund bieten. Es stimmt nicht, daß die Politik kein Forum mehr findet, um sich adäquat darzustellen.

Wir haben auch das öffentlich-rechtliche System, das wir bewahren wollen, ausführlich behandelt. Den Öffentlich-Rechtlichen wurden seinerzeit eine Reihe von Auflagen gemacht, die sie zu erfüllen hätten: Themenvielfalt, kulturelles Profil, Darstellung verschiedener Standpunkte - Forderungen, die dann in den Staatsvertrag eingingen. Hier stellen sich heute viele Fragen neu angesichts der Medienvielfalt, der Vermehrung der Kanäle, die einen Zugriff zu Themen, Sachverhalten, unterschiedlichen Meinungen und Standpunkten ermöglichen, wie wir ihn kaum für realistisch gehalten hätten. Oder bedeutet es lediglich, was Herr Donsbach beschrieben hat: Je mehr Kanäle, desto "more of the same"?

Doch die Mediendiskussion entläßt uns nicht aus der Frage nach dem Politiker und nach politischer Verantwortung, nach der Gestaltung von Politik und der verantwortlichen Wahrnehmung des politischen Mandats. Die Medien haben kein Mandat, was sie indes nicht von einer verantwortlichen Berichterstattung entbindet. Aber die Frage muß jetzt ganz nach vorne rücken: Wer bestimmt eigentlich die zeitgeschichtlichen Abläufe, wer entscheidet über ungelöste Fragen der Gesellschaft? Wer sonst, wenn nicht die Politiker? Die Medien sind bestenfalls Begleiter. Manchmal verbreiten sie viel Unsinn; aber sie sind nicht diejenigen, die später in den Geschichtsbüchern als die Entscheidungsträger Erwähnung finden.

Da wird dann nicht danach gefragt, was die Medien falsch gemacht haben, sondern wie die handelnde politische Klasse ihre Aufgabe bewältigt hat, im Auftrag der Wähler, das Wohl des Volkes zu mehren und die anstehenden Probleme anzugehen, wenn nicht zu lösen.

Wir sollten jetzt also nicht mehr so sehr nach der Medienkompetenz fragen - oder nach der Lebenskompetenz, wie Herr Sommer meinte;- , sondern nach der Politikkompetenz. Die großen Fragen, die uns heute in der Gesellschaft bewegen, betreffen nicht die Medien, sondern die Politik. Nehmen Sie als Beispiel, was Herr Hoffmann-Riem sagte: Wenn im Hamburger Senat jetzt die notwendigen Haushaltskürzungen debattiert werden, steht dabei möglicherweise die Funktionsfähigkeit der Justiz selber auf dem Spiel. Diese Fragen haben mit den Medien nichts zu tun, sondern hier ist die Politik gefordert, sich um Lösungen zu bemühen. So wie etwa die Zukunft unseres Rentensystems nicht nur eine Frage der Beitragserhöhungen ist, sondern ob die Politik den Mut hat, Jüngeren zu erläutern: Eure Rente ist nach dem bisherigen System nicht mehr sicher. Wenn wir vom Standort Deutschland sprechen, dann stellen wir Fragen an die Kompetenz der politisch Verantwortlichen und nicht an die Medien. Ähnliches gilt für Arbeitslosenproblematik und für die ganz andere Frage, die die Demokratie in unserem Lande eminent betrifft: Wer ist dafür verantwortlich, daß sich die Opposition in solch erbärmlichem Zustand befindet? Sind daran die Medien schuld, oder ist dafür nicht vielmehr der mangelnde Konsens in der SPD selbst verantwortlich?

Herr Bude hat daran erinnert, daß die Politik aufgefordert ist zuzugeben, daß es mehr denn je prinzipielle Ungewißheiten gibt, die Problemlösungen ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen, und die Politiker müßten eben dies gegenüber den Wählern vertreten und zugleich deutlich machen, daß sie dennoch den festen Willen haben, sich um Lösungen zu bemühen. Auch das läßt die Medien zunächst gänzlich außen vor, ist vielmehr eine Frage des politischen Mutes.

Medien haben eine begleitende Funktion, sie können einen Tatbestand vergrößern oder verkleinern, aber sie sind nicht die zentrale Instanz, die darüber entscheidet, wie das nächste Kapitel unserer Geschichte geschrieben wird. Viele medienwirksame Ereignisse in den letzten Jahren - nehmen Sie etwa den Sturz eines Politikers wie Engholm - sind durch die Medien vergrößert, aber nicht durch sie

ausgelöst worden. Herr Saxer hat daraufhingewiesen, daß jemand den Medien zum Fraß hingeworfen wird, weil die politische Klasse selbst den Betreffenden längst fallengelassen hat. Auch der Watergate-Skandal ist kein Fall der Medien, sondern der Politik. Watergate wurde durch die Medien aufgedeckt, aber nicht von ihnen implantiert. Man sollte den Detektiv nicht mit dem Täter verwechseln.

Im Vordergrund, so scheint es mir, steht somit die Frage nach der Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit und nach der primären Verantwortung. Viele Menschen sind heute um die Zukunft besorgt. Zweifellos fürchten sie sich auch vor einer durch die Medien zerstreuten, vor lauter Informationsvielfalt unübersichtlich gewordenen Welt, aber sie sind vor allem besorgt um die Qualität der politischen Klasse, das heißt die Politikkompetenz der Verantwortlichen.

Unsere Überlegungen stehen unter der Trias: Medien - Macht - Politik. Den Medien und der Medienmacht haben die meisten der bisherigen Beiträge gegolten. Vielleicht sollten wir jetzt mehr von der Macht oder Ohnmacht der Politik reden, und zwar sui generis, nicht mit dem Hintergedanken, daß alles, was heute im großen Stile mißlingt oder nicht gelingt, den Medien in die Schuhe zu schieben ist.

### **Martiny**

Wir können nicht davon absehen, daß wir eine Parteiendemokratie sind und sich daran auch nichts ändern sollte, bis eines Tages vielleicht ein besseres Modell gefunden ist. Deshalb sollten sich alle dafür mitverantwortlich fühlen, daß diese Parteiendemokratie nicht beschädigt wird. Das entläßt die Parteien nicht aus ihrer Verantwortung, und sie müßten sicherlich mehr tun und sich für die Gesellschaft öffnen, damit sich mehr Menschen an der Politik beteiligen.

Auf der anderen Seite ist aber auch die Gesellschaft gefordert, die Parteien nicht ständig in oberflächlich nörgelnder Weise in Frage zu stellen. Ich verstehe beispielsweise nicht, warum jemand wie Herbert von Arnim nahezu jedes Forum findet, um sein einziges Thema: Parteienfinanzierung, Bereicherung durch Politiker und dergleichen vor einem dafür immer empfänglichen Publikum auszubreiten. Was er damit erreicht, ist, den Verdruß an den Parteien immer mehr zu verstärken, ohne irgendeine Alternative zu entwickeln.

Wichtig ist, die aktive Partizipation zu stärken. Ein ganz wichtiger Punkt ist dabei aus meiner Sicht die Nachwuchsförderung. Wir sollten uns darum bemühen, wie wir die nächste Generation ins Boot bekommen. Wo immer wir in unserer Gesellschaft hinblicken - dieser Kreis ist keine Ausnahme;- , sind die Positionen durchweg von den Älteren besetzt. Die Jüngeren kommen kaum zum Zuge.

Schließlich erwähne ich noch ein grundlegendes Problem, das die meisten Politiker heute betrifft: Sie verfügen über so gut wie keine Erfahrung aus anderen Lebensbereichen. Kaum einer der handelnden Politiker hat beispielsweise gelernt, wie man ein größeres Gremium nach modernen Kriterien leitet. Ich meine, in unserer Gesellschaft sollte für eine größere Durchlässigkeit der verschiedenen Bereiche Sorge getragen werden. Das könnte eine Aufgabe für Stiftungen, aber auch für Verbände sein.

Der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder in andere Berufe - und umgekehrt sollte von der Gesellschaft honoriert und nicht ständig diskreditiert werden, wie es der vorerwähnte Herr von Arnim sich angelegen sein läßt nach dem Motto: Die Leute wollen sich nur bereichern, und wenn sie in der Politik scheitern, breitet man ihnen den roten Teppich anderswo aus. Das kann die grundlegende Einstellung nicht sein, sondern wir müssen darauf sehen, daß politische Verantwortung legitimerweise in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft wahrgenommen werden kann. Es müssen sich mehr Wirkungsmöglichkeiten für diejenigen auftun, die einmal in die Politik gingen, damit sie dort nicht ein für allemal verbleiben müssen, weil es an Alternativen fehlt.

### **Holzer**

Herr von Arnim ist sicher ein schwieriger Zeitgenosse, Frau Martiny, aber er ist nicht verantwortlich für all die Sauereien, die im politischen Bereich passiert sind. Und ich füge aus eigenem Erleiden hinzu: Als die Frankfurter Rundschau vor ihm über die zweifelhaften Praktiken der Parteienfinanzierung schrieb, wurden wir furchtbar beschimpft, und niemand hat sich weiter darum gekümmert. Erst als von Arnim mit exakten Zahlen aufwartete, bekamen einige Politiker verschiedener Couleur kalte Füße. Man sollte also Herrn von Arnim nicht dafür strafen, daß die Politik an einer bestimmten Stelle dramatisch versagt hat.

### **Donsbach**

So apodiktisch würde ich das nicht sehen, Frau Martiny. Die Parteien sind doch kein Selbstzweck, sondern eine historisch gewachsene Form mit der Aufgabe, die politische Willensbildung in der Gesellschaft zu organisieren.



**Martiny**

Kein Gesetz schreibt das in dieser Ausschließlichkeit vor.

**Donsbach**

Denkbar wären ja ebenso andere Formen, auch wenn die gegenwärtig nicht erkennbar sind. Damit stelle ich die Parteien nicht in Frage. Ihre Argumentation erinnert mich aber ein wenig an die Diskussion über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, so als sei der um jeden Preis zu erhalten, auch wenn niemand mehr zuhört oder zusieht, was er sendet.

Worauf es ankommt, ist, ob ein Medium oder eben die Parteien ihre Funktion noch erfüllen, also die Willensbildung der Bürger zu ermöglichen oder auf der politischen Ebene sachgerechte Entscheidungen zu fällen. Solange die Parteien diese Funktion erfüllen, ist es gut und sind sie erhaltenswert. Aber zu sagen: Wir sind eine Parteiendemokratie, und deshalb müssen wir alles dafür tun, daß diese erhalten bleibt - das kann ich nicht unterschreiben.

Herr Kielinger hat die Frage nach der Politikkompetenz gestellt. Ich halte das in der Tat für einen entscheidenden Punkt. Dabei geht es allerdings nicht nur um die Kompetenz der Politiker - die ist sicher auch wichtig;-, sondern ebenso um die Kompetenz der Bürger, ein Punkt, den Herr Grimm aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts verschiedentlich betont hat. Wie können wir sicherstellen, daß sich der einzelne Bürger angemessen und kompetent informieren kann, um sich eine eigene Meinung zu bilden und sich in der Gesellschaft zu orientieren?

Die Menschen wollen sich in ihrer Umwelt zurechtfinden, sie wollen sie kontrollieren und in ihren Abläufen verstehen. Dazu gehört nicht zuletzt die Einteilung der Welt in gut und böse. Hier sehe ich auch die besondere Rolle der Medien im politischen Prozeß. Angesichts der wachsenden Informationsflut werden sie immer wichtiger, um die Welt zu strukturieren, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Dieser Funktion kommt eine solche Bedeutung zu, daß ich auch um die Zukunft der Zeitungen nicht besorgt bin. Ich glaube nicht, daß sie irgendeiner finanziellen Unterstützung bedürfen, weil ihnen das Anzeigengeschäft wegbriecht. Sie werden ihr Geld verdienen durch die Funktion, die sie erfüllen.

Wir sollten uns also vielmehr an den Grundbedürfnissen der Menschen orientieren, statt uns alle möglichen Regelungsmechanismen auszudenken.

Neben der Strukturierungsfunktion ist gerade für die Politik die Bewertungsfunktion vielleicht noch wichtiger. Es ist ein grundsätzliches Problem jeder Demokratie, daß der Normalbürger überfordert ist zu entscheiden: Wer hat recht, wer hat unrecht? So habe ich selbst irgendwann aufgehört, mir Gedanken über den Bosnien-Konflikt zu machen, weil ich nicht mehr verstanden habe: Wer mit wem, wer gegen wen und warum? Nicht anders geht es den meisten Menschen bei vielen politischen Themen, ob es die Renten sind oder die Haushaltsdebatte. Die Sachverhalte sind so komplex geworden, daß selbst diejenigen, die regelmäßig Medien nutzen, sie nicht mehr verstehen.

Was folgt daraus für den Normalbürger - und ich rechne mich bewußt dieser Kategorie zu;-, der sich alle vier Jahre entscheiden muß, wem er seine Stimme gibt? Was er braucht, sind Hilfskonstruktionen, die es ihm ermöglichen, sich so zu verhalten, wie es normativ von ihm erwartet wird.

Hier kommen die Medien wiederum ins Spiel - und das verleiht ihnen soviel Macht, auch wenn alle Journalisten das bestreiten: Ihre Aufgabe ist es, uns eine Heuristik an die Hand zu geben, die es uns ermöglicht zu entscheiden; welcher Politiker oder welche Partei kompetenter ist, die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Je mächtiger die Medien mit dieser Strukturierungs- und Bewertungsfunktion aber werden, desto mehr bedarf es des Pluralismus, den ich als normative Leitidee herausgestellt habe. Der Bürger braucht eine Vielfalt von Darstellungen und Optionen, um entscheidungsfähig zu werden. Herr Sommer sagt, Subjektivität sei die Barriere gegen einen zu starken Einfluß kommerzieller Interessen. Ich würde das eher Professionalität nennen aber da sind wir so weit nicht auseinander. Ich sehe aber auch andere Möglichkeiten, um ungewünschte Dritteinflüsse zurückzudrängen und die Leistungen der Medien zu verbessern.

**Holzer**

Wissen Sie, Herr Donsbach, Ihr Wort in Gottes Ohr, wenn Sie meinen, die Zeitungen würden ihr Geld verdienen durch die Funktion, die sie erfüllen. Ich habe da große Zweifel. Eine Konsequenz wäre ohne Zweifel: Wir müßten für den Kauf einer Zeitung soviel Geld verlangen, daß wir zurückfielen in eine Zeit, in der Zeitungen und Publikationen nur für die gebildeten und vermögenden Stände da

waren. Dann kostet die Zeitung eben nicht mehr eine oder zwei, sondern sechs Mark. Das würde aber bedeuten, sehr viele Menschen auszuschließen, also Exklusion zu treiben, vor der Herr Korte warnt.

Der Markt muß das regeln, hat uns in einem Gespräch Helmut Schmidt einmal an den Kopf geworfen. Drauf habe ich gesagt: Wenn Sie lauter Bild-Zeitungen haben wollen, mag der Markt das regeln; darüber hinaus sind zumindest Zweifel angebracht. Der Markt so ungern ich das sage - kann nicht die Antwort sein.

### **Kielinger**

Nun wurde der Ball doch wieder zu den Medien als den Rezensenten des aufgeführten Stückes zurückgeschlagen. Wir sollten aber die Akteure selber, die Politiker, nicht aus dem Auge verlieren.

### **Brunnstein**

Sie sagen, Herr Kielinger, die Medien sind für die Politik nicht verantwortlich. Das ist im Prinzip sicher richtig. Aber, wie Herr Donsbach eben sagte, mit ihrer Strukturierungs- und Bewertungsfunktion vermitteln die Medien Begründungszusammenhänge, für die sie sehr wohl verantwortlich sind. Die Rentenproblematik, die Haushaltsproblematik und viele Dinge mehr waren vorhersehbar; es hat genügend kompetente Stimmen gegeben, die rechtzeitig darauf hingewiesen und auch Lösungsmodelle angeboten haben. Aber man hat diese Hinweise ignoriert, wobei sich gezeigt hat, daß die Journalisten im gewissen Sinne selbst Teil der politischen Klasse, jedenfalls eng mit ihr verfilzt sind. Das heißt, sie haben diese übersehenen Probleme eben nicht vermittelt. Vielmehr haben sich die Medien hier dem Mainstream angeschlossen - von ein paar Ausnahmen vielleicht abgesehen.

Das Gegenbild bieten Bürgerinitiativen, die in vielen Fällen Tatbestände sehr genau voraussehen, so daß es zwar häufig an zuverlässigen Verteilinformationen von oben nach unten, aber nicht von unten nach oben fehlt.

Eine Folgerung daraus ist, daß ich die Notwendigkeit sehe, die heutige Form der Demokratie zu ergänzen, indem stärker wahrgenommen wird, was gewissermaßen an der Basis geschieht, wobei einige Bürgerinitiativen durchaus auch elektronische Medien benutzen. Übrigens nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. So wird im Internet über die Relevanz von Gesetzen diskutiert und anderes mehr. Vielleicht gelingt es uns dann, Krisen besser vorherzusehen und geeignete Lösungsansätze zu finden.

### **Holzer**

Ich halte es für schlichten Unsinn, Herr Brunnstein, wenn Sie uns hier weismachen wollen, Medien und Politik hätten die kommenden Krisen nicht vorhergesehen oder bewußt ignoriert. Es gab Politiker und jede Menge Journalisten, die die Probleme der Rentenversicherung, der Krankenkassen vorausgesagt und auch entsprechende Begründungen mitgeliefert haben - übrigens ohne Online und dergleichen.

Die Krisen konnte man in der Tat voraussehen. Daß daraus keine Konsequenzen gezogen wurden, können Sie nicht den Medien vorwerfen, sondern dann doch der Politik, die es versäumt hat, die anstehenden Probleme zu präsentieren.

### **Saxer**

Wer ist am ehesten in der Lage, Krisen vorherzusehen, betreibt also die beste Krisenperzeption? Tageszeitungen weisen in dieser Hinsicht eine rein reaktive Struktur auf, das heißt, sie reagieren auf die aktuellen Ereignisse. Sie stellen sicher kein Frühwarnsystem dar. Wochenzeitungen und längerfristige Periodika sind dazu besser geeignet, weil sie genauer recherchieren können.

Aber wir sollten die Medien in dem Punkt ohnehin nicht überfordern. Hier bedürfte es vielmehr einer weitsichtigen Politik. Doch die meisten Politiker sind so sehr in die Tagesaktualität verstrickt, daß sie nur die tagesaktuellen Medien wahrnehmen und sich um die langfristigen Prozesse kaum kümmern.

### **Bisky**

Die Krise des parlamentarischen Systems wird häufig beschworen, wenn von Politik-, vor allem von Parteienverdrossenheit die Rede ist. Daran will ich mich nicht beteiligen; denn die Selbstzerfleischung der Parteien nutzt niemandem. Nach den Ursachen wird kaum gefragt, und wie man es ändern könnte, erst recht nicht.

Nun ist die öffentliche Meinung offensichtlich ganz und gar darauf fixiert, Ziel der Politik sei zu regieren. Ich dagegen versuche in meiner Partei immer wieder zu sagen: Verantwortung muß und kann man auch in der Opposition übernehmen. Aber auch in der PDS grassiert das Fieber, regieren zu wollen.

### **Korte**

So schnell werden Sie ja in die Gefahr nicht kommen.

### **Bisky**

Nun, so ganz ernst war das nicht gemeint. Was mich aber ernstlich besorgt macht, ist das verkürzte Denken, das ich wahrnehme, weil nur noch das Regieren für wichtig gehalten, Opposition dagegen generell unterbelichtet wird und ihre originäre Aufgabe in einer parlamentarischen Demokratie aus dem Blick gerät.

Frau Martiny hat bereits auf die Problematik hingewiesen, wenn Politik als Beruf verstanden wird. Wer von der Politik lebt und bezahlt wird, gerät leicht in Gefahr der Abhängigkeit. In der Tat sollten wir über andere Mechanismen nachdenken, damit Politiker die Chance haben, in ihren Beruf zurückzukehren oder aber Politik gar nicht als Vollzeitberuf betreiben, um den Kontakt zum Leben in der Gesellschaft nicht zu verlieren.

Auch was die Kandidatenauswahl betrifft, über die nur wenige entscheiden, halte ich Änderungen für notwendig. Aber diese Aufgabe wird kaum irgendwo ernsthaft angegangen, sondern nur folgenlos darüber debattiert.

Wenn Politik Beruf bleiben sollte, dann ist es zumindest unerlässlich, daß die Politiker demokratische Korrektive erhalten. Darunter verstehe ich, daß sie sich auch innerhalb einer Wahlperiode immer wieder der Öffentlichkeit stellen; denn das ist heute durchweg nicht der Fall. Vier Jahre sind einfach zu lang, wenn zwischenzeitlich nicht Korrekturen möglich sind und die Wähler - aber auch die Parteien - die Politiker, die sie gewählt haben, kritisch unter die Lupe nehmen.

Merkwürdigerweise sind wir - ich spreche von Potsdam - die einzigen, die beispielsweise alle Fraktionssitzungen grundsätzlich öffentlich durchführen.

### **Martiny**

Kommt da auch jemand hin? Auch kompetente Leute?

### **Bisky**

Bei wichtigen Themen nehmen viele Leute die Chance wahr. Dabei geht es zum Teil hart zur Sache. Zwar spielen bei uns auch ideologische Fragen eine Rolle, aber die Hauptauseinandersetzungen betreffen konkrete Fragen, beispielsweise der Umwelt - das Thema Braunkohle etwa.

Ich meine jedenfalls, mehr Öffentlichkeit in der Politik würde auch dem Bürger helfen, politische Hintergründe leichter nachzuvollziehen.

Was mich vor allem freut, ist, daß solche Veranstaltungen von jungen Leuten besucht werden, die sich zunächst anhören, was Sache ist, sich auch gelegentlich einmischen und in einigen Fällen dadurch angeregt werden mitzumachen. Ich plädiere also sehr stark für Öffentlichkeit - mit einer Ausnahme: wenn es um Personalentscheidungen geht; aber das ist nur selten der Fall.

### **Mestmäcker**

Wodurch wird das fehlende Vertrauen in die politische Klasse verursacht? haben Sie gefragt, Herr Kielinger. Ich meine, ein wesentlicher Grund besteht darin, daß die Politik Dinge für sich in Anspruch nimmt oder dafür verantwortlich gemacht wird, auf die sie so gut wie keinen Einfluß hat, beispielsweise das Thema Arbeitslosigkeit. Immer wenn die Arbeitslosenzahlen ein wenig mehr als saisonal bedingt zurückgehen, erklärt die Bundesregierung: Da zeigt sich, daß wir mit unserer Politik richtig liegen. Haben sich die Zahlen erhöht, sagt die Opposition, das sei Schuld der Bundesregierung, die dies ihrerseits zurückweist mit dem Hinweis auf den internationalen Wettbewerb oder die nachlassende Weltkonjunktur und was dergleichen Gründe mehr sind.

Dabei ist völlig klar, daß sich die Einflußmöglichkeiten des Staates, der in Deutschland immer noch Bezugspunkt für politische Verantwortung ist, aus tatsächlichen und normativen Gründen radikal verändert haben. Die Vorstellung eines souveränen Staates, der die wesentlichen gesellschaftlichen

und wirtschaftlichen Entwicklungen steuern kann, trifft, wenn sie je richtig war, gegenwärtig eindeutig nicht mehr zu. Dazu gehören etwa völkerrechtliche und europarechtliche Regelungen. In weiten Bereichen werden politische Entscheidungen nicht mehr zu Hause, sondern in Abstimmung mit den verschiedensten europäischen und internationalen Gremien getroffen, und die Transparenz dieser Entscheidungsprozesse ist außerordentlich begrenzt. Daran ist auch kaum sehr viel zu ändern; denn die zum Teil mühsamen Kompromißlösungen, die dabei zwischen den verschiedenen Staaten gefunden worden sind, lassen sich zu Hause kaum demokratisch weitervermitteln.

Wenn man sich beispielsweise die Diskussion um die Währungsunion vor Augen führt, dann stellen wir eine erhebliche Verunsicherung der deutschen Bürger fest, die befürchten, jetzt sei nicht einmal mehr die eigene Währung sicher, ein Gefühl, das durch die Medien noch verstärkt wird. Da wird es auch nichts nützen, Herr Brunnstein, das Internet einzuschalten in der Hoffnung, die Diskussion auf diese Weise versachlichen zu können. Dafür sind die internationalen Zusammenhänge einfach zu komplex. Die Vorstellung, man könne Krisenmanagement mit Hilfe dezentraler elektronischer Vernetzung besser betreiben, ist zweifellos unrealistisch.

Die Möglichkeiten der Politik, durch zuverlässige Informationen zur Vertrauensbildung in einer arbeitsteiligen internationalen Großgesellschaft beizutragen, sind außerordentlich begrenzt. Es gibt keine Instanz, die in der Lage wäre, die Gesamtheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, vor denen diese Gesellschaft steht, zu kennen, geschweige denn zu vermitteln.

Ich erinnere an die Formulierung Friedrich von Hayeks, alles Wissen sei immer nur bruchstückhaft verfügbar, und die wesentliche Aufgabe der Gesellschaft bestehe darin, diese Bruchstücke durch Regeln und Institutionen so verfügbar zu machen, daß der einzelne gleichwohl vernünftig handeln könne. Politische Entscheidungen mit eindeutigen Ursache-Wirkung-Zusammenhängen sind in einer dynamischen und komplexen Gesellschaft zur seltenen Ausnahme geworden.

### **Schlauch**

Von Parteiendemokratie war hier die Rede. Mediendemokratie war ein weiteres Stichwort; Verbändedemokratie - vielleicht nicht mehr ganz so aktuell - könnte man hinzufügen. Jedenfalls gibt es politische Willensbildungsprozesse, insbesondere im regionalen Bereich, die außerhalb der Parteien stattfinden, obwohl die Parteien letztlich den Entscheidungsprozeß dominieren. Aber eben diese Dominanz füllen sie immer weniger durch Kompetenz aus.

Insbesondere läßt sich feststellen, daß die Parteien die seit 1989 grundlegend veränderte politische Situation so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen haben, sondern nach wie vor weitgehend auf die alten Leitbilder setzen. Meine eigene Partei, Bündnis 90/Die Grünen, macht da keine Ausnahme. Unser Leitbild, eine pazifistische Partei zu sein, läßt sich im Bosnien-Konflikt nicht mehr glaubwürdig aufrechterhalten. Wir haben versucht, dieses Thema öffentlich zu diskutieren, was mit erheblichen Reibungsverlusten verbunden war. Ich meine, ähnliches müßte auch in anderen Parteien geschehen.

Hier wurde zu Recht daraufhingewiesen, daß der Anspruch, immer noch eine Arbeitsgesellschaft zu sein, als Leitbild nicht mehr taugt. Trotzdem halten alle Parteien nach wie vor am Begriff der Arbeitsgesellschaft fest und diskutieren darüber, mit welchem politischen Instrumentarium das zu gewährleisten sei. Da verschreiben sich "Bündnisse für Arbeit" dem Ziel, bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit um die Hälfte zu reduzieren, obwohl jedermann weiß, dies wird sich nicht realisieren lassen. Dennoch wird daran festgehalten, und es werden Erwartungen geweckt, die nicht eingelöst werden können. Ich sehe darin eine wichtige Ursache für die Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise, der wir uns gegenübersehen.

Die Handlungsfähigkeit ist aber nicht nur bei solch komplexen Themen nicht gegeben bei denen man ja noch argumentieren könnte, alles sei so komplex und schwierig, daß es allenfalls langfristig zu lösen ist. Aber denken Sie nur an das Thema Ladenschlußgesetz sicherlich kein komplexes Problem;- , über das wir schon seit 15 oder 20 Jahren diskutieren, ohne eine überzeugende Lösung zu finden, unabhängig davon, wie man zu der Sache selbst steht.

Das ist übrigens auch ein Beispiel für die Verbändedemokratie mit der geradezu absurden Koalition zwischen Einzelhandelsverband und Gewerkschaften. Da werden an die 50 000 Menschen zu einem Demonstrationmarsch nach Bonn mobilisiert, der zwar in der Gesellschaft kaum zur Kenntnis genommen wird, aber bei den Politikern die Befürchtung auslöst, seitens der Verbände und Gewerkschaften unter Druck zu geraten. Hinzu kommt: Wenn man der Opposition angehört, sieht man nicht ein, die Regierung in dem Punkt zu unterstützen, selbst wenn man, so wie ich, in der Sache eigentlich dafür ist.

Wie steht es also um das, was man "authentische Politik" nennen könnte? So wie ich es erlebe, hängen die Akteure in einem Netz unterschiedlicher politischer Prämissen, die nicht in Einklang zu bringen sind: die eigenen Vorstellungen; die Stellung innerhalb der eigenen Partei, die man ausbauen möchte, um wiedergewählt zu werden; das Spiel zwischen Opposition und Regierung - und was dergleichen Unvereinbarkeiten mehr sind. Vielleicht kann man in dieser Hinsicht in einem Landesparlament politisch authentischer wirken als auf Bundesebene.

Herr Bisky versucht uns nun die Vorzüge öffentlicher Sitzungen zu vermitteln. Die Grünen sind in diesem Punkt gebrannte Kinder und haben öffentliche Fraktionssitzungen Gott sei Dank abgeschafft. Denn dabei kommt dann noch eine weitere Komponente ins Spiel, die auf die Entscheidungen einwirkt. Da erscheinen ja nicht nur Leute, die offen und interessiert wie an einem politischen Seminar teilnehmen, sondern die fordern dann die Prinzipien und Grundsätze der Partei noch viel puristischer ein. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß dies für einen seriösen politischen Willensprozeß eher abträglich ist, auch wenn mehr Öffentlichkeit in dem einen oder anderen Falle sicher wünschenswert ist. Bestimmte Dinge kann man aber nur in einem geschlossenen Raum sachlich diskutieren.

### **Gauly**

Es ist sicher richtig, daß die zunehmende interessenmäßige Ausdifferenzierung und Individualisierung in der Gesellschaft ein emanzipatorisches Potential befördert hat, das insbesondere in den großen Volksparteien die innerparteiliche Konsensbildung erschwert. Das gilt selbst für die großen Richtungsentscheidungen, bei der Europafrage beispielsweise, bei denen innerhalb einer Partei ganz unterschiedliche Standpunkte vertreten werden, auch wenn man das nach außen hin nicht so sichtbar werden läßt, um das Profil der Partei nicht zu beschädigen.

Als zweites nenne ich die innerparteiliche Rekrutierung der Führungseliten. Da wird immer noch ein Verfahren praktiziert, das aus den 50er Jahren stammt und das der heutigen Situation überhaupt nicht mehr angemessen ist. Besonders die großen Parteien verhalten sich in dem Punkt allesamt wie "closed shops", die keinen Platz für Querdenker oder Seiteneinsteiger lassen. Die Folge ist, daß bestimmte Meinungen und gesellschaftliche Strömungen keinen Widerhall in den Parteien finden.

Des Weiteren stellt sich das Problem der Überforderung der Politiker. Zum einen resultiert dies aus den Sachverhalten selbst. Immer mehr Fragen und Probleme sind auf nationaler Ebene nicht mehr lösbar. Ich nenne als Beispiele nur die Ökologie und die internationale Kriminalität. Zum anderen aber werden die Parteien durch die übergroße Erwartungshaltung der Bürger überfordert. Daran sind sie allerdings weitgehend auch selbst schuld; denn Parteien und Politiker vermitteln in der Öffentlichkeit dem geneigten Publikum den Eindruck, sie könnten alle Probleme lösen und hätten alles im Griff. Da darf man sich dann als Politiker wiederum nicht wundern, wenn die absonderlichsten Anfragen aus der Bevölkerung von lokalen Problemen bis hin zur Bitte, doch dafür zu sorgen, daß das Ozonloch "gestopft" wird, an einen herangetragen werden.

### **Bude**

Hat es das nicht immer schon gegeben?

### **Gauly**

Mag sein, daß es nie anders war; das ändert aber nichts an der prekären Situation heute. Schauen Sie die Wahlplakate und die Parteiprogramme an - ich nehme da keine Partei aus. Etwa die Behauptung: Wir schaffen Arbeit für alle, die Politiker aller Parteien im Munde führen.

Die Erwartungshaltung also, die man seitens der Politik in der Bevölkerung erzeugt, führt dazu, daß die Politiker für alle Probleme in Anspruch genommen werden - sei es Staatsverschuldung, Rentenproblematik oder Umweltfragen. Die Politiker müßten eigentlich eingestehen, daß sie gar nicht in der Lage sind, die großen Herausforderungen allein zu lösen, sondern daß es hier einer anderen demokratischen Kultur bedürfe, die ein Zusammengehen der Führungseliten aus allen wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen ermöglichte. Das hieße, neben der Politik auch die Industrie, die Verbände, die Banken, die Interessenvertretungen in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

### **Bude**

Das ist dann die formierte Gesellschaft.

### **Gauly**

Wie anders sollte es denn gehen, als daß alle maßgeblichen Kräfte gemeinsam an der Lösung der großen Probleme arbeiten? Zum Teil gesteht die Politik ja ihre Grenzen bereits ein, wenn sie zum Beispiel Souveränitätsrechte an die Europäische Union abgibt.

Aber insgesamt ist diese Haltung in Politik und Gesellschaft noch unterentwickelt. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Authentizität unserer Eliten in allen Bereichen.

### **Mestmäcker**

Wenn dann die Eliten zusammenkommen, Herr Gauly, sind sie in der Lage zu bekunden: Wir wissen es alle nicht, wie die Lösung aussehen soll.

### **Kielinger**

Früher mußte Europa als Hoffnung herhalten, wenn man mit der Lösung der Probleme im Innern nicht zurechtkam.

### **Schulte-Hillen**

Ich meine, man sollte nicht dem System anlasten, wenn Entscheidungen nicht getroffen werden. Meiner Ansicht nach liegt es vielmehr daran, daß die Menschen, die dieses System an verantwortlicher Stelle repräsentieren, das Prinzip des Kompromisses schon so sehr in sich aufgenommen haben, daß sich niemand mehr traut, einen Standpunkt entschieden vorzutragen, um jedem Risiko aus dem Weg zu gehen. Eine Führungspersönlichkeit - so ist es jedenfalls in der Wirtschaft - weist sich nicht zuletzt durch ihre Entscheidungsfähigkeit und -bereitschaft aus. Denn Entscheidungen stoßen in vielen Fällen zunächst einmal auf Unverständnis, weil sie sich auf zukünftige Entwicklungen richten, deren Gefahren man zwar bereits erkennen kann, die aber noch nicht eingetreten sind und zu deren Abwehr man vorbeugend handeln muß.

Die Führungskraft muß in solchen Fällen Risiken eingehen - dafür wird sie schließlich gut bezahlt - und Mehrheiten einwerben. In Parteien und auch in Verbänden werden zum Teil die Probleme sorgfältig analysiert, die Diagnosen richtig gestellt und auch das passende Rezept entwickelt. Dann aber heißt es: Das ist politisch nicht machbar; das ist den Mitgliedern nicht zuzumuten; dafür kann ich keine Mehrheiten einwerben. Für mich ist eine solche Argumentation die reine Bankrotterklärung jeder Führung, weil das bedeutet, daß man kein Risiko eingehen möchte, daß man sich scheut, sich auf unbequeme, aber unerläßliche Debatten einzulassen, weil man Angst hat, damit nicht durchzukommen.

Eine solche Haltung findet sich übrigens auch in der Wirtschaft gar nicht so selten. Unser Unternehmen ist vor etwa acht Jahren aus dem Arbeitgeberverband im Druckereibereich ausgetreten, weil wir mehr und mehr feststellen mußten, daß Tarifverhandlungen von den Arbeitgebern mißbraucht wurden, um Kartelle zu zimmern, Konkurrenz auszuschließen und dergleichen Dinge mehr. Damals ging es um den "Spiegel"-Druck, um Samstagsarbeit und ähnliche Dinge. Für das Verlassen des Tarifkartells brauchten wir natürlich eine innerbetriebliche Basis, ein gewisses Vertrauensverhältnis in der Belegschaft und nicht nur stramme Gewerkschaftsmitglieder, sondern Mitarbeiter, die bereit waren mitzudenken. Wir hatten Erfolg und konnten damit ungefähr 300 Arbeitsplätze sichern.

Ähnlich sind wir verfahren, als es darum ging, die Druckereien in Dresden und in Berlin zu übernehmen. Auch da sind wir aus dem Verband ausgetreten und haben die notwendigen betrieblichen Maßnahmen zusammen mit den Mitarbeitern geregelt - gegen den Widerstand der IG-Medien. Auf diese Weise haben wir in Dresden 250 Millionen D-Mark und in Berlin 100 Millionen D-Mark investiert und insgesamt 700 Arbeitsplätze geschaffen.

### **von Weizsäcker**

Aber Ihr Unternehmen ist keine demokratische Einrichtung, Herr Schulte-Hillen.

### **Schulte-Hillen**

Worauf ich hinweisen will, ist: Es liegt nicht immer nur am System; es liegt größtenteils an den verantwortlichen Personen, wenn nicht entschieden gehandelt wird.

### **von Weizsäcker**

Das ist aber nicht übertragbar auf die demokratisch gewählten Politiker.

## Schulte-Hillen

Ich bin anderer Meinung. Wo sind die Politiker, die sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders?

### Korte

Im antiken Griechenland gab es nicht nur die Agora als Platz, an dem Politik gemacht wurde, sondern ein paar Schritte weiter lag der Dionysosberg, der Ort, an dem politische Themen gleichzeitig in Form der Tragödie und der Komödie aufgeführt wurden. Beides gehörte damals zusammen.

Heute dagegen wählen wir immer nur eine Darstellungsform. Was ich in den Zeitungen beispielsweise zum Thema Parteienfinanzierung oder Abgeordnetendiäten lese, haut immer nur einseitig in die Kerbe des Herrn von Arnim. Was ich vermisse, ist, daß jemand mit der gleichen Verve sich einmal vor die Abgeordneten stellt. Schließlich ist hier doch eine vernünftige Regelung gefordert und nicht eine polemische Darstellung, mit der die Abgeordneten nur an den Pranger gestellt werden. Wenn über Verantwortung gesprochen wird, dann gehört dazu auch die andere Seite der Sache.

Hans-Ulrich Beck hat das, was Herr Schulte-Hillen angesprochen hat, als die "organisierte Unverantwortlichkeit" bezeichnet. Ich würde die Problematik in der Weise zuspitzen, daß das eigentliche Standortproblem in der Bundesrepublik in der Tat die Führungseliten sind. Das gilt übrigens nicht zuletzt auch für die Unternehmensführer.

## Schulte-Hillen

Absolut richtig.

### von Weizsäcker

Wir sprechen jetzt in der Tat über Kompetenz in der Politik, über die Krisen und ihre Ursachen und die damit verbundenen Lösungsansätze.

Wenn ich Ihnen zuhöre, Herr Schulte-Hillen, will ich doch eines ganz klar sagen: Ich bin tief davon überzeugt, daß alles, was unsere Demokratie auf den Weg zu einem Salazar-Regime führen würde, in jedem Falle schlechter ist als das System, das wir heute haben. Dennoch leugne ich nicht, daß unserem jetzigen System bestimmte strukturelle Schwächen anhaften, bei denen ich skeptisch bin, ob wir sie überwinden werden.

Die politischen Parteien sind laut unserer demokratischen Verfassung aufgefordert, sich für kurz bemessene Fristen regierungsfähige Mehrheiten zu suchen und ihr Mandat nach Möglichkeit verlängert zu bekommen. Das hat absolut Priorität - und nicht Krisen vorherzusehen, sowie Probleme zu erkennen und zu lösen. Die Parteien sehen sich nicht primär in einem Wettbewerb um die bessere Lösung der Probleme, sondern die Probleme soweit sie überhaupt erkannt werden - werden von den Parteien unaufhörlich im Wettbewerb um die Macht instrumentalisiert.

Von dieser Ausgangslage her ist es außerordentlich schwierig, den Schneid und die Weitsicht zu erwarten, die Herr Schulte-Hillen mit Recht in der Wirtschaft verlangt - ob man dem dort immer entspricht, ist eine andere Frage.

Der geschilderten Situation der Politik entspricht nun weitgehend die Medienrealität. Im Bestreben, sich die Informationsquellen offenzuhalten, tritt die eigene kritische Meinung zum politischen Geschehen bei den meisten Journalisten entschieden zurück. Das heißt, man paßt sich den jeweiligen politischen Machtverhältnissen möglichst optimal an. Ändern sich die Machtverhältnisse, schwenkt der Presse- und Medienchor entsprechend um. Das ließe sich am Übergang von den Regierungen Brandt/Schmidt zur Regierung Kohl eindrucksvoll nachweisen. Der Zugang zu den Quellen der Macht ist den Journalisten - von rühmlichen Ausnahmen abgesehen - wichtiger als die kritische Kontrolle des politischen Geschehens.

Nun würden Ihnen die Politiker natürlich jederzeit zustimmen, Herr Schulte-Hillen, und Ihnen bestätigen, daß es nur auf Weitsicht und Schneid ankomme. Genauso wie die gleichen Leute behaupten, sie hätten alles im Griff - auch wenn dies, wie wir alle wissen, keineswegs immer der Fall ist.

Da, wie ich gesagt habe, die Parteien dazu da sind, Wahlen zu gewinnen, behaupten ihre Matadore, dies könne nur gelingen, wenn man in der Partei zusammensteht und die Öffentlichkeit an den innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht beteiligt wird. Was Herr Schlauch zum Thema Öffentlichkeit als Antwort auf Herrn Bisky gesagt hat, fand ich in dem Zusammenhang doch recht

interessant. Dabei kann man den Grünen wirklich nicht vorwerfen, sie würden sich mit ihren innerparteilichen Diskussionen vor der Öffentlichkeit fürchten.

Ich muß allerdings hinzufügen: Soweit ich das Parlamentsgetriebe erlebt habe, fanden die vernünftigsten und weitsichtigsten Debatten in vertraulichen Ausschusssitzungen und nicht in Plenarsitzungen statt. Herr Bisky plädiert da für sehr viel mehr Öffentlichkeit in Ausschusssitzungen. Daß sich Ihre Parteien angesichts der sehr schwierigen innerparteilichen Probleme von solcher Öffentlichkeit etwas Positives verspricht, kann ich im gewissen Sinne nachvollziehen. Das läßt sich aber auf die anderen Parteien nicht unbedingt übertragen.

Die Politik, wie ich sie dargestellt habe - Wahlen gewinnen, statt Probleme zu lösen;-, hat eine fatale Konsequenz: Ihr ganzes Handeln ist in kurzen Fristen auf die Gegenwart gerichtet, und zwar zu Lasten der Zukunft. Das ist ein Strukturmangel unserer Demokratie. Dies führt dazu, daß vorrangig Gegenwartswünsche bedient werden und Zukunftsaufgaben das Nachsehen haben. Das haben wir 45 Jahre lang praktiziert, und die Folge davon ist, daß anstelle der Veränderungsfähigkeit in unserer Gesellschaft ein Immobilismus um sich gegriffen hat, mit dem in der Tat kaum noch eine Führung mehr fertig wird.

Da soll, so heißt es, der Standort Deutschland attraktiver gemacht werden. Deshalb müssen wir ungeheuer sparen, die Lohnnebenkosten senken und vieles andere mehr tun, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Natürlich ist BDI-Präsident Olaf Henkel hochgradig daran interessiert, daß sich die Kosten für die Unternehmer reduzieren; aber wenn er sagt, die Kostenreduzierung würde zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland führen, dann ist das eine unbewiesene Behauptung. Denn wenn man sich ansieht, wo die Unternehmen große Teile ihrer Investitionen tatsächlich tätigen, spricht eine höhere ökonomische Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie nicht der Schaffung von Arbeitsplätzen zu Hause dienen werden. Damit soll niemand ein Vorwurf gemacht werden, aber das kennzeichnet die Lage, in der wir uns befinden.

Oder nehmen Sie die Europapolitik. Die Partei, die zur Zeit hauptsächlich regiert, betreibt eine Europapolitik, die ich sehr befürworte. Und der Vorsitzende dieser Partei verfolgt das Ziel, daß er später mit den entscheidenden europäischen Fortschritten in den Geschichtsbüchern identifiziert wird. Auch dagegen habe ich nichts. Nun redet man uns zur Zeit jedoch ein, Voraussetzung für das Erreichen dieses Ziels sei die Erfüllung der Maastrichtbedingungen. Dafür wiederum sei es notwendig, in einem Umfang und in einem Tempo zu sparen, ohne sich hinreichend um die langfristigen Folgen zu kümmern, die diese Maßnahme für nicht unerhebliche Bevölkerungsgruppen haben werden. Natürlich müssen wir die zum Teil grotesken Übertreibungen der Wohlstandsgesellschaft korrigieren. Aber das Sparprogramm, das verordnet wird, um die Maastricht-Bedingungen zu erfüllen, wirkt sich in einer Weise aus, die ich für sehr problematisch halte - um es gelinde zu sagen.

Diese Beispiele zeigen, daß wir es mit einer demokratisch verfaßten Struktur zu tun haben, die dazu führt, den Immobilismus eher zu steigern, denn zu überwinden. Aber die handelnden Akteure behaupten nach wie vor, sie würden dem Leitbild weitsichtiger und mutiger Führungskompetenz voll entsprechen, was nach Lage der Dinge gar nicht möglich ist. Insofern läßt sich das, was Herr Schulte-Hillen für die Wirtschaft zu Recht fordert, auf die Politik nicht übertragen, weil die handelnden Personen hier in ganz anderer Weise von der Struktur des politischen Systems abhängen.

Wenn es im Grundgesetz heißt: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit, dann ist das ein Understatement sondergleichen. Denn die Parteien üben in unserem demokratischen System einen derart beherrschenden Einfluß aus, daß wir froh sein sollten, wenn hin und wieder Kritik und Kontrolle ausgeübt wird - sie muß ja nicht notwendigerweise immer von Arnimsch ausfallen. Natürlich weiß keiner von uns eine Alternative zu den Parteien; aber wenn diese nicht einmal die Kritik eines Herrn von Arnim ertragen können, sind sie ja noch schwächer, als ich dachte.

Mein Fazit ist durchaus widersprüchlich: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß es nichts Besseres gibt als diese Demokratie. Sie ist aber in den letzten Jahrzehnten in einen Immobilismus hineingeraten und steht durch die Europäisierung und Globalisierung vor derartigen großen Schwierigkeiten, daß ich Zweifel daran habe, ob meine Kinder bis zu ihrem Lebensende diese Demokratie noch in der bisherigen Form erleben werden. Die Problemlösungsfähigkeit des demokratischen Systems hat abgenommen - was aber von den Akteuren nicht eingestanden wird. Statt dessen produzieren die Systemzwänge Abhängigkeiten und Verhaltensattitüden, die mich für die Zukunft etwas pessimistisch stimmen.

**Kielinger**



Sie beklagen den Immobilismus, Herr von Weizsäcker. Hatte es nicht 1989/90 den Anschein, als habe sich daran wesentlich etwas geändert? Damals erlebten wir - sicher unter dem Druck der Geschichte - eine geradezu mutige, entscheidungsfreudige Exekutive, wie Herr Schulte-Hillen sie sich so sehr wünscht.

#### **von Weizsäcker**

Ja, in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen.

#### **Kielinger**

Wäre es nicht denkbar, daß wir wiederum in eine Lage kommen - diesmal auf dem Feld der Innenpolitik;- , in der die Politik sich ähnlich entscheidungsfreudig gebärdet?

#### **von Weizsäcker**

1989/90 ist die sich bietende Chance zweifellos auf eindrucksvolle Weise genutzt worden. Das wurde in erster Linie dadurch bewirkt, daß man zunächst auf dem außenpolitischen Feld die Bedingungen für die Möglichkeit der Einheit Deutschlands geschaffen hat. Das war in der Tat beeindruckend. Ich füge jedoch hinzu: Es war möglich in einer lösungsfähigen Lage.

Dies unterscheidet sich wesentlich von einer Situation, in der wir beschließen, bis zum Jahre 2000 die Arbeitslosenzahlen zu halbieren. Alle wissen, daß das nicht möglich ist. Dennoch wird es, wie Herr Schlauch richtig sagte, unaufhörlich weiter behauptet. Natürlich kann ich keinem Unternehmen vorwerfen, dort zu investieren, wo es sich am ehesten rentiert. Aber daß wir uns immer noch weismachen lassen, wir könnten auf diese Weise die benötigten Arbeitsplätze schaffen, ist für mich schwer verständlich.

#### **Martiny**

In der Verfassung steht in der Tat, die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit - mehr nicht. Dennoch ist es den Parteien gelungen, ihre Macht nach allen Seiten auszuweiten und beispielsweise über die Rundfunkräte den gesamten öffentlich-rechtlichen Medienbereich so weitgehend zu beeinflussen, daß daraus geradezu eine Kumpanei zwischen Medien und Politik entstanden ist und die Medien kaum mehr in der Lage sind, die Parteien einer Kritik und Kontrolle zu unterziehen. In dieser Situation halte ich es für wenig realistisch zu meinen, man könne die Machtkontrolle neu etablieren.

Deshalb habe ich dafür plädiert, die personelle Basis in den Parteien durch Öffnung für neue Mitglieder zu verbreitern und die Professionalität der Politiker zu erhöhen, um eine bessere Politik zu erhalten. Die Medien ihrerseits müssen für ihr moralisches Rückgrat sorgen durch eine exzellente Aus- und Fortbildung der Journalisten.

#### **von Weizsäcker**

Eine verfassungsrechtliche Kontrolle der Parteien ist nicht denkbar. Ich sehe nur den Weg, immer wieder die Schwächen der Parteiendemokratie zur Sprache zu bringen. Viel mehr kann man nicht tun. Dazu gehört auch die stetig wiederholte Forderung, den Streit um die bessere Lösung der Probleme zu verlangen, statt daß die Probleme unablässig zur Erringung der Macht instrumentalisiert werden. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Medien, dies immer wieder deutlich zu machen, und das geschieht leider viel zu wenig.

#### **Engert**

Mein Eindruck, auch in dieser Diskussion, ist, daß wir es in dieser Gesellschaft mit einem allumfassenden Konservatismus zu tun haben, bewegungsarm und Besitzstände verteidigend. Mit einer solch konservativen Grundhaltung werden wir den geradezu revolutionären Veränderungen, die wir erleben, in keiner Weise gerecht. Das gilt insbesondere für die Politik.

Herr von Weizsäcker hat auf Olaf Henkel hingewiesen. Für mich ist es auch ein Ausdruck dieser formierten Gesellschaft, wenn sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hinstellt und das "Bündnis für Arbeit" traktiert, statt offen zuzugeben: Das ist nicht mein Thema; mir geht es darum, die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern. Da wissen wir dann, woran wir sind.

Diese Gesellschaft ist permanent dabei, ihre jeweiligen Egoismen zu kaschieren und unter der Überschrift "Gemeinwohl" zu verkaufen. Ich fände es sauberer und auch hilfreicher, wenn die Egoismen deutlich zu Tage träten. Dann könnten wir auch offen darüber diskutieren, statt hier immerfort in Kulturpessimismus zu machen und uns zu fragen, wie der Normalbürger endlich stärker zu politisieren wäre. Der war früher nicht rundum politisiert und wird es in Zukunft nicht sein. Daran wird auch Internet nichts ändern. Die Erwartung, der Bürger werde sich mit Hilfe dieses Mediums umfassend politisch informieren und damit die notwendige Politikkompetenz erhalten, ist eine unrealistische Wunschvorstellung. Wer sagt denn, daß die Menschen nicht unpolitisch sein dürfen, auch wenn wir das lauthals beklagen?

Das Problem, das ich sehe, ist die Allzuständigkeit und Allkompetenz, die die Parteien für sich reklamieren. Und wenn der Bürger sie damit in Anspruch nehmen will, dann heißt es seitens der Parteien: Da hast Du uns leider mißverstanden; mit Deinen Alltagsproblemen mußt Du schon selber fertig werden.

In dieser Situation fällt uns nichts Besseres ein, als das Schlagwort von der Mediendemokratie zu erfinden und den Schauplatz zu verlagern, obwohl alle wissen, daß auch dies nur eine Ersatzveranstaltung für eine Art "Kyffhäuserbund" ist mit Selbstbeweihräucherung und Vergangenheitsverklärung.

1989, Aufbruchsjahr? Keine Rede davon. Das meiste davon haben wir nicht aktiv betrieben, sondern es ist uns gewissermaßen über den Hals gekommen. Und wenn man das heute feststellt, manövriert man sich fast in eine Außenseiterposition. Nach 1990 haben die Eingeborenen der westdeutschen formierten Gesellschaft die Brüder und Schwestern im Osten ermuntert und gemahnt: Nun kommt mal in die Stiefel, Ärmel aufkrepeln, initiativ sein und so weiter - so, wie wir das sind. Scheinbar. Beeindruckt, wie die im Osten waren - im Westen müssen sie es ja besser wissen;- , haben viele Ostdeutsche in der Tat begonnen, die Ärmel aufzukrepeln.

Und was stellen sie fest, wenn sie heute vom Osten auf den Westen blicken? Die gleichen Leute, die vorher großspurig von neuem Denken und Initiativbereitschaft gesprochen haben, verteidigen jetzt vehement ihre Besitzstände - auch gegen Deutschland-Ost. Da marschiert zum Beispiel die ganze konservative Gesellschaft zur Demonstration nach Bonn - 400.000 Leute, IG-Metall-Chef Zwickel vorneweg. Der gleiche Mann, der zusammen mit der deutschen Automobilindustrie beim Bundesfinanzminister vorstellig wird und gegen die Dienstwagen-Besteuerung der 100.000-DM-Autos protestiert, weil das Arbeitsplätze bei Daimler und BMW gefährden würde; denn diese Luxuslimousinen müßten schließlich von irgend jemand gekauft werden. Aber in Bonn auf der Demonstration tönt er laut: Wir müssen sehen, wie wir an die Kohle der Reichen und der Unternehmen kommen.

Für mich ist das eines von vielen Beispielen für Schizophrenie. Ich meine, es wäre schon viel gewonnen, wenn alle zugeben würden, daß sich die Gesellschaft in einer äußerst schwierigen Situation befindet und eine erhebliche Ungewißheit besteht, wie wir damit fertig werden. Statt dessen hören wir die Parteien gegenüber den besorgten Wählerinnen und Wählern nur beteuern: "Wir haben alles im Griff; an unserer Politik braucht sich nichts zu ändern." Mir wäre schon wohler, wenn wenigstens die große Ungewißheit zugegeben würde. Das Letzte aber, was ich mir wünsche, ist eine Neuauflage der formierten Gesellschaft.

### **Bude**

Aber die Konsequenz, Herr Engert, ist die Relativierung des Politischen.

### **Engert**

Ja.

### **Sommer**

Die Medien und ihre Vertreter neigen dazu, Kübel von Hohn und Spott über die politische Klasse auszugießen. In Wahrheit sind wir selbst ein Teil dieser politischen Klasse. Wir sind denselben Anfälligkeiten, Schwächen und Versuchungen ausgesetzt wie die Politiker. Wir schwimmen im gleichen Meer der Ungewißheiten. Wir schreiben engagierte Leitartikel; aber ich denke oft, wenn ich so einen schrillen Erguß lese: Dahinter verbirgt sich in Wahrheit auch nur Ratlosigkeit. Viele Leitartikler verfahren offensichtlich nach dem Prinzip jenes Redners, der an den Rand seines Manuskripts schrieb: Schwaches Argument Stimme heben!

Mit Herrn Donsbach bin ich einig in der Beschreibung der Funktionen der Medien: sammeln, ordnen - strukturieren haben Sie gesagt - und bewerten von Informationen. Das erfordert Professionalität, auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten können. Internet wird das nicht überflüssig machen. Im Gegenteil, immer mehr Leute werden dahinterkommen, daß dort von Professionalität keine Rede sein kann. Das Internet kippt einem einen Wust von Informationen vor die Füße, und man muß dann selber wählen.

Zur Funktion des Sammelns gehört auch das Sammeln von Meinungen. Ich selbst habe zu vielen Dingen zunächst überhaupt keine eigene Meinung. Und wenn ich versuche, mir eine Meinung zu bilden, bewege ich mich häufig nicht in einem Spektrum von Null bis Hundert, sondern ob ich am Schluß ja oder nein sage, entscheidet sich in dem schmalen Bereich zwischen 49 und 51. Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, dem Publikum irgendeine Meinung zu oktroyieren, sondern den Fächer möglicher Meinungen auszubreiten und zum Nachdenken anzuregen.

Es ist heute zweifellos schwieriger geworden, sich ein Urteil zu bilden. Bei der Ostpolitik, die mich wohl an die zwanzig Jahre meines Lebens beschäftigt hat, war es noch relativ übersichtlich. Da konnte man mit der Geschichte und bestimmten Überzeugungen argumentieren. Die Tatsachen waren ohne große Schwierigkeiten zu durchdringen und erforderten keinen großen Rechercheaufwand. Hinzu kam, daß dieses Thema fast das einzige war, dem wir uns widmen mußten; alles andere trat demgegenüber in den Hintergrund.

Heute dagegen müssen wir uns über so viele disparate Themen ein Urteil bilden, vom Rentensystem bis zu Klimaveränderungen, und die Mitteilungen, die wir dazu erhalten, sind häufig höchst widersprüchlich. Heute wird mir von kompetenter Seite erzählt, das Ozonloch schrumpfe, morgen lese ich aus genauso kompetenter Feder, es sei größer geworden. Ein eigenes Urteil kann ich mir in manchem Bereich kaum noch bilden, sondern bin darauf angewiesen, mich vertrauensvoll dem Urteil von Leuten anzuschließen, von deren Denkfähigkeit ich etwas halte.

Ich bin also in vieler Hinsicht abhängiger von

### **Schulte-Hillen**

Ungeniert geht das nicht.

### **Sommer**

... dann eben geniert. Das heißt, ohne den Zwang, sich mit anderen Interessen vergleichen zu müssen. In der Politik steht da unaufhebbar der Zwang zum Kompromiß.

Gruner+Jahr kann aus dem Arbeitgeberverband austreten; die Parteien dagegen können nicht aus dem Staatsverband austreten. Deshalb müssen sie sich schließlich in einem Kompromiß einigen. In der Wirtschaft können Sie Krisen voraussehen, indem Sie Marktanalysen vornehmen und beobachten, wie die Konkurrenz sich verhält. Die Politik dagegen wird von Krisen überfallen - und die Medien meistens auch. Wenn wir endlich merken, daß es eine Krise gibt, hat sie uns oft schon in ihrem Würgegriff. Ich glaube auch nicht an Krisenvoraussicht als Aufgabe der Medien - und daß dies aus dem Internet kommen wird, kann ich erst recht nicht glauben. Das kann sich nur jemand vorstellen, der das Leben überhaupt für planbar und für managebar hält. Ich habe vor vielen Jahren bei Helmut Schmidt als Planungschef auf der Hardthöhe gedient und bin von dort mit der Einsicht geschieden: Planung heißt, den Zufall durch den Irrtum zu ersetzen.

Politik und Medien sind insofern vergleichbar, als sie nicht hoffen können, den Dschungel zu roden. Aber sie müssen daran arbeiten, Schneisen ins Dickicht zu schlagen. Das, was die Politik vor den Medien auszeichnet, ist die Möglichkeit zu führen. Einer muß die Machete schwingen. Der Immobilismus, den Richard von Weizsäcker beklagt, wird weniger von den Interessenvertretungen verursacht, die sich gegenwärtig blockieren, sondern ist im wesentlichen auf das Nichtstun der Führungsfiguren zurückzuführen. Denen können wir natürlich Mut machen; aber mehr auch nicht.

### **Donsbach**

Ich will nicht den Parteitag der F.D.P. wiederholen, aber heißt das nicht, was hier immer gefordert wird, daß wir dann auch einen anderen Bürger brauchen, der bereit ist, mehr Selbstverantwortung zu übernehmen? Mut zur Offenheit, zum Krisenbewußtsein, zum Eingeständnis der großen Ungewißheiten, wie wir die Arbeitslosigkeit beseitigen oder das Ozonloch stopfen können?

Wenn Herr Schulte-Hillen mutige, entscheidungsfreudige Führung fordert, dann sehe ich nicht, warum wir so etwas nicht auch von den Politikern erwarten sollten, die gewählt wurden, damit sie

verantwortlich handeln. Das setzt natürlich voraus, daß die Bürger solches Verhalten auch anerkennen und nicht irgendwelchen Heilslehren oder fragwürdigen Versicherungen Glauben schenken und davon ihre Wahlentscheidung abhängig machen. Da ist dann auch politische Bildung gefragt, und die Medien könnten dazu ihren Beitrag leisten.

### **Schulte-Hillen**

Sie kennen den Spruch: die Belastbarkeit der Wirtschaft testen. Sollten wir jetzt nicht die Belastbarkeit des Bürgers testen, was er an Wahrheiten vertragen kann? Viel, viel mehr als Medien und Politik meinen!

### **Sommer**

Was wäre wohl in Ihrem oder in unserem Hause los, Herr Schulte-Hillen, wenn wir unseren Journalisten sieben Jahre lang eine Gehaltserhöhung verweigert hätten? Dieselben Leute, die den Abgeordneten vorhalten, daß sie nach sieben Jahren eine Diätenerhöhung beanspruchen, finden durchaus nichts dabei, selber zu kassieren und dieses als ihr gutes Recht zu betrachten.

### **Korte**

Und die zum Teil wesentlich mehr verdienen als die Abgeordneten.

### **Sommer**

Nicht alle, aber einige.

### **Holzer**

Der Höchstarif endet weit unter dem Abgeordnetengehalt, muß man fairerweise hinzufügen.

### **Schulte-Hillen**

Im Schnitt haben die Journalisten in den letzten zehn Jahren fünf Prozent pro Jahr mehr bekommen.

### **Riehl-Heyse**

Professionalität, die hier verschiedentlich genannt wurde, hängt eng mit unserem jeweiligen Berufsbild zusammen. Wenn Herr Brunstein etwa sagt, wir Journalisten würden Meinungen von oben nach unten verbreiten, dann fühle ich mich damit überhaupt nicht angesprochen. Ich bin nicht oben, allenfalls irgendwo an der Seite. Was wir Journalisten tun können, darin stimme ich Theo Sommer zu, ist zu versuchen, die richtigen Fragen zu stellen und darüber hinaus zuzugeben, daß wir es weiß Gott auch nicht besser wissen.

Herr von Weizsäcker hat gesagt, die Bonner Journalisten würden sich danach ausrichten, wo sie die Quellen für ihre Nachrichten finden. Dabei sollte man nicht übersehen, daß viele Journalisten sich halt doch in irgendwelchen linken oder rechten Kreisen zusammenschließen. Ich habe nie verstanden, warum das nötig ist.

Wenn ich gelegentlich nach Bonn komme, weiß ich, daß mich der Bundeskanzler weder mag noch überhaupt vorläßt. Das ist aber nicht so schlimm. Wenn ich eine Geschichte über Kohl schreiben will, dann gibt es genügend Leute, die mir etwas erzählen. Dazu gehört ein wenig Fleiß und Findigkeit. Das ist schon ein Teil meines Berufsbildes. Ich glaube nicht, daß der ein guter Journalist ist, der ganz besonders nah an einem Politiker dranhängt und von dem dann irgend etwas erfährt, sondern da lob ich mir eher den, der mit vielen Leuten redet und sich ein eigenes Bild macht.

Was die berühmten Eins-zu-eins-Informationen im Internet angeht, will ich meine Skepsis an einem Beispiel verdeutlichen. Es gibt in Bayern seit einem Jahr ein neues Instrument des Bürgerentscheids, das besonders die SPD mit großem Nachdruck durchgesetzt hat - und inzwischen zutiefst bedauert. In einer Woche gibt es eine Abstimmung über den Bau von drei neuen Tunnels auf dem mittleren Ring, die viele Milliarden DM kosten werden. Das kann München zwar überhaupt nicht bezahlen, trotzdem wird so entschieden werden.

Wenn Sie nun ins Internet schauen, finden Sie dort viele Informationen, die beweisen, warum der Ausbau wichtig und großartig ist und es auch gar nicht so teuer ist, solche Tunnels zu bauen. Das ist natürlich alles Unsinn. Die Daten haben irgendwelche Interessenten eingegeben und können von

niemandem nachgeprüft werden. Es muß sich ja auch niemand im Sinne des Pressegesetzes verantworten, wenn da falsche Dinge verbreitet werden.

Da lob ich mir Journalisten, die zumindest verpflichtet sind, einmal nachzurechnen und ihre Geschichte so zu schreiben, daß sie sich nicht gleich der Lächerlichkeit preisgeben, daß sie nicht verklagt werden und daß sie in ihrer eigenen Redaktion keine Schwierigkeiten kriegen. Mit anderen Worten, wir sind, so groß unsere Schwächen auch sein mögen, leichter kontrollierbar und müssen uns selber mehr kontrollieren, als es irgend jemand muß, der im Internet irgend etwas dahinfaselt.

Also, an die Idealisierung irgendwelcher Bürgerinitiativen vermag ich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht zu glauben.

Wir Journalisten befinden uns natürlich pausenlos auf einer Gratwanderung und sind ständig vom Absturz bedroht. Auf der einen Seite gehört es zu unseren Pflichten - dafür gibt es sogar einen Journalistenpreis;- , darauf zu achten, daß in anderen Bereichen nicht über die Stränge geschlagen wird, daß sich Politiker beispielsweise nicht selbst bedienen, und dabei sind wir dann froh über einen Herrn von Arnim.

Auf der anderen Seite gibt es einen vulgären Enthüllungsjournalismus, der einfach nur peinlich ist. Als ich vor zwei Jahren in einem Artikel schrieb, von den neun deutschen Ministern, die zurücktreten mußten, seien fünf "Spiegel"-Entlassungen und vier "Stern"-Entlassungen gewesen, erhielt ich am nächsten Tag den Anruf eines empörten "Stern" -Reporters, der meine Darstellung als total falsch bezeichnete; es seien sieben "Stern"-Entlassungen gewesen und nur zwei "Spiegel"-Entlassungen. Das ist eine Art Kerben-Journalismus, dessen Erfolg sich daran bemißt, wie viele jemand erledigt hat, und den ich für mich entschieden ablehne.

## Lange

Das Thema Politikkompetenz wurde hier vornehmlich an der Leistungs- und Orientierungsfähigkeit von Parteien diskutiert. Ich meine, in diesem Zusammenhang müßte auch das Regierungssystem selbst mit einbezogen werden. Aufgrund der finanziellen Restriktionen sind die politischen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Herr Mestmäcker hat darauf hingewiesen, daß die Steuerungsfähigkeit unter anderem durch die Verlagerung von Kompetenzen erheblich zurückgegangen ist. Dadurch ist der Koordinationsbedarf angestiegen.

Von der Entwicklung zur Informationsgesellschaft sind stets mehrere Ressorts betroffen. Beispiel: Teleworking. Daran sind die Wirtschaftsminister auf der Länderebene interessiert; es müssen aber Rahmenbedingungen geschaffen werden, um zu einem Konsens mit den Gewerkschaften zu kommen. Da sind wiederum die Sozialministerien gefragt. Rahmenbedingungen müssen europaweit gelten. Insofern ist auch die EU gefordert.

Ein anderes Beispiel: "Schulen ans Netz"-Verständigung weltweit. Die Wirtschaftsministerien sind an diesem Projekt interessiert, weil sich hier neue Märkte erschließen lassen, aber auch die Kompetenz bei Schülern und Lehrern im Umgang mit den neuen Techniken erhöht wird. Zugleich sind die Bildungsministerien gefragt, weil es dabei um Lern und Lehrinhalte geht und die Lehrerrolle betroffen ist.

Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft betrifft also die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft. Demgegenüber sind unsere Regierungsapparate in alten Zuständigkeiten organisiert: Wirtschafts-, Sozial-, Bildungsministerien. Die Koordination zwischen diesen Bereichen erweist sich als immer schwieriger. Deshalb wäre es hier wichtig, die institutionellen Voraussetzungen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen den Ländern und dem Bund, also für das Thema Föderalismus.

Was den Zusammenhang zwischen Politik und Medien angeht, will ich noch einmal betonen, daß das Verhalten der Politik davon mitbestimmt wird, wie die Politik die Medien wahrnimmt. Politiker meinen, die Medien seien mächtig; und so orientieren sie ihr Verhalten daran.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen fernab der deutschen Situation, an den Wahlen in Rußland. Im Auftrage der Europäischen Union beobachten wir vom Europäischen Medieninstitut, wie sich die Medien bei den Präsidentschaftswahlen dort verhalten. Es ist unverkennbar, daß Regierung und Präsident davon ausgehen, daß die Wahl in den Medien entschieden wird. Deshalb tun sie alles, um die Medien in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Bei den Wahlen zur Duma im Dezember vorigen Jahres haben sie jedoch die Erfahrung machen müssen, daß sich das nicht entsprechend ausgezahlt hat. Tschernomyrdin und seine Partei "Unser Haus Rußland" hatten massiv Werbespots gekauft - mehr als erlaubt waren;- , und das Ergebnis ist trotzdem relativ dürrtig ausgefallen.

Was an diesem Beispiel besonders deutlich wird, ist, inwieweit die Politik davon mitbestimmt wird, wie sie die Einflußmöglichkeiten der Medien wahrnimmt und offensichtlich übertrieben einschätzt. Deshalb sollten sich die Politiker wieder mehr darauf besinnen, daß hier Politikkompetenz gefragt ist, und sich am politischen System orientieren, bevor sie danach fragen, wie Politik über die Medien transportiert werden kann.

### **Grimm**

Ich möchte noch einmal anmahnen, daß wir schärfer differenzieren sollten zwischen dem, was im politischen System individuelles Versagen oder auch individuelle Leistung ist, und dem, was auf Systembedingungen zurückzuführen ist. Nur so läßt sich auch sinnvoll feststellen, wo man ansetzen kann, wenn etwas änderungsbedürftig ist. Dafür muß man sich klarmachen, daß sämtliche Funktionsbereiche der Gesellschaft unter jeweils ganz bestimmten für sie maßgeblichen Prämissen beziehungsweise nach ganz bestimmten nur ihnen spezifischen Rationalitätskriterien operieren, an denen dann Erfolg oder Mißerfolg gemessen und Professionalität oder Laienhaftigkeit beurteilt wird.

Für die Wirtschaft gelten Gewinn und Verlust als Rationalitätskriterien. Herr Schulte-Hillen hat sich also völlig systemkonform verhalten, als er sich intensiv um den Druckauftrag für den "Spiegel" bemühte. Ob er mit seinem Austritt aus dem Arbeitgeberverband eventuell das Stabilitätssystem zwischen den Tarifpartnern ins Wanken bringt, ist kein Gesichtspunkt des unternehmerischen Erfolgs, kann aber gleichwohl langfristige gesamtgesellschaftliche Folgen provozieren.

Für die Politik ist das Funktionsprinzip, nach dem sich Erfolg und Mißerfolg bemißt, Machtgewinn oder Machtverlust. Ich sage nicht, das sei die Aufgabe der Politik - die Aufgabe sehe ich in etwas ganz anderem, so wie es auch nicht die Aufgabe der Wirtschaft ist, Gewinn zu machen, sondern die Bevölkerung mit Produkten zu versorgen. Aber Machtgewinn und Machtverlust sind für die Politik das Erfolgskriterium, unter dem sie operiert. Und nur wenn sie es geschafft hat, Macht zu gewinnen, kann sie ihre inhaltlichen Ziele, ihre Programme durchsetzen.

Das hat zur Folge, daß alles, was den Machtgewinn begünstigt und den Machtverlust verhindert, sich unabweisbar in den Vordergrund drängt, weil das die Voraussetzung für alles andere ist. Deswegen hat derjenige, der argumentiert, diese Maßnahme helfe zum Wahlgewinn und jene gefährde ihn, stets den Vorrang gegenüber demjenigen, der ohne Rücksicht auf Wählerstimmen und -meinungen ein längerfristiges Politikziel verfolgen will. Auf diese Weise schiebt sich das Befristete in den Vordergrund - auf Kosten des Langfristigen, wie Herr von Weizsäcker kritisierte. Es werden Gegensätze betont, selbst da, wo keine sind; es muß stärker polemisiert werden, als es eigentlich dem Zustand der Politik entspricht. Überall, wo über Machtfragen entschieden wird, muß man Bastionen begründen: in der öffentlichen Verwaltung, im Mediensystem, wo auch immer.

Unter welchen Kriterien operieren die Medien? Das Operationskriterium könnte man hier wohl am besten als aufsehenerregend oder langweilig beschreiben. Das gilt ganz generell für das Mediensystem. Und wenn die Medien unter Marktbedingungen im Wettbewerb operieren, verstärkt sich dieses Moment.

Um die Dinge zusammenzuführen: Da die Politiker für Machtgewinn auf Medien angewiesen sind, liefern sie den Medien nur das, was diese unter ihren Funktionsbedingungen verarbeiten können. Auf diese Weise fällt die öffentliche Vermittlung von Politik plumper und banaler aus, als die Politik in Wirklichkeit ist. Sobald man mit einem unserer Politiker persönlich spricht, erweist er sich als viel nachdenklicher, differenzierter und vorausschauender, als er sich öffentlich darstellt. Es kann sogar sein, daß ein Politiker über das, was er öffentlich gesagt hat, intern verlauten läßt, man glaube doch nicht etwa, daß er das so meine. Wir erhalten also über die Medien eine viel personalisiertere Politik, als sie der Wirklichkeit entspricht, und wir vermitteln eine viel kurzfristigere Politik, als sie der Wirklichkeit entspricht. Ich will nicht sagen, daß unsere reale Politik besonders gut sei, aber sie ist besser als die dem Publikum vermittelte Politik. Gleichzeitig ist für das Publikum aber die ihm vermittelte Politik die reale Politik, was dann auch seine Reaktionen auf Politik bestimmt.

Ich denke, diese Unterscheidungen muß man sich vor Augen führen, wenn man auf der Ebene der Systembedingungen irgend etwas korrigieren will, das den Unternehmer, den Parteipolitiker oder den Journalisten betrifft. Auf dieser Ebene kann man nur etwas ändern, wenn man die Bedingungen ändert, unter denen individuelles Handeln stattfindet. In unserer Diskussion ist mir zu häufig auf die Ebene individuellen Versagens zurückgeführt worden, was letztlich den Systembedingungen, unter denen Akteure operieren müssen und denen sie sich nicht entziehen können, zuzurechnen ist.

### **Donsbach**

Ist eine Konsequenz aus Ihrer Analyse, Herr Grimm, daß die Politik um so schlechter ist, je mehr die Öffentlichkeit daran beteiligt wird?

### **Bude**

Erste Feststellung aus dieser Diskussion: Politik ist heute nicht mehr Kontrolle eines Territoriums. Das heißt, die alte Konzeption von Politik, die sich an Begriffen wie Staat, Demokratie, Nation festmachte, ist in der Form nicht mehr gültig.

Zweite Feststellung: Trotzdem werden von der Politik bestimmte Ordnungsleistungen erwartet. Ein Beispiel dafür ist die so hartnäckig geführte Diskussion um die "innere Sicherheit". Sie belegt, daß die Menschen erkennen, wie sehr in einer entwickelten Industriegesellschaft die Wahrung des materiellen Wohlstands von der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung abhängt. Was kann der Staat da legitimerweise tun, und wo muß er notwendigerweise versagen?

Das macht die ganze Debatte um die Kostenreduktion so schwierig, die derzeit der einzige Parameter für die Politik ist. Die Folge ist, daß politisches und ökonomisches Handeln eine merkwürdige Symbiose eingegangen sind. Dagegen weist der Zusammenhang von Wohlfahrt und sozialer Ordnung auf die Notwendigkeit einer Reformulierung der Autonomie der Politik unter den Bedingungen einer globalisierten Gesellschaft hin.

Dahinter steht die Frage des Vertrauens. Wenn wir gesagt haben, die Politiker müßten sehr viel mehr zugeben, daß sie in vielen Dingen unsicher sind, dann muß man sich zugleich darüber im klaren sein, daß das Publikum nur ein bestimmtes Maß an Ungewißheit ertragen kann. Das heißt, es muß gleichzeitig Sicherheit und damit Vertrauen signalisiert werden. Denn die Herstellung von Vertrauen läuft in einer dezentralisierten Gesellschaft zentral über die Politik.

In der Wissenschaft wurde dieses Problem schon einmal durchexerziert. Wir alle sind wissenschaftsgläubig und -feindlich oder -skeptisch zugleich. Niemand glaubt heute mehr, daß die Wissenschaft allein die Probleme dieser Welt lösen kann; aber jedermann weiß auch, daß die Probleme ohne die Wissenschaft nicht gelöst werden können. Ich meine, mit der Politik verhält es sich genauso. Vertrauen entsteht aus der Thematisierung von lösbaren und unlösbaren Problemen.

Was die Medien hier leisten müßten - und das ist ein spezifisch deutsches Problem;- , hängt mit der Konstitution der Berliner Republik zusammen. Wir brauchen ein neues symbolisches Regime von Politik. Die Inszenierung von Politik bedarf in der Bundesrepublik nach 1989 einer neuen Definition. Die Popularisierung des Politischen in der Ära Kohl muß abgelöst werden durch ein neues symbolisches Regime von Politik, das die Inszenierung von Distanz ermöglicht: Macht durch Distanz.

Ich habe François Mitterrand deshalb sehr verehrt, weil er es verstanden hat, virtuose Plazierungen im Apparat mit grandioser Inszenierung zu verbinden. So etwas in der neuen Bundesrepublik zu ermöglichen, halte ich für notwendig, aber zugleich auch für ein ganz schwieriges Geschäft, weil da natürlich sofort die deutsche Geschichte voll hineinspielt. Hier sehe ich aber eine große Aufgabe für den politischen Journalismus - und, Herr Sommer, Herr Riehl-Heyses, daran wird im Augenblick so gut wie überhaupt nicht gearbeitet.

### **Groebel**

Meines Erachtens glauben die Politiker zu häufig, der Larmoyanz vieler Bürger Euphemismen entgegensetzen zu müssen. Sie werden damit weniger zu Medienstars als zu Markenartiklern. Etliche Medien suchen den Skandal, die Seifenoper; Politiker glauben, der Werbespot sein zu müssen. Da, wo Politik als Serviceunternehmen (mißverstanden wird, der Bürger zum Kunden wird, dem man hinterherlaufen muß, werden politische Begriffe und Ideen schnell zu Marken, Politiker zu Verkäufern, die "Bindung" suchen müssen, aber nicht genau wissen, was die Konsumenten überhaupt wollen.

Nun ist das Problem, daß Politik - auch durch die Vielzahl der Medien und ihrer zahlreichen Angebote - mit immer mehr, ganz unterschiedlichen Konkurrenten zu tun hat: Verschiedene Lebensformen, Weltbilder, Orientierungen, die alle gleichberechtigt nebeneinander zu stehen scheinen. Auch durch die Globalisierung der Kultur weiten sich die Bezugsrahmen für die Bürger aus. Ein Beispiel dafür, wie selbst amerikanische Serien zum Referenzpunkt werden können, ist der Jugendliche, der den deutschen Abgeordneten mit "Congressman" anspricht.

Diese immer weitere Ausdifferenzierung von Weltmodellen und gleichzeitige soziale Fragmentarisierung zeigt sich etwa in der Jugendkultur, wo Techno, House, Heavy Metal, Punk, Neo-Hippies und so weiter und dabei wieder zahlreiche Untergruppen: Old School, New School, West-Coast, East-Coast und so weiter gleichzeitig auftreten.

Die Politik hat dann eine Chance, auch wieder Orientierung, vielleicht sogar Identifikation bieten zu können, wenn sie den Mut hat, eben nicht nur als weiteres sauberes - künstlich gereinigtes? -Produkt aufzutreten; wohingegen sie in den Medien sowieso gerne skandalisiert und negativ begleitet wird. Durch diese dauernde Diskrepanz - Etikett "Saubermann" gegenüber Etikett "skrupelloser Machtmensch" - entsteht der Eindruck von Unauthentizität. Dabei sucht der Bürger, behaupte ich, trotz oder gerade wegen dieses großen Spektrums an Lebensmodellen die Orientierung, die Struktur, die ehrlich, aber eben nicht perfekt sein muß.

### **Picht**

Aus verständlichen Gründen ist unsere Diskussion immer wieder aus den Verstrickungen wirtschaftlicher Globalisierung und der Virtualität weltweiter Informationsvernetzung in die Selbstbezogenheit der deutschen politischen Verhältnisse zurückgekehrt. Wir sollten aber Herrn Mestmäckers Hinweis auf deren zunehmende Aushebelung durch europäische Verflechtung und die Einbindung in europäische Institutionen ernst nehmen.

Diese schafft nicht nur die genannten Defizite nationaler Politikgestaltung und gravierende Mängel demokratischer Kontrolle. Die transnationalen Mechanismen sind auch deshalb nicht transparent, weil sie selbst gravierende strukturelle Mängel aufweisen, die im Wechselverhältnis zu den von Herrn von Weizsäcker eindringlich geschilderten Defekten nationaler Politik stehen - in den anderen europäischen Ländern ist dies natürlich keineswegs besser.

Unzureichend ist der Maastricht-Vertrag, der das Hauptgewicht politischer Macht weg von den integrierten europäischen Institutionen wie der Kommission und dem Parlament in den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, also der unter dem geschilderten nationalen Legitimationsdruck stehenden nationalen Regierungen verlagert hat.

Ungenügend ist die Konstruktion der Währungsunion, wenn ihr keine angemessene Gestaltungskraft einer wirklichen politischen Union entspricht. Helmut Kohl und die Bundesbank sind sich in diesem Punkt ganz einig.

Was also tun, wenn die Strukturen unzureichend sind und doch dringender Bedarf an gemeinsamer Orientierung und Gestaltung besteht? Im nationalen Bereich behelfen wir uns mit dem permanenten Palaver informeller Meinungs- und Willensbildung, an dem die Medien einen wichtigen Anteil haben. Dies führt mehr schlecht als recht zu gewissen verhaltensleitenden Zukunftseinschätzungen.

Auch auf europäischer Ebene gibt es Elemente gemeinsamen Nachdenkens: Planungsstäbe, think tanks, die Eurogremien der Verbände und Parteien und die vielfältige Verflechtung der Unternehmen. Diese sind aber institutionell und fachlich hochspezialisiert und deshalb fragmentiert, oft ohne hinreichende Rückkoppelung an die heimischen Zentralen.

Den Umbrüchen und Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, werden diese Institutionen jedenfalls nicht gerecht. Auch hier macht Kurzfristigkeit blind. In der deutsch-französischen Arbeit wollen wir deshalb versuchen, ganz systematisch den Horizont 2010 zum Thema zu machen, also bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die wir bearbeiten und zur Diskussion stellen, die expliziten und impliziten Zukunftserwartungen zum Ausdruck zu bringen und zu vergleichen, die in beiden Ländern bestehen. Ein solches Sammeln und Durchleuchten der Horizonte hinter den aktuellen Meinungsäußerungen wird viele Ungewißheiten sichtbar machen. Es wird aber auch Gewißheiten des Aufeinander-Angewiesenseins verdeutlichen. Europäisch und national sähe es anders aus, wenn wir uns stärker an solchen Gewißheiten orientieren könnten.

### **Kielinger**

Medien - Macht - Politik: arrogant die einen, desavouiert die andere, garstig das dritte alle drei Begriffe sind im geflügelten deutschen Verständnis negativ belegt. Auch, weil sie immer wieder falschen, unerfüllbaren Erwartungen unterworfen werden: Die Politik, die zuviel verspricht; die Medien, die alles zu wissen vorgeben; Macht, die denjenigen, der sie hat oder zu haben glaubt, nur an die Grenzen seines Könnens erinnert. In Wirklichkeit ist alles vernetzt, "systembedingt", kompromiß gezeichnet, von Immobilismus bedroht. Auf die globale Ebene gehoben schließlich ist die Zerstreuung - nicht als Divertiment verstanden, sondern als Diffusion - vollkommen.

Angesichts dieser Lage konnte eine Diskussionsrunde wie die unsere nicht viel mehr tun, als eine Bestandsaufnahme zu versuchen, schon allein, um weiteren falschen Erwartungen, auch ungerechten Überschätzungen vorzubeugen. "Was ist Sache?"- das ist heute ein Derivat der Frage: "Was ist Wahrheit?" Ehe wir wissen, wo's langgeht oder wohin wir gehen, müssen wir wissen, wo wir stehen. Lassen Sie mich daher kurz resümieren, was ich meine, hier gehört zu haben.



Um mit den Medien zu beginnen. Sie prägen die Gegenwart auf eine Weise, daß die Behauptung, ihnen komme Macht zu, leicht von den Lippen geht. Aber man wird sich hüten müssen, die Allpräsenz von Medien - die Mattscheibe, das Mikrophon, die Drucksachen, die Lautsprecher, das World Wide Web - schon für einen Ausweis ihrer Macht zu halten. Omnipräsent ist nicht omnipotent. Hinzu kommt, daß es mit der passiven Nutzerhaltung des Konsumenten von Medien allmählich zu Ende geht und damit auch mit der alten Dichotomie zwischen den "Manipulierern" und den "Manipulierten". Auf der Datenautobahn von heute ist der Einsteiger zugleich Konsument und Produzent, Bezieher und Anbieter, Geber und Nehmer. Gewußt, wo und wie, sagt sich der kommende interaktive Bürger, und zum Teufel mit der "Macht". Er läßt sich keine Meinungen mehr vorschreiben.

Da ist ein Haken. Das Internet weiß viel, es spuckt viel Wissen aus; es kann noch mehr ausspucken, wenn man es nur richtig anklickt; es schürt Wißbegierde - und Wissensüberdruß, falls man sich am Angebot überißt. Wissen und Verstehen klaffen immer weiter auseinander. "Alles weiß ich nicht, doch viel ist mir bewußt"- so würde Mephistopheles heute nicht mehr reden, so könnte er nicht mehr reden. Ich verkürze, wenn ich sage: Mit dem Zeitalter der Information begann die Ahnungslosigkeit. Wir suchen uns zu Tode - aber landen mitnichten bei Fausts verzweifelterm Seufzer: " ... und sehe, daß wir nichts wissen können." Warum so pessimistisch, Herr Doktor? Surfen Sie mal schön weiter!

Soviel zum einzelnen, der sich heute von "den Medien" emanzipiert, um sich sein Menü aus interaktiven Gewußtheiten und Erlebniswelten selber zurechtzukochen. Überschätzen wir aber nicht diese ganze schöne neue Infowelt, wurde hier gefragt? Ja, gewiß, im Zusammenhang der Mediendebatte ganz bestimmt. Denn ob es die Eggheads dieser Republik peinlich berührt oder nicht (sie fühlen sich wahrscheinlich eher geschmeichelt): Die Menschen werden ihr Bedürfnis nach Leitplanken, nach Interpretation, nach "Autorität" ("quis interpretabitur?" lautete die alte Streitfrage um die rechte Auslegung der Bibel) nicht ablegen, und es ist an dieser Stelle, wo die Frage nach der Verantwortung der Medien wieder in ihr Recht tritt. Sie können nicht so tun, als seien sie nur Zaungäste der Gegenwart. So spricht der Dandy, kokett sich herunterspielend.

Nein, ich habe hier anders gehört. Eine Disziplinierung zu neuer Bewußtheit wird angemahnt. Womit beginnen? Mit Bescheidenheit. Was ist die wichtigste Interpretation, die man den Mediennutzern anzubieten hat? Das Bild von der unabgeschlossenen Welt, in die sich "einzubringen" nur Sinn macht, wenn man ihre Endlichkeit, ihre zum Teil unauflöselichen Ungewißheiten akzeptiert, ähnlich wie ein Gerd Ruge die Fragezeichen hinter den fließenden Bildern Rußlands. Nicht Besserwissen macht den "engagierten" Journalisten aus - die Kultur des Fragens ist es, auch an die eigene Adresse gerichtet, die allein Glaubwürdigkeit stiftet, und damit Vertrauen.

Runter von den hohen Rössern also und Vorsicht vor den Dramen der Personalisierung: Dann werden "Medien" zu einem Teil von "Entertainment". Das mag unausrottbar sein, aber es wäre gut, wenn die Medien-Macher den Mut aufbrächten zuzugeben, daß sie in solchen Fällen Wirklichkeit inszenieren und sie damit auf eine andere Rezeptionsebene heben, manchmal auf die Ebene von Dreigroschen- oder Lore-Romanen. Dort zählt nicht der Satz "Was ist Sache?", sondern "Wer mit wem?" beispielsweise, oder "Frisch auf zum fröhlichen Jagen!" Ein bißchen mehr Hamlet und etwas weniger Musketier - das wäre schon so etwas wie eine Empfehlung an die Medien. Das Drama häufiger in die "issues" verlagern. Auch dort ist Macht: Vorsprung nicht durch Besserwissen, sondern durch Besserverstehen.

Die Politik ihrerseits leidet unter anderen Verführbarkeiten. Zur Larmoyanz, beispielsweise. Es ist ja auch kein Vergnügen, etwa in Germany Incorporated Entscheidungsfreude vorspielen zu müssen. Die Macht, wirklich zu entscheiden, habe ich nicht mehr. Oder doch? Wird alles nur noch "koordiniert", beginnend in der Kanzlerrunde? Was bleibt an Verfügungsmasse für Entscheidungen oder Entscheidungsfreude übrig, wo die tausend Fäden der Interessengruppen und inkorporierten Rechte Gulliver fesseln? Ist das Hinaufschieben der nationalen Probleme auf die nächsthöhere Ebene, die europäische, nicht seinerseits ein Eingeständnis von Inkompetenz? wurde hier ketzerisch gefragt.

Hinzu kommt der Bürger, das unbekannte Wesen. Er, der am eloquentesten über "die Lage" zu klagen versteht und Abhilfe einfordert, ist zugleich der erste, der aufbegehrt, wenn es ihn (be)trifft. Die Fähigkeit, Risiken und ihre Folgen wirklich zu tragen oder mitzutragen, verhält sich zur Gewohnheit, solches einzuklagen, umgekehrt proportional. Anders gesagt: Es ist billig, Modernisierung, Entkrustung, politische Entschiedenheit zu fordern. Trifft sie ihn, ist dieser Bürger der erste, der abwehrt: "Aber bitte nicht bei mir." Das NIMBY-Prinzip - "not in my back yard", please.

Auf Ausflüchte verfallt auch die Politik gerne. Erst macht man sich die Medien zunutze, wenn man sie zur eigenen Projizierung braucht, dann lagert man Vorwürfe bei ihnen ab, wenn etwas nicht geklappt hat. Die Omnipräsenz der sogenannten Medien-Welt macht eine solche Pauschalzuteilung von Schuld auch recht leicht. Niemand auf der Medienseite muß sich spezifisch getroffen fühlen, und der einzelne

Politiker ist fein raus. Ja, ja, nickt der Bürger, die Medien, wer kann schon gegen sie anregieren. Dieser Sympathie darf sich der Politiker immer sicher sein. Er hat in den Medien einen ebenbürtigen Prügelknaben zur Seite. Das sorgt, bei Bedarf, für Entlastung. Und morgen kann man wieder "in die Medien" gehen, um den Bürger wissen zu lassen, daß man noch da ist auf der Bühne.

Das sind vordergründige Spiele. Die Geschichte wird keine Bescheinigung zur Entlassung aus verantwortlichem Handeln ausstellen, wie es auch bei der Frage der Medienkultur eigentlich nicht angeht, Beliebigkeit zu praktizieren, wenn wir andererseits alle Hände voll zu tun haben, einen Wertekonsens in der Schule, in den Familien, in der Gesellschaft aufzubauen, einen solchen wenigstens zu erhalten. Alles dem Markt überlassen? So verhalten wir uns im ethischen Bereich durchaus nicht. Dieses Paradox war eine wichtige Frage in unseren Debatten. Aber "Eingreifen", also verstärkt regulieren, muß immer mit dem Problem rechnen, als illegitim zu gelten - oder als lächerlich. Tödlicher ist das zweite. Wer will, wer kann den Geist aus der Internet-Flasche wieder einfangen? Im übrigen führt auch der Hinweis auf die "systemabhängige" Eingeschränktheit exekutiven Handelns, mag er manche Defizite erklären, letztlich nicht weiter - es sei denn, man verabschiedet sich in der Politik endgültig von jeglichem "Leadership".

Es gilt als Axiom, daß jede Vakanz sofort dazu tendiert, sich zu füllen. Plätze, die die Politik nicht besetzt hält, Felder, um die sie sich nicht streitet, sei es aus Mangel an Mut oder einem Übersoll an Resignation, werden von Interessengruppen, auch den Medien, sofort okkupiert - mit einem Gewinn an vermeintlicher Macht. Das ist aber nur relativ, relativ zur Ohnmacht dessen, der das Feld räumt oder geräumt hat.

Keine Summe, die ich schwarz auf weiß nach Hause tragen könnte. Fragen über Fragen.

#### **von Weizsäcker**

Von dem Thema, das wir zu behandeln hatten, läßt sich sagen: Es ist ebensowenig neu, wie es uns auf absehbare Zeit nicht verlassen wird. Ich bin jedenfalls froh, daß wir es auch im Bergedorfer Gesprächskreis wieder einmal aufgenommen haben. Ich meine, in der Diskussion sind die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten gut zum Ausdruck gekommen, und ich würde mir wünschen, daß sich die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland dem Bewußtsein, das in diesem Kreise demonstriert wurde, schrittweise annähern möge. Ich bekenne von meiner Seite, daß ich aus diesem Gespräch viel gelernt habe. Rödinger